

25.11.2025

**REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT**

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Auf Vorschlag des für das Unterrichtswesen zuständigen Ministers,

Nach Beratung,

Beschließt:

Der für das Unterrichtswesen zuständige Minister wird damit beauftragt, dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Dekretvorentwurf mit folgendem Wortlaut vorzulegen:

**DEKRETVORENTWURF ÜBER MASSNAHMEN IM UNTERRICHTSWESEN UND IN DER  
AUSBILDUNG 2026**

| <b>INHALTSANGABE</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                            |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p>Dieser Dekretvorentwurf ändert verschiedene Bestimmungen im Bereich des Personals und der Organisation im Unterrichtswesen ab.</p> <p>Er enthält unter anderem Abänderungen in folgenden Bereichen:</p> <ol style="list-style-type: none"><li>1. Anhebung der Gehälter für Meister und Gesellen</li><li>2. Anpassung der Titelgesetzgebung für das im Förderschulwesen und in der Integration beschäftigte Lehrpersonal</li><li>3. Schaffung des Amtes eines Lehrers für allgemeinbildende Kurse im Fördersekundarunterricht</li><li>4. Flexibilisierung des Stundenkapitals im Sekundarschulwesen</li></ol> |

## INHALTSVERZEICHNIS

|                                | Seite |
|--------------------------------|-------|
| <b>Begründung</b> .....        | 4     |
| Allgemeine Erläuterungen.....  | 4     |
| Kommentar zu den Artikeln..... | 4     |
| <b>Vorentwurf</b> .....        | 29    |

## BEGRÜNDUNG

### ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN

Der Aufbau des vorliegenden Dekretvorentwurfs erfolgt nach gewohntem Muster: Jedes Kapitel passt einen bestimmten Regeltext an und dies in chronologischer Reihenfolge.

Um einen besseren und schnelleren Überblick zu erhalten, erfolgt nachstehende Begründung nicht strikt pro Kapitel, sondern pro Themenbereich beziehungsweise pro Maßnahme und beinhaltet gleichzeitig auch den Kommentar zu den einzelnen Artikeln. Die verschiedenen zusammengehörenden Artikel werden aufgezählt.

#### **1. Anhebung der Gehälter für Meister und Gesellen (Artikel 87 Nummer 3, 4 und 5)**

Inkrafttreten: 1. September 2026

Nachdem Inhaber eines Gesellenzeugnisses oder eines Meisterbriefs, die einer Beschäftigung im öffentlichen Dienst nachgehen, bereits seit einiger Zeit Zugang zu einer Besoldung haben, die dem Abitur bzw. dem Bachelor-Abschluss entspricht, wird vorgeschlagen, die Besoldung für die Inhaber dieser Diplome auch im Unterrichtswesen entsprechend anzupassen, um so die Attraktivität einer Tätigkeit im Unterrichtswesen für Inhaber eines Meisterbriefs oder Gesellenzeugnisses zu steigern.

Konkret wird vorgeschlagen alle Inhaber eines Meisterbriefs künftig ähnlich wie die Inhaber eines Bachelordiploms in die Diplomstufe II+ einzuordnen. Bislang wurde nur dann die Diplomstufe II+ zugewiesen, wenn der Meisterbrief inhaltlich der Fachrichtung des ausgeübten Amtes entsprach und das Personalmitglied zudem die für das jeweilige Amt erforderliche Berufserfahrung aufweisen konnte. Des Weiteren wird vorgeschlagen, die Inhaber eines Gesellenzeugnisses so wie die Inhaber eines Abiturs zu besolden und sie demzufolge in die Diplomstufe II einzuordnen.

**Artikel 87 Nummer 3, 4 und 5** nimmt die entsprechenden Anpassungen im Dekret vom 21. April 2008 zur Aufwertung des Lehrerberufs vor.

#### **2. Anpassung der Titelgesetzgebung vor dem Hintergrund der Reform der Lehrerausbildung in der Französischen Gemeinschaft (Artikel 12, 20, 23, 27, 31 und 35)**

Inkrafttreten: 1. September 2026

Da die Französische Gemeinschaft die Lehrerausbildung reformiert hat und demzufolge künftig Diplome mit neuen Bezeichnungen verliehen werden, ist es erforderlich, die im Unterrichtswesen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft gültige Titelgesetzgebung anzupassen, damit Personen, die ihr Studium in der Französischen Gemeinschaft absolvieren, unter denselben Bedingungen wie bisher Zugang zum Unterrichtswesen, das von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisiert oder subventioniert wird, erhalten.

Vor diesem Hintergrund wird in der Titelgesetzgebung festgelegt, dass:

- das belgische Diplom mit der Bezeichnung „Master en enseignement section 1“ dem Diplom eines Kindergärtners entspricht;



- das belgische Diplom mit der Bezeichnung „Master en enseignement section 2“ dem Diplom eines Primarschullehrers entspricht;
- das belgische Diplom mit der Bezeichnung „Master en enseignement section 3“ dem Diplom eines Lehrbefähigten für die Unterstufe des Sekundarunterrichts entspricht;
- das belgische Diplom mit der Bezeichnung „Master en enseignement section 4“ dem Diplom eines Lehrbefähigten für die Oberstufe des Sekundarunterrichts entspricht;
- das belgische Diplom mit der Bezeichnung „Master en enseignement section 5“ dem Diplom eines Lehrbefähigten für die Oberstufe des Sekundarunterrichts entspricht.“

**Artikel 12** passt den Königlichen Erlass vom 22. April 1969, der die erforderlichen Titel festlegt, entsprechend an.

**Artikel 20** passt den Königlichen Erlass vom 25. Oktober 1971, der die erforderlichen Titel für das Amt des Lehrers für Religion festlegt, entsprechend an.

**Artikel 23** passt den Königlichen Erlass vom 20. Juni 1975, der die für ausreichend erachteten Titel für das subventionierte Grundschulwesen festlegt, entsprechend an.

**Artikel 27** passt den Königlichen Erlass vom 30. Juli 1975, der die für ausreichend erachteten Titel für das subventionierte technische und berufliche Sekundarschulwesen festlegt, entsprechend an.

**Artikel 31** passt den Königlichen Erlass vom 30. Juli 1975, der die für ausreichend erachteten Titel für die Unterrichtseinrichtungen des Mittel- und Normalschulwesens (FSU) festlegt, entsprechend an.

**Artikel 35** passt den Königlichen Erlass vom 30. Juli 1975, der die für ausreichend erachteten Titel für die Unterrichtseinrichtungen des Mittel- und Normalschulwesens (OSU) festlegt, entsprechend an.

### **3. Schaffung des Amtes eines Lehrers für allgemeinbildende Kurse im Fördersekundarunterricht (Artikel 1, 6, 7, 8, 13, 61, 62, 70, 71 und 92)**

Inkrafttreten: 1. September 2026, mit Ausnahme des Artikels 6, der am Tag der Verabschiedung in Kraft tritt

Die Regierung schlägt vor, in der Unterstufe des Fördersekundarunterrichts das Amt des Lehrers für allgemeinbildende Kurse im Fördersekundarunterricht zu schaffen, um den dort beschäftigten Personalmitgliedern eine bessere dienstrechtliche Perspektive zu bieten.

Im Fördersekundarunterricht werden zur Erteilung der allgemeinbildenden Kurse häufig Primarschullehrer oder Lehrbefähigte für die Unterstufe des Sekundarunterrichts beschäftigt, da diese Personalmitglieder von der Ausbildung her die besten Voraussetzungen mitbringen, um diese Kurse zu erteilen. Da es jedoch bislang kein allgemeines Amt für die Erteilung allgemeinbildender Kurse gibt, müssen diese Personen in unterschiedlichen Ämtern (z.B. Lehrer für allgemeinbildende Kurse (germanische Sprachen), Lehrer für allgemeinbildende Kurse (romanische Sprachen), Lehrer für allgemeinbildende Kurse (Mathematik), ...) beschäftigt werden. Diese Ämtersplittung entspricht nicht der Unterrichtsorganisation einer Fördersekundarschule und ist dienstrechtlich wenig vorteilhaft, da sowohl das Erwirtschaften von Diensttagen als auch der Weg hin zu einer definitiven Ernennung erschwert wird. Des Weiteren erleichtert die Schaffung eines allgemeinen Amtes die administrative Organisation des Unterrichts in der Fördersekundarschule.

Als erforderliche Titel für das Amt des Lehrers für allgemeinbildende Kurse im Fördersekundarunterricht werden das Diplom des Lehrbefähigten für die Unterstufe des Sekundarunterrichts (alle Studienrichtungen) sowie das Diplom des Primarschullehrers jeweils ergänzt um einen Nachweis über das Bestehen einer Zusatzausbildung in Förderpädagogik definiert.

Personalmitglieder, die nicht über den für dieses Amt erforderlichen Befähigungsnachweis verfügen, können sich dienstrechtlich regularisieren, indem sie 3 Abweichungen in diesem Amt durchlaufen und eine Lehrbefähigung (CAP+) erwerben. Zudem müssen sie in dem Beurteilungsbericht, der sich auf die dritte Abweichung bezieht, mindestens den Vermerk „ausreichend“ erhalten.

Eine Übergangsbestimmung sieht vor, dass in diesem neuen Amt eventuelle Abweichungen berücksichtigt werden, die ein Personalmitglied vor dem 1. September 2026 im Amt des Lehrers für allgemeinbildende Kurse in der Unterstufe des Fördersekundarunterrichts durchlaufen hat.

Eine weitere Übergangsbestimmung legt fest, dass zur Berechnung des administrativen Amtsalters im neuen Amt des Lehrers für allgemeinbildende Kurse im Fördersekundarunterricht ebenfalls Dienstage berücksichtigt werden, die das Personalmitglied vor dem 1. September 2026 in der Unterstufe einer Fördersekundarschule im Amt des Lehrers für allgemeinbildende Kurse erwirtschaftet hat.

**Artikel 1** schafft im Königlichen Erlass vom 2. Oktober 1968 auf Ebene der Unterstufe des Sekundarunterrichts das Amt des Lehrers für allgemeinbildende Kurse im Fördersekundarunterricht.

**Artikel 6, 7 und 8** sehen im GUW-Statut vor, dass der Bewerbungsauftrag für das Schuljahr 2026-2027 außerhalb der regulären Frist erfolgen darf. Darüber hinaus werden durch diesen Artikel zwei Übergangsbestimmungen betreffend die Ermittlung der im Amt des Lehrers für allgemeinbildende Kurse in der Unterstufe des Fördersekundarunterrichts durchlaufenen Abweichungen und des in diesem Amt erwirtschafteten Amtsalters im GUW-Statut verankert. Artikel 6 soll unmittelbar nach Verabschiedung des Dekrets in Kraft treten, damit der Schulträger bereits im Schuljahr 2026-2027 die Möglichkeit hat, Personalmitglieder für das neue Amt des Lehrers für allgemeinbildende Kurse im Fördersekundarunterricht anzuwerben und einzustellen. Dies geschieht sowohl im Interesse der Personalmitglieder als auch im Interesse des Schulträgers.

**Artikel 13** legt im Königlichen Erlass vom 22. April 1969 die erforderlichen Titel für das Amt des Lehrers für allgemeinbildende Kurse im Fördersekundarunterricht fest.

**Artikel 61, 62, 70 und 71** verankern im Dienstrecht des FSU und des OSU zwei Übergangsbestimmungen betreffend die Ermittlung der im Amt des Lehrers für allgemeinbildende Kurse in der Unterstufe des Fördersekundarunterrichts durchlaufenen Abweichungen und des in diesem Amt erwirtschafteten Amtsalters.

**Artikel 92** legt im Dekret vom 25. Oktober 2010 fest, dass das CAP+ als erforderliche Lehrbefähigung gilt für Quereinsteiger, die nicht über den erforderlichen Befähigungsnachweis für das Amt des Lehrers für allgemeinbildende Kurse im Fördersekundarunterricht verfügen.

#### **4. Anpassung der Titelgesetzgebung für das im Förderschulwesen und in der Integration beschäftigte Lehrpersonal (Artikel 3, 4, 9, 14, 17, 18, 21, 24, 25, 28, 29, 32, 33, 36, 37, 58, 59, 63, 68, 69 und 72)**

Inkrafttreten: 1. Januar 2027

Seit dem 1. September 2010 besteht für Personalmitglieder des Förderschulwesens, die in einem Amt der Kategorie des Lehrpersonals tätig sind (inklusive Integrationslehrer), die dienstrechtliche Verpflichtung, einen Nachweis über das Bestehen einer Zusatzausbildung im Bereich der Förder-, Heil- oder Orthopädagogik, der von einer Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgestellt wurde, oder einen beziehungsweise mehrere Nachweise, die von der Regierung als gleichwertig anerkannt wurden, zu erbringen.

Mit Verabschiedung des Förderdekrets im Jahr 2009 wurde vorgesehen, dass diese Zusatzausbildung mindestens 10 ECTS-Punkte beinhaltet und das Fach Förderdiagnostik sowie Fächer im Bereich der förderpädagogischen und förderdidaktischen Methoden umfasst.

Zum 1. September 2015 wurde im Rahmen der niederschweligen Förderung im Regelschulwesen das Amt des Förderpädagogen eingeführt. Die Titelgesetzgebung sieht für dieses Amt das Absolvieren einer mindestens 15-ECTS Punkte umfassenden Zusatzausbildung im Bereich der Förder-, Heil- oder Orthopädagogik vor. Seit Einführung dieses Amtes bietet die AHS auch nur mehr eine entsprechende Zusatzausbildung im Umfang von 15 ECTS-Punkten an.

Im Sinne einer dienstrechtlichen Harmonisierung und Angleichung der Anforderung im Bereich der hoch- und niederschweligen Förderung wird vorgeschlagen, dass künftig auch das im Förderschulwesen beschäftigte Lehrpersonal (inklusive Integrationslehrer) ähnlich wie die Förderpädagogen im Regelschulwesen einen Nachweis über das Bestehen einer mindestens 15-ECTS-Punkte umfassenden Zusatzausbildung im Bereich der Förder-, Heil- oder Orthopädagogik, der von einer Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgestellt wurde, oder einen beziehungsweise mehrere Nachweise, die von der Regierung als gleichwertig anerkannt wurden, erbringen muss.

Eine Übergangsbestimmung sieht vor, dass bei Personalmitgliedern, die am 31. Dezember 2026 im Förderschulwesen in einem Amt der Kategorie des Lehrpersonals definitiv ernannt, auf unbestimmte Dauer bezeichnet oder auf unbestimmte Dauer ab Dienstbeginn bezeichnet sind, auch in Zukunft ein Nachweis über das Bestehen einer mindestens 10 ECTS-Punkte umfassenden Zusatzausbildung im Bereich der Förder-, Heil- oder Orthopädagogik ausreichend ist.

**Artikel 3, 4 und 9** passen den Königlichen Erlass vom 22. März 1969 an (Dienstrecht des GUW).

**Artikel 14 und 17** passen den Königlichen Erlass vom 22. April 1969, der die erforderlichen Titel festlegt, entsprechend an.

**Artikel 18 und 21** passen den Königlichen Erlass vom 25. Oktober 1971, der die dienstrechtlichen Bestimmungen und die erforderlichen Titel für Religionslehrer festlegt, entsprechend an.

**Artikel 24 und 25** passen den Königlichen Erlass vom 20. Juni 1975, der die für ausreichend erachteten Titel für das subventionierten Grundschulwesen festlegt, entsprechend an.

**Artikel 28 und 29** passen den Königlichen Erlass vom 30. Juli 1975, der die für ausreichend erachteten Titel für das subventionierte technische und berufliche Sekundarschulwesen festlegt, entsprechend an.

**Artikel 32 und 33** passen den Königlichen Erlass vom 30. Juli 1975, der die für ausreichend erachteten Titel für die Unterrichtseinrichtungen des Mittel- und Normalschulwesens (FSU) festlegt, entsprechend an.

**Artikel 36 und 37** passen den Königlichen Erlass vom 30. Juli 1975, der die für ausreichend erachteten Titel für die Unterrichtseinrichtungen des Mittel- und Normalschulwesens (OSU) festlegt, entsprechend an.

**Artikel 58, 59 und 63** passen das Dekret vom 14. Dezember 1998 an (Dienstrecht des FSU).

**Artikel 68, 69 und 72** passen das Dekret vom 29. März 2004 an (Dienstrecht des OSU).

## **5. Anpassung der Bewerbungsfrist an der AHS (Artikel 79)**

Inkrafttreten: 1. Januar 2027

Das auf die Personalmitglieder der Autonomen Hochschule Ostbelgien anwendbare Dienstrecht schreibt im Rahmen des Anwerbungsverfahrens vor, dass Bewerber, die für das folgende Schuljahr von ihrem Recht auf eine zeitweilige Bezeichnung auf unbestimmte Dauer Gebrauch machen möchten, ihre Bewerbung vor dem 1. Juni beim Schulträger einreichen müssen. Auf Anfrage des Schulträgers der Autonomen Hochschule wird vorgeschlagen, diese Bewerbungsfrist an die in den übrigen Unterrichtsnetzen gültige Frist vom 30. April anzugleichen.

**Artikel 79** nimmt diese Abänderung im AHS-Dekret vor.

## **6. Vorübergehender Ersatz im Amt des Finanz- und Gebäudeverwalters (Artikel 5 und 60)**

Inkrafttreten: 1. September 2026

Derzeit sieht das Personalstatut vor, dass bei teilzeitiger Abwesenheit des Finanz- und Gebäudeverwalters, das ersetzende Personalmitglied nicht im Amt des Finanz- und Gebäudeverwalters, sondern im Amt des Aufseher-Erziehers beschäftigt wird. Da dies jedoch besoldungsrechtliche Nachteile für das ersetzende Personalmitglied mit sich zieht und eine Ungleichbehandlung darstellt, da sowohl der Stelleninhaber als auch der Ersatz die mit dem Amt des Finanz- und Gebäudeverwalters verbundenen Aufgaben verrichten, wird vorgeschlagen, dass bei teilzeitiger Abwesenheit des Stelleninhabers das ersetzende Personalmitglied künftig ebenfalls im Amt des Finanz- und Gebäudeverwalters eingestellt wird.

**Artikel 5** nimmt die entsprechende Anpassung im Dienstrecht des Gemeinschaftsunterrichtswesens vor.

**Artikel 60** nimmt die entsprechende Anpassung im Dienstrecht des freien subventionierten Unterrichtswesens vor.

## **7. Kaleido - Ersatz bei Abwesenheit (Artikel 96)**

Inkrafttreten: 1. Januar 2024

Zum 1. Januar 2024 wurde die Gesetzgebung im Unterrichtswesen für alle Bildungseinrichtungen dahingehend angepasst, dass Personalmitglieder ersetzt werden dürfen, sobald sie mindestens 5 aufeinanderfolgende Arbeitstage abwesend sind. Im Zuge dieser dekretalen Anpassung wurde versäumt, das Dienstrecht des Zentrums für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen entsprechend abzuändern. Das vorliegende Kapitel nimmt diese Textkorrektur nun vor.

**Artikel 96** nimmt die entsprechende Textkorrektur im Dekret vom 31. März 2014 über das Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen vor.

## **8. Umwandlung der Laufbahnunterbrechung (Artikel 46)**

Inkrafttreten: 1. Januar 2026

Gemäß Erlass der Regierung vom 9. November 1994 bezüglich der Laufbahnunterbrechung im Unterrichtswesen und in den psycho-medizinisch-sozialen Zentren wird eine vollzeitige Laufbahnunterbrechung in eine Disposition aus persönlichen Gründen umgewandelt, wenn das Landesamt für Arbeitsbeschaffung (LfA-Onem) den Anspruch auf Laufbahnunterbrechungszulage ablehnt. Eine teilzeitige Laufbahnunterbrechung wird in diesem Fall in einen Urlaub wegen verringerter Dienstleistungen aus persönlichen Gründen umgewandelt.

Diese Bestimmung wird präzisiert, da das Landesamt für Arbeitsbeschaffung inzwischen die Möglichkeit hat, das Recht auf Laufbahnunterbrechung grundsätzlich zuzusprechen, jedoch die Zulage unter Umständen nicht für den gesamten Zeitraum der Laufbahnunterbrechung gewährt (z.B. im Fall, dass der Antrag verspätet eingereicht wird). Aus diesem Grund wird der Erlass der Regierung vom 9. November 1994 dahingehend korrigiert, dass eine Umwandlung der Laufbahnunterbrechung nur erfolgt, wenn das Landesamt für Arbeitsbeschaffung den Anspruch auf die jeweilige Laufbahnunterbrechung verweigert, nicht aber, wenn die Zulage ggf. nicht während des gesamten Zeitraums ausbezahlt wird.

**Artikel 46** nimmt die entsprechende Textkorrektur im Erlass der Regierung vom 9. November 1994 bezüglich der Laufbahnunterbrechung im Unterrichtswesen und in den psycho-medizinisch-sozialen Zentren vor.

## **9. Amt des Sozialarbeiters im Unterrichtswesen (Artikel 2, 10, 15, 16, 41, 47, 48, 49, 64, Artikel 94 Nummer 1, 95 Nummer 1, 100, 107 und 111)**

Inkrafttreten: 1. Januar 2027

Im Unterrichtswesen haben Inhaber eines Graduates oder eines Bachelors als Sozialassistent Zugang zum Amt des Sozialassistenten bei Kaleido Ostbelgien, in den Förderschulen und im Teilzeitunterricht. Aus zwei Gründen wird nun vorgeschlagen, das Amt des Sozialassistenten in „Sozialarbeiter“ umzubenennen und den Zugang auch Inhabern eines Bachelors in sozialer Arbeit zu gewähren. Der „Sozialarbeiter“ ist die offizielle deutsche Bezeichnung des durch das Gesetz vom 12. Juni 1945 geschützten Titels. Neben dem Studium als Sozialassistent in Belgien ist auch das Bachelorstudium in sozialer Arbeit in Deutschland beliebt und seit Kurzem bietet auch die Autonome Hochschule in Ostbelgien einen Bachelor in

sozialer Arbeit an, dessen Absolventen den Titel Sozialarbeiter tragen dürfen. Es handelt sich deshalb bei der vorliegenden Anpassung um eine Textkorrektur und eine Präzisierung der erforderlichen Befähigungsnachweise, sodass die Inhaber der vorgenannten Diplome Zugang zum Amt des Sozialarbeiters erhalten.

**Artikel 2** ersetzt das Amt des Sozialassistenten durch das Amt des Sozialarbeiters in dem Königlichen Erlass, der die Ämter für das Unterrichtswesen festlegt.

**Artikel 10** gewährleistet für das Gemeinschaftsunterrichtswesen die Überführung der am 31. Dezember 2026 im Amt des Sozialassistenten definitiv ernannten oder zeitweilig bezeichneten Personalmitglieder in das Amt des Sozialarbeiters als definitiv ernannte oder zeitweilig bezeichnete Personalmitglieder zum 1. Januar 2027. Dienste, die bis dahin im Amt des Sozialassistenten geleistet wurden, werden für das Amt des Sozialarbeiters berücksichtigt.

**Die Artikel 15 und 16** sehen im sogenannten Titelerlass den Bachelor in sozialer Arbeit als erforderlichen Befähigungsnachweis für das Amt des Aufseher-Erziehers im Internat, des förderpädagogischen Koordinators in einer Förderschule und des Sozialarbeiters vor.

**Artikel 41** ersetzt das Amt des Sozialassistenten in dem Dekret über das Stellenkapital der Förderschule durch das Amt des Sozialarbeiters.

**Die Artikel 47, 48 und 49** ersetzen das Amt des Sozialassistenten im Teilzeitunterricht des Regelsekundarschulwesens durch das Amt des Sozialarbeiters.

**Artikel 64** gewährleistet für das freie subventionierte Unterrichtswesen die Überführung der am 31. Dezember 2026 im Amt des Sozialassistenten definitiv oder zeitweilig eingestellten Personalmitglieder in das Amt des Sozialarbeiters als definitiv oder zeitweilig eingestellte Personalmitglieder zum 1. Januar 2027. Dienste, die bis dahin im Amt des Sozialassistenten geleistet wurden, werden für das Amt des Sozialarbeiters berücksichtigt.

**Die Artikel 94 Nummer 1, 95 Nummer 1, 100 und 107** ersetzen das Amt des Sozialassistenten bei Kaleido Ostbelgien durch das Amt des Sozialarbeiters und sehen den Bachelor in sozialer Arbeit als erforderlichen Befähigungsnachweis für dieses Amt vor. **Artikel 111** gewährleistet bei Kaleido Ostbelgien die Überführung der am 31. Dezember 2026 im Amt des Sozialassistenten definitiv ernannten oder zeitweilig bezeichneten Personalmitglieder in das Amt des Sozialarbeiters als definitiv ernannte oder zeitweilig bezeichnete Personalmitglieder zum 1. Januar 2027. Dienste, die bis dahin im Amt des Sozialassistenten geleistet wurden, werden für das Amt des Sozialarbeiters berücksichtigt.

Da es sich um eine neue Ämterbezeichnung handelt und neue Diplome vorgesehen werden wird vorgeschlagen, die Maßnahme am 1. Januar 2027 in Kraft treten zu lassen. So können die neuen Bestimmungen im Rahmen des Rekrutierungsverfahrens für das Schuljahr 2027-2028 umgesetzt werden.

**10. Anpassung des Kaleido-Dekrets an die in der Praxis erprobte Tätigkeit und Organisation im Bereich der Präventionsarbeit (Artikel 93, 94 Nummern 2, 3 und 4, 95 Nummern 2 und 3, 97, 98, 99, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 110, 112 und 113)**

Inkrafttreten: 1. September 2026

Kaleido Ostbelgien, das Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen, wurde 2014 gegründet und ging aus sieben Vorgängereinrichtungen hervor: dem „Dienst für Kind und Familie“ (DKF) des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft (MDG), drei psycho-medizinisch-sozialen Zentren (PMS), zwei schulärztlichen Gesundheitszentren sowie einem Teilbereich der MDG-Gesundheitsdienste (u. a. Schulzahnspflege).

Die Gründung war weit mehr als eine reine Zusammenlegung dieser Einrichtungen im Sinne einer bloßen Bündelung bestehender Aufgaben. Vielmehr sollte Kaleido eine neue Qualität verkörpern – ein Zentrum, das über die Summe seiner Vorgängerinstitutionen hinausgeht. Während zentrale Aufgaben weitergeführt wurden, bot die neue „Gemeinschaftsstruktur“ die Chance, das Thema gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen ganzheitlicher, multidisziplinär und kohärent zu denken und umzusetzen.

Entsprechend wurden Zielsetzung und Aufgaben von Kaleido in der zugrundeliegenden Gesetzgebung klar definiert – namentlich im Sonderdekret vom 20. Januar 2014 zur Gründung eines Zentrums für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen sowie im Dekret vom 31. März 2014 über das Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen.

Wie aus Titel 3 „Auftrag und Tätigkeit des Zentrums“ des Dekrets vom 31. März 2014 hervorgeht, handelt es sich bei Kaleido um eine präventiv und nicht therapeutisch ausgerichtete Einrichtung. Dabei umfasst der präventive Auftrag alle Ebenen der Prävention – universell, selektiv, indiziert – in sämtlichen relevanten Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen. Diese weitreichende präventionsstrategische Zielsetzung geht über die Aufgaben der früheren Einrichtungen hinaus und stellt einen zentralen Mehrwert der Kaleido-Gründung dar.

Diese erweiterte Zielsetzung konnte selbstverständlich nicht unmittelbar ab dem Gründungsdatum, dem 1. September 2014, umgesetzt werden. Die Integration von sieben unterschiedlichen Organisationen mit eigenen Kulturen erforderte erhebliche Konsolidierungsarbeit. Erst nach einigen Jahren war es möglich, neue inhaltliche Akzente zu setzen und strategische Schwerpunkte zu entwickeln.

Dies galt insbesondere für den Bereich der universellen Prävention. Darunter fallen Maßnahmen, die sich an breite Bevölkerungsgruppen richten (z. B. alle Schülerinnen und Schüler oder Eltern) und das Ziel verfolgen, Problemstellungen wie Gewalt oder Suchtverhalten präventiv zu verhindern sowie gesundheitsfördernde und schützende Faktoren zu stärken. Beispiele für solche Programme sind Anti-Mobbing-Initiativen, die Eltern-Kind-Bildung und „Papilio“.

Um diesem erweiterten Auftrag gerecht zu werden, fehlten Kaleido personelle Ressourcen. Eine interne Umschichtung hätte bestehende Aufgaben – etwa Hausbesuche nach der Geburt, medizinische Untersuchungen oder Einzelfallberatung bei Schulproblemen – empfindlich beeinträchtigt. Angesichts gesellschaftlicher Entwicklungen wie steigender Anfragen, zunehmender Komplexität, Inklusion und Migration war dies keine tragfähige Lösung.

Deshalb wandte sich Kaleido 2017 an die Regierung mit der Bitte um projektbezogene Zusatzmittel. Dieser Bitte wurde nach sorgfältiger Prüfung entsprochen – in Form von BVA-Stellen (bezuschusste Vertragsarbeitnehmer). Die beiden ersten Programme, „Papilio 3–6“ (Prävention von Verhaltensauffälligkeiten und Suchtverhalten) sowie die „Eltern-Kind-Bildung“, haben sich seither als sehr erfolgreich erwiesen und sind fester Bestandteil der Kaleido-Arbeit. Der Bereich der universellen Prävention wurde schrittweise weiterentwickelt und informell zu einem eigenen Koordinationsbereich zusammengeführt, der bislang unter dem Titel „Entwicklungsorientierte Prävention“ firmierte. Zukünftig soll er die treffendere Bezeichnung „systemische universelle Prävention“ tragen.

Vor diesem Hintergrund wird das Dekret vom 31. März 2014 angepasst. Der informelle Koordinationsbereich wird strukturell, inhaltlich und dienstrechtlich dekretal verankert. Dazu zählt auch die Schaffung eines neuen Amtes mit der Bezeichnung „Präventionsberater“, da die bestehenden Amtsprofile bei Kaleido nicht auf diese Aufgaben zugeschnitten sind. Sowohl die Zugangsdiplome als auch der mit dem Amt verbundene Auftrag werden dekretal festgelegt.

Die Mitarbeiter dieses neuen Koordinationsbereichs werden gemeinsam mit weiteren Kolleginnen und Kollegen, die auf dem gesamten Gebiet der Deutschsprachigen Gemeinschaft – derzeit aus dem Bereich Schulzahnpflege – tätig sind, zu einer fünften Servicestelle zusammengefasst: der „ostbelgienweiten Servicestelle“. Anders als die vier regionalen Servicestellen in Eupen, Kelmis, St. Vith und Büllingen deckt sie das gesamte Gebiet der Deutschsprachigen Gemeinschaft ab. Auch diese neue Servicestelle wird durch eine Servicestellenleitung geführt. Die dafür vorgesehene Teilzeitstelle wird aus dem regulären Stellenkapital entnommen und stellt somit keine zusätzliche Haushaltsbelastung dar.

Zudem werden die zwei bislang projektbezogen eingerichteten Vollzeitstellen im Bereich der universellen Prävention dauerhaft strukturell verankert und ins reguläre Stellenkapital überführt. Diese Maßnahme erfolgt haushaltsneutral. Um den Übergang reibungslos zu gestalten, werden entsprechende Übergangsregelungen getroffen. Die bestehenden Koordinationsbereiche werden unter den aktuellen Koordinatorinnen neu aufgeteilt; bestimmte Mitarbeiter werden im Sinne der Kontinuität von Amts wegen in das neue Amt des Präventionsberaters überführt. Grundlage hierfür bildet eine Bescheinigung des Direktors, aus der hervorgeht, dass die betreffenden Personalmitglieder in der Vergangenheit in der Praxis bereits Aufgaben im Bereich der entwicklungsorientierten Prävention bzw. nun systemischen universellen Prävention wahrgenommen haben.

**Artikel 93** schafft die „ostbelgienweite Servicestelle“ durch die Erhöhung der Anzahl Servicestellen von vier auf fünf.

Durch **Artikel 94 Nummern 2, 3 und 4** wird das Amt des Präventionsberaters geschaffen und die Bezeichnungen der Koordinatorenämter werden angepasst. Damit wird der Koordinationsbereich der systemischen universellen Prävention geschaffen und der Bereich der frühkindlichen Entwicklung in die Zuständigkeit des Koordinators für Gesundheitswissenschaft übertragen.

In **Artikel 95 Nummern 2 und 3** werden die erforderlichen Befähigungsnachweise für das Amt des Präventionsberaters festgelegt. Neben bereits bei Kaleido bestehenden Befähigungsnachweisen (Sozialassistent, Psychologe, Logopäde usw.) sollen ebenfalls andere Qualifikationen aus den Bereichen Erziehungswissenschaften, Pädagogik und Bildung Zugang zu diesem neuen Amt geben, so z.B. auch Abschlüsse eines Lehrerstudiums (Kindergärtner, Primarschullehrer oder Sekundarschullehrer).

In **Artikel 97** werden die Bezeichnungen der Koordinatorenämter abgeändert. Damit wird der Koordinationsbereich der systemischen universellen Prävention geschaffen und der Bereich der frühkindlichen Entwicklung in die Zuständigkeit des Koordinators für Gesundheitswissenschaft übertragen.

**Artikel 98 und 110** nehmen Textkorrekturen zur Präzisierung des Amtes des Koordinators für den Bereich frühkindliche Entwicklung und Gesundheitswissenschaft vor.

**Artikel 99** passt die Aufgabenbeschreibung des Zweigstellenleiters an, der neben der inhaltlichen und organisatorischen Leitung der Zweigstelle auch Personalverantwortung trägt.



Durch **Artikel 101** wird der Auftrag des Präventionsberaters festgelegt. Der Schwerpunkt liegt auf der Konzeption, Implementierung und Evaluation universeller, systemisch abgestimmter Präventionsmaßnahmen im Bereich der sozial-emotionalen Entwicklung – ausgerichtet auf Schulen, Familien und Community – unter Anwendung eines Multiplikatorenansatzes. Beispiele hierfür sind Programme wie die „Eltern-Kind-Bildung“ oder „Papilio“.

Die **Artikel 102, 103, 104, 105 und 106** passen das Stellenkapital von Kaleido an. **Artikel 102** benennt den Untertitel „Direktions- und Verwaltungspersonal“ in „Direktionspersonal“ um, da in diesem Titel künftig lediglich die Stelle des Direktors und die drei Koordinatorenstellen enthalten sein werden.

Die sechs Sachbearbeiterstellen in Artikel 7.3 werden zu den 48,5 Stellen, die in Artikel 7.5 §1 in Titel 2 vorgesehen sind, hinzugefügt, damit die bestehenden Stellen flexibler verwendet werden können. Zusätzlich werden die zwei bislang in Form von BVA- bzw. SBZ-Stunden (Stellenkapital für besondere Zwecke) gewährten zwei Vollzeitstellen für die Präventionsarbeit hinzugefügt, sodass in Artikel 7.5 §1 insgesamt 56,5 Stellen zur Verfügung stehen (**Artikel 103 und 105**).

Die zwei Stellen für Referenten für die Vorbeugung von gewaltsamem Radikalismus werden von Untertitel 1 „Direktionspersonal“ in Untertitel 2 „Sonstige Personalmitglieder“ verschoben, da es sich nicht um eine Leitungsfunktion handelt (**Artikel 104 und Artikel 109**).

**Artikel 112** enthält im Sinne der inhaltlichen und organisatorischen Kontinuität die Übergangsbestimmungen zur Überführung derjenigen Personalmitglieder in das neue Amt des Präventionsberaters, die bisher im Bereich der Präventionsarbeit tätig waren unter Wahrung ihrer bisher erlangten Rechte. Als Nachweis dient dem Verwaltungsrat eine Bescheinigung des Direktors. Das bedeutet, dass diejenigen Personalmitglieder, die bisher in einem anderen Amt bei Kaleido zeitweilig bezeichnet oder definitiv ernannt waren und Aufgaben im Bereich der systemischen universellen Prävention übernommen haben, in das neue Amt des Präventionsberaters überführt und darin zeitweilig bezeichnet bzw. definitiv ernannt werden. Der Direktor stellt diesen Personalmitgliedern eine Bescheinigung aus, die belegt, in welchem Umfang und für welche Dauer sie Tätigkeiten im Bereich der Präventionsarbeit ausgeübt haben.

**Artikel 113** enthält die Übergangsbestimmungen zur Überführung der bisherigen Koordinatoren in die neu bezeichneten Koordinationsämter unter Wahrung ihrer bisher erlangten Rechte. Auch hier werden im Sinne der Kontinuität die Personalmitglieder überführt, die bereits die Koordination der jeweiligen Bereiche wahrgenommen haben.

## **11. Anpassung der Bestimmungen zur Entschädigung von Ausbildungsbegleitern im Unterrichtswesen an das neue Modell der berufspraktischen Ausbildung an der AHS (Artikel 84, 85 und 86)**

Inkrafttreten: 1. September 2026

Im Zuge der reformierten Lehrergrundausbildung an der Autonomen Hochschule (AHS) wurde auch die berufspraktische Ausbildung der Studierenden in den Studiengängen Kindergärtner und Primarschullehrer modernisiert. Die Praxisphasen wurden zum einen erweitert und werden zum anderen nun in vollständigen Wochen organisiert. Darüber hinaus wurden die Praxisphasen an die Kompetenzbereiche angepasst, auf deren Grundlage das modernisierte und verlängerte Lehrergrundstudium aufgebaut und entwickelt wurde. Dies führt u.a. zu den folgenden Veränderungen:

- alle Praktika beinhalten aktive Unterrichtsgestaltung und Aktivitäten;

- das zweite Praktikum, das im 4. Semester stattfindet, absolvieren die Studierenden im Tandem;
- das vierte Praktikum kann im Ausland absolviert werden;
- das sechste Praktikum umfasst Zeiten der vollständig autonomen Klassenführung, die dem Ausbildungsbegleiter Freiräume z.B. für Weiterbildungen bieten.

Diesen Neuerungen in der Struktur, im Umfang und in der Zielsetzung der berufspraktischen Ausbildung soll nun auch die Vergütung der Ausbildungsbegleiter angepasst werden. Durch den erhöhten Praxisanteil im neuausgerichteten Studium entstehen jedoch erhebliche Mehrkosten für die Entschädigung der Ausbildungsbegleiter, die Vergütung der Laboratorien und die Auszahlung finanzieller Mittel an die Schulen. Bleiben die Bestimmungen unverändert, entstünden Mehrkosten in Höhe von ca. 130.000 Euro für die Entschädigung der Ausbildungsbegleiter und in Höhe von ca. 32.000 Euro für die finanziellen Mittel an die Schulen.

Um diese Mehrkosten vor dem Hintergrund der aktuellen Haushaltslage in einem vertretbaren Rahmen zu halten, ohne die Aufwandsentschädigung für die Ausbildungsbegleiter zu sehr einzuschränken, wird ausgleichend vorgeschlagen, die Vergütung der so genannten Laboratorien, d.h. Aktivitäten zur Verbindung von Theorie und Praxis in Form von Schulbesuchen, Modellstunden oder Aktivitäten in Klassen und Schulen zu streichen. Werden zwei oder mehrere Studierende gleichzeitig betreut, wird die Vergütung aufgrund des Mehraufwands auf 6 Euro pro Unterrichtsstunde erhöht, jedoch nicht verdoppelt. Praktika im Ausland werden nicht vergütet.

Darüber hinaus erhielten bisher nicht nur die Ausbildungsbegleiter eine Entschädigung für die Betreuung eines Studierenden im Praktikum, sondern auch den Schulen wurden pro Praktikanten und vollständiger Unterrichtswoche finanzielle Mittel ausgezahlt. Die Regierung schlägt vor, ausgleichend auch auf diese finanziellen Mittel zu verzichten, um die Mehrkosten für die Ausbildungsbegleitung im Unterrichtswesen in einem angepassten Rahmen zu halten und die Entschädigung der Ausbildungsbegleiter möglichst unberührt zu lassen.

Durch **Artikel 84** werden die Laboratorien zur Verbindung von Theorie und Praxis aus der Liste der Praktika, die Anrecht auf eine Vergütung geben, gestrichen.

**Artikel 85** präzisiert die bisherige Bestimmung über die Vergütung von vier Euro pro Unterrichtsstunde und legt fest, dass die gleichzeitige Begleitung mehrerer Studierender, z.B. im Tandem-Praktikum, Anspruch auf eine erhöhte Vergütung von sechs statt vier Euro pro Unterrichtsstunde gibt. Praktikumsformate ohne aktive Unterrichtsbeteiligung, wie Hörpraktika und Hospitationen, d.h. Beobachtungen der Unterrichtseinheiten von erfahrenen Lehrkräften, werden nicht vergütet. Die Vergütung der Laboratorien in Form von Modellstunden oder Aktivitäten in Klassen wird aufgehoben.

**Artikel 86** hebt die Auszahlung finanzieller Mittel an die Schulen für Laboratorien in Form von Schulbesuchen und für vollständige Praktikumswochen eines Studierenden auf.

## **12. Stellenkapitalberechnung im Amt des Fördergrundschulassistenten (Artikel 40)**

Inkrafttreten: 1. September 2026

Das Stellenkapital im Amt des Fördergrundschulassistenten wird geregelt in Artikel 31ter des Dekrets vom 27. Juni 1990 zur Bestimmung der Weise, wie die Dienstposten für das Personal im Förderschulwesen festgelegt werden. Berechnungsgrundlage für die Stellen in

diesem Amt sind die Schülerzahlen vom 30. September des jeweiligen Schuljahres. Ferner sieht der Artikel vor, dass das Stellenkapital für das laufende Schuljahr, d.h. vom 1. September bis 30. Juni, zur Verfügung steht. Dies ist in der Praxis jedoch nicht umsetzbar, da die Schülerzahlen vom 30. September zu Schuljahresbeginn nicht bekannt sind. Es bedarf daher einer Textkorrektur. In der Praxis wird das Stellenkapital bereits vom 1. Oktober bis zum 30. September des darauffolgenden Schuljahres gewährt, da die entsprechende Dekretpassage nicht anwendbar ist. Durch vorliegende Maßnahme soll die diesbezügliche Textkorrektur umgesetzt werden.

**Artikel 40** hält fest, dass das Stellenkapital im Amt des Fördergrundschulassistenten vom 1. Oktober bis zum 30. September des darauffolgenden Schuljahres zur Verfügung steht statt für das laufende Schuljahr.

### **13. Festlegung des Stundenkapitals im Teilzeit-Kunstunterricht (Artikel 91)**

Inkrafttreten: 1. September 2026

Das Gesamtstundenkapital der Musikakademie ist derzeit in den Artikeln 68 und 69 des Dekrets vom 23. März 2009 zur Organisation des Teilzeit-Kunstunterrichts geregelt.

Bereits beim Inkrafttreten des Dekrets sah Artikel 69 eine Abweichung vom dekretal festgelegten Berechnungsschlüssel vor. Diese bestand darin, das im Schuljahr vor Inkrafttreten gewährte Stundenkapital der bestehenden Musikakademie zu erhöhen und für vier Jahre einzufrieren. Der im Dekret vorgesehene Berechnungsmechanismus von 0,5 Stunden pro Schüler fand somit nie Anwendung. Diese Vorgehensweise brachte der Musikakademie eine größere Planungssicherheit.

Das Stundenkapital der Musikakademie ist derzeit bis zum Ende des Schuljahres 2025-2026 eingefroren und beträgt 714 Wochenstunden. Nach Anwendung des dekretalen Berechnungsschlüssels von 0,5 Stunden pro Schüler hätte die Musikakademie aufgrund der zum 30. September 2024 eingeschriebenen 1328 Schüler im Schuljahr 2024-2025 Anrecht auf 664 Wochenstunden gehabt.

Angesichts des wachsenden Kursangebots und der steigenden Nachfrage ist eine weitere Einfrierung des Stundenkapitals zwingend erforderlich, damit die Musikakademie das bestehende Angebot aufrechterhalten kann. Die Regierung schlägt daher vor, den Status Quo beizubehalten und das Stundenkapital für weitere fünf Jahre einzufrieren.

**Artikel 91** ändert den Artikel 69 des Dekrets vom 23. März 2009 zur Organisation des Teilzeit-Kunstunterrichts ab und verlängert die Einfrierung des Stundenkapitals der Musikakademie um fünf weitere Schuljahre.

### **14. Flexibilisierung des Stundenkapitals im Sekundarschulwesen (Artikel 38 und 50)**

Inkrafttreten: 1. September 2026

Die Regierung schlägt vor, den Schulträgern künftig eine flexiblere Verwendung des bestehenden Stunden- und Stellenkapitals zu ermöglichen. So wird den Schulleitungen mehr Gestaltungsspielraum bei der internen Ressourcenverteilung ermöglicht, ohne dass hierfür zusätzliche Mittel bereitgestellt werden müssen.

Konkret sollen Schulleitungen das ihnen erwirtschaftete Stundenkapital für Lehrpersonal in andere Ämter umwandeln können, wenn dies dem festgestellten Bedarf vor Ort entspricht. So kann beispielsweise eine Lehrerstelle in eine Erzieherstelle oder eine Stelle im Sekretariatsbereich umgewandelt werden. Umgekehrt wird zusätzlich die Möglichkeit geschaffen, eine Stelle im Amt des Erzieher-Aufsehers in eine Stelle im Amt des Sekretariatsassistenten umzuwandeln.

Durch diese Maßnahme wird der Schulleiter bzw. die Schulleiterin befähigt, die vorhandenen personellen Ressourcen bedarfsgerecht und eigenverantwortlich einzusetzen, anstatt formale Anträge auf zusätzliche Ressourcen stellen zu müssen. Die Umwandlung bleibt kostenneutral, da sie sich auf das bestehende Stunden- und Stellenkapital beschränkt.

Aktuell sind bereits Umwandlungen möglich, jedoch nicht, wenn es um Lehrpersonal geht. Die vorgeschlagene Maßnahme stellt daher eine ausgewogene Ergänzung bestehender Regelungen dar.

Die Umwandlung unterliegt einer Begrenzung, um zu verhindern, dass das Lehrpersonal in einem Umfang reduziert wird, der dem Auftrag der Schule widerspricht.

**Artikel 38** ermöglicht es den Sekundarschulen, eine Stelle im Amt des Erzieher-Aufsehers umzuwandeln und im Amt des Sekretariatsassistenten zu organisieren oder zu subventionieren. Darüber hinaus wird die Zurdispositionstellung auch für die bereits bestehenden Umwandlungsmöglichkeiten einer *Stelle im Amt des Direktionssekretärs in eine Stelle im Amt des Erzieher-Aufsehers* und einer *Stelle im Amt des Erzieher-Aufsehers in eine Stelle im Amt des Lehrer-Mediothekars* explizit ausgeschlossen. Zudem wird vorgesehen, dass die Umwandlung der Stellen nur mit Zustimmung des Basiskonzertierungsausschusses, des Betriebsrates oder des besonderen Verhandlungs- und Konzertierungsausschusses erfolgt und dass keine definitive Ernennung oder Einstellung in den umgewandelten Stellen erfolgen darf.

**Artikel 50** ermöglicht es Schulträgern, bis zu zwei Vollzeitstellen des Lehrpersonals in einem Anwerbungsamt der Kategorie des Erziehungshilfs- oder Verwaltungspersonals zu organisieren. Dabei darf kein Stundenkapital umgewandelt werden, das von Personal besetzt ist, das zeitweilig auf unbestimmte Dauer bezeichnet bzw. eingestellt oder definitiv ernannt bzw. eingestellt ist, und die Umwandlung darf nicht dazu führen, dass Personalmitglieder zur Disposition gestellt werden. Zudem wird vorgesehen, dass die Umwandlung der Stunden nur mit Zustimmung des Basiskonzertierungsausschusses, des Betriebsrates oder des besonderen Verhandlungs- und Konzertierungsausschusses erfolgt und dass keine definitive Ernennung oder Einstellung in den umgewandelten Stunden erfolgen darf.

## **15. Flexibilisierung des Stundenkapitals für Religionsunterricht im Grundschul- und Sekundarschulwesen im Hinblick auf Engpässe in der Verfügbarkeit von Lehrpersonen bestimmter Religionsgemeinschaften (Artikel 39 und 66)**

Inkrafttreten: 1. September 2026

In den letzten Jahren kam es vermehrt zu Engpässen bei der Verfügbarkeit und Bereitstellung von Lehrpersonen für bestimmte Religionsunterrichte und Unterrichte in nicht konfessioneller Sittenlehre, insbesondere in Schulen mit geringer Nachfrage für gewisse Religionsunterrichte oder bei kurzfristigen Ausfällen. Dies stellt die Schulen vor die Herausforderung, dass das Stundenkapital, das für den jeweiligen Religionsunterricht oder Unterrichte in nicht konfessioneller Sittenlehre gewährt wird, nicht genutzt werden kann, aber eine Aufsicht der

betroffenen Schüler gewährleistet werden muss. Um sicherzustellen, dass die Schüler trotz dieser personellen Engpässe angemessen betreut werden können, wird eine Möglichkeit geschaffen, das diesbezügliche Stundenkapital vorübergehend flexibel zu nutzen.

Die Regierung schlägt vor, dass das Stundenkapital für Religion im o. e. Fall zeitweilig in einem Anwerbungsamt der Kategorie des Lehr- und Erziehungshilfspersonals eingesetzt werden kann. Diese Lösung ermöglicht es, eine geeignete Betreuung der betroffenen Schüler aufrechtzuerhalten, bis der Schulträger eine Lehrperson für den betreffenden Religionsunterricht oder den Unterricht in nichtkonfessioneller Sittenlehre bezeichnet bzw. einstellt. Um die befristete Natur dieser Maßnahme zu betonen und keine strukturellen Verschiebungen zu bewirken, soll vorgesehen werden, dass die Bezeichnung bzw. Einstellung nur befristet erfolgt und von Amts wegen endet, sobald der Schulträger auf Vorschlag des für die jeweilige Religion zuständigen Kultusträgers – insofern vorhanden – eine Lehrperson für den betreffenden Religionsunterricht oder den Unterricht in nichtkonfessioneller Sittenlehre bezeichnet bzw. einstellt, jedoch spätestens am letzten Schultag des betreffenden Schuljahres.

Die vorgeschlagene Regelung stärkt die Planungssicherheit der Schulen, wahrt zugleich die Zuständigkeit der anerkannten Religionsgemeinschaften und erhält den Grundsatz der klaren Trennung zwischen religiösem Unterricht und allgemeiner pädagogischer Unterstützung, ohne die Rechte der Erziehungsberechtigten zu verletzen.

**Artikel 66** sieht für das Grundschulwesen eine Ausnahmeregelung für den Fall vor, dass ein anerkannter Kultusträger vorübergehend keine Lehrperson für den Religionsunterricht bereitstellen kann. Gleiches gilt ebenfalls für den Unterricht in nicht konfessioneller Sittenlehre. In diesem Fall darf das dafür vorgesehene Stundenkapital zeitweilig für ein Anwerbungsamt der Kategorie des Lehr- und Erziehungshilfspersonals verwendet werden, um eine Betreuung der Schüler zu gewährleisten. Die Regelung gilt ausschließlich bis zu dem Zeitpunkt, an dem der Schulträger eine Lehrperson für den betreffenden Religionsunterricht oder den Unterricht in nichtkonfessioneller Sittenlehre bezeichnet bzw. einstellt.

**Artikel 39** sieht die gleiche Regelung für das Sekundarschulwesen vor.

## **16. Schaffung der Möglichkeit, die Subventionen für Unterrichtseinrichtungen im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel mit einem Koeffizienten versehen zu können (Artikel 45, 65, 67, 89 und 90)**

Inkrafttreten: 1. Juli 2026

Im Gegensatz zu zahlreichen anderen Zuständigkeitsbereichen der Deutschsprachigen Gemeinschaft besteht für die Bezuschussung der Unterrichtseinrichtungen bislang keine Abweichungsmöglichkeit von der dekretal festgelegten Berechnungsweise für Funktionssubventionen, der Bezuschussung von Mittagsaufsichten, der Mittel für pädagogische Zwecke und zur Reduzierung der Schulbesuchskosten. In anderen Bereichen bestehen Rechtsgrundlagen, die es ermöglichen, dass die Regierung bei Bedarf im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel von der Berechnungsweise abweichen kann, indem sie einen Koeffizienten anwendet.

Um künftig im Bedarfsfall in der Lage zu sein, auch die Subventionen im Unterrichtswesen im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel anpassen zu können, schlägt die Regierung vor, für schülerzahl- und indexgebundene Subventionen die dekretalen Grundlagen hierfür zu schaffen.

Das Recht auf Zuschüsse der Unterrichtseinrichtungen ist einerseits begrenzt durch die Möglichkeit der Gemeinschaft, die Zuschüsse mit Erfordernissen des Gemeinwohls – darunter

diejenigen eines qualitativ hochwertigen Unterrichts und der Einhaltung von Normen der Schulbevölkerung – zu verbinden, und andererseits durch die Notwendigkeit, die verfügbaren finanziellen Mittel auf die verschiedenen Aufgabenbereiche der Gemeinschaft zu verteilen. Jedoch dürfen die Subventionen nicht derart gekürzt werden, dass die Unterrichtsfreiheit unverhältnismäßig eingeschränkt würde und nur noch rein theoretisch existiert. Die Gemeinschaften sind verpflichtet, die Wahlfreiheit, die den Erziehungsberechtigten durch den Artikel 24 der Verfassung zugesichert wird, aufrecht zu erhalten und zu gewährleisten.

Artikel 24 §5 der Verfassung besagt, dass die Organisation, die Anerkennung oder die Bezuschussung des Unterrichtswesens durch die Gemeinschaft durch Gesetz oder Dekret geregelt wird. Der Dekretgeber muss die wesentlichen Aspekte des Unterrichts hinsichtlich der Organisation, der Anerkennung und der Bezuschussung regeln. Der Artikel 24 §5 verbietet jedoch nicht, dass der Regierung unter gewissen Bedingungen Ermächtigungen erteilt werden, wenn diese sich auf die Umsetzung der Grundsätze beziehen, die der Dekretgeber selbst festgelegt hat. Die Ermessensbefugnis, die der Regierung durch die vorgeschlagenen Bestimmungen zuerkannt wird, ist dahingehend eingeschränkt, dass der Koeffizient den Wert von 0,9 nicht unterschreiten darf. Das bedeutet, dass unbeschadet der Haushaltslage mindestens 90% der Subventionen, auf die die Schulen in Anwendung der dekretal verankerten Berechnungsprinzipien Anrecht haben, ausbezahlt werden müssen.

Die Möglichkeit, den Zuschuss im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel mit einem Koeffizienten zu versehen, wird in **Artikel 45** für die Funktionssubventionen zugunsten der Sekundarschulen im subventionierten Unterrichtswesen sowie für die Bezuschussung von Mittagsaufsichten im Förderschulwesen geschaffen, in **Artikel 65** für die Funktionssubventionen sowie die Bezuschussung von Mittagsaufsichten für das Grundschulwesen im subventionierten Unterrichtswesen, in **Artikel 67** für die Mittel für pädagogische Zwecke und zur Reduzierung der Schulbesuchskosten für das Grund- und Sekundarschulwesen sowie die Hochschule. **Artikel 89 und 90** führen diese Möglichkeit für die Funktionssubvention und die Subvention für die Notenbibliothek der Musikakademie ein.

## **17. AHS - Anpassung des Stellenkapitals für die externe Evaluation (Artikel 80)**

Inkrafttreten: 1. September 2026

Die bisherige Aufteilung beruhte auf der höheren Anzahl an Grundschulen im Vergleich zu Sekundarschulen, schränkt jedoch die Besetzungsmöglichkeiten ein. Die Regierung schlägt daher vor, die bisherige dekretale Vorgabe bzw. zwei Vollzeitstellen im Amt des externen Evaluators aus dem Grundschulwesen und eine Vollzeitstelle im Amt des externen Evaluators aus dem Sekundarschulwesen, durch eine flexiblere Regelung zu ersetzen. Künftig soll lediglich vorgesehen werden, dass mindestens eine Stelle durch einen Evaluator aus dem Grundschulwesen und mindestens eine Stelle durch einen Evaluator aus dem Sekundarschulwesen besetzt wird. Dies ermöglicht eine bedarfsorientierte und praxisnahe Personalplanung. Es wird davon ausgegangen, dass unter der Verantwortung eines Evaluators der entsprechenden Schulform auch Evaluatoren der jeweils anderen Schulform tätig werden können.

**Artikel 80** bestimmt, dass der Hochschule zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben im Rahmen der externen Evaluation drei Vollzeitstellen zugewiesen werden. Dabei wird festgelegt, dass mindestens eine dieser Stellen im Amt des externen Evaluators aus dem Grundschulwesen und mindestens eine weitere im Amt des externen Evaluators aus dem Sekundarschulwesen besetzt wird.

## **18. Anpassung der Festlegungsmodalitäten der Funktionsmittel des Zentrums für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen (Artikel 108 und 109)**

Inkrafttreten: 1. September 2026

Laut aktueller Rechtsgrundlage, dem Dekret vom 31. März 2014 über das Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen, hätte das Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen (Kaleido Ostbelgien) im Haushaltsjahr 2025 an die Entwicklung des Verbraucherpreisindex angepasste Funktionsmittel in Höhe von 929.887,56 EUR erhalten. Tatsächlich hat Kaleido Ostbelgien im Jahr 2025 jedoch eine Dotation in Höhe von 1.202.000 EUR sowie zusätzlich eine Dotation für Investitionsausgaben in Höhe von 30.000 EUR erhalten. Die aktuell geltende Rechtsgrundlage zur Berechnung der Funktionsmittel für Kaleido Ostbelgien stimmt somit nicht mit den effektiv ausbezahlten Mitteln überein.

Kaleido Ostbelgien ist gemäß Artikel 87 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft eine Einrichtung öffentlichen Interesses (EöI). Gemäß Artikel 90 desselben Dekrets wird die Einnahmendotation einer EöI als Ausgabenermächtigung im allgemeinen Ausgabenhaushaltsplan der Hauptverwaltung ausgewiesen und vom Parlament genehmigt.

Vor diesem Hintergrund schlägt die Regierung vor, die Funktionsmittel Kaleido Ostbelgiens, soweit möglich, in einer einzigen Dotation zu bündeln. Dies trägt zur Verwaltungsvereinfachung bei und stärkt zugleich die institutionelle Autonomie Kaleido Ostbelgiens, da das Prinzip der freien Verfügung über Dotationen Anwendung findet.

Die neue Formulierung ermöglicht eine flexible Festlegung der Funktionsmittel und erlaubt es, unter besonderen Umständen, etwa zur Unterstützung neuer Projekte oder zum Einwirken auf veränderte Gegebenheiten, die Dotationshöhe anzupassen, ohne dass hierfür eine Anpassung des Dekrets erforderlich ist. Gleichzeitig bleibt die Haushaltskontrolle des Parlaments gewahrt, da die finale Genehmigung der Dotation weiterhin jährlich im Rahmen des Haushaltsdekrets erfolgt.

**Artikel 108** passt die Berechnungsgrundlage der Funktionsmittel für das Zentrum an.

**Artikel 109** präzisiert die Auszahlungsmodalitäten der Funktionsmittel.

## **19. Anpassung der Festlegungsmodalitäten und Korrektur der Berechnungsweise der Funktionsmittel der Autonomen Hochschule (Artikel 73, 81 und 82)**

Inkrafttreten: 1. September 2026

Bei Anwendung des Artikels 7.3 des Dekrets vom 27. Juni 2005 zur Schaffung einer Autonomen Hochschule hätte die Autonome Hochschule Ostbelgien (AHS) im Haushaltsjahr 2025 an die Entwicklung des Verbraucherpreisindex angepasste Funktionsmittel in Höhe von 429.754,46 EUR erhalten. Dieser Betrag setzt sich wie folgt zusammen:

- 187.601,79 EUR Funktionsmittel;
- 188.932,30 EUR für Weiterbildungen;
- 26.610,18 EUR für das Projekt „Grenzgeschichte“;
- 17.075,51 EUR an Mitteln für pädagogische Zwecke.

Tatsächlich hat die AHS im Jahr 2025 aufgrund des Dekrets vom 12. Dezember 2024 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2025 jedoch eine Dotation in Höhe von 521.000,00 EUR sowie zusätzlich 17.075,51 EUR an Mitteln für pädagogische Zwecke auf Grundlage des Dekrets vom 16. Dezember 2002 erhalten.

Die aktuell geltende Rechtsgrundlage zur Berechnung der Funktionsmittel für die AHS stimmt somit nicht mit den effektiv ausgezahlten Mitteln überein. Die Anzahl Studierender ist seit Schaffung der AHS im akademischen Jahr 2005-2006 von 160 Studierenden auf 322 Studierende im akademischen Jahr 2024-2025 gestiegen. Dass sich vor diesem Hintergrund Finanzbedarfe ändern, ist selbstredend. Neben der ständig ausgebauten Erstausbildung nimmt die AHS zahlreiche Angebote wahr, wie bspw. die Organisation eines umfangreichen Angebots an Weiter- und Zusatzausbildungen und die Organisation von Schulleistungsuntersuchungen im Rahmen von PISA und VERA. Im Zusammenhang mit PISA, bspw., wurden der AHS in den vergangenen Jahren mehrfach zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt, damit diese Studie in der Deutschsprachigen Gemeinschaft flächendeckend anstatt mit einer begrenzten Anzahl Schüler im entsprechenden Alter durchgeführt werden konnte.

Die AHS ist gemäß Artikel 87 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft eine Einrichtung öffentlichen Interesses (EöI). Gemäß Artikel 90 desselben Dekrets wird die Einnahmendotation einer EöI als Ausgabenermächtigung im allgemeinen Ausgabenhaushaltsplan der Hauptverwaltung ausgewiesen und vom Parlament genehmigt.

Vor diesem Hintergrund schlägt die Regierung vor, die Funktionsmittel der AHS, soweit möglich, in einer einzigen Dotation zu bündeln. Dies trägt zur Verwaltungsvereinfachung bei und stärkt zugleich die institutionelle Autonomie der AHS, da das Prinzip der freien Verfügung über Dotationen Anwendung findet. Lediglich die Mittel für pädagogische Zwecke sollen weiterhin separat gewährt werden, da für diese eine eigenständige Rechtsgrundlage gilt und anhand der Anzahl Studierenden berechnet werden.

Die neue Formulierung ermöglicht eine flexible Festlegung der Funktionsmittel und erlaubt es, unter besonderen Umständen, etwa zur Unterstützung neuer Projekte, Weiterbildungen, Zusatz- oder Erstausbildungen, Erhöhungen vorzunehmen, ohne dass hierfür eine Anpassung des Dekrets erforderlich ist. Gleichzeitig bleibt die Haushaltskontrolle des Parlaments gewahrt, da die finale Genehmigung der Dotation weiterhin jährlich im Rahmen des Haushaltsdekrets erfolgt.

**Artikel 73** präzisiert den Verweis auf Artikel 7.2 des Dekrets vom 27. Juni 2005 zur Schaffung einer Autonomen Hochschule in Artikel 2.11 desselben Dekrets.

**Artikel 81** passt die Berechnungsgrundlage der Funktionsmittel für die Hochschule an.

**Artikel 82** präzisiert den Verweis auf Artikel 7.2 in Artikel 7.3 desselben Dekrets.

## **20. AHS - Anrecht auf Gehalt (Artikel 83)**

Inkrafttreten: 1. Juli 2005

Die Abänderung nimmt eine Textkorrektur im AHS-Dekret vor. Anrecht auf Gehalt haben nach dem bisherigen Wortlaut nur Personalmitglieder, die u.a. Inhaber eines erforderlichen oder gegebenenfalls ausreichenden Befähigungsnachweises sind. Dies schließt allerdings Personalmitglieder aus, die über Abweichung an der AHS beschäftigt sind oder waren, obwohl das Dekret seit Inkrafttreten in Artikel 5.15 ausdrücklich die Möglichkeit der



Beschäftigung auf Abweichung vorsieht und seit jeher Personalmitglieder an der Hochschule auf Abweichung beschäftigt werden. Ferner entsprechen einige der in dem betreffenden Artikel formulierten Bedingungen den Bezeichnungsbedingungen, z.B. die bürgerlichen und politischen Rechte besitzen, sodass mit vorliegender Textkorrektur der Artikel vereinfacht wird.

Im Sinne der Rechtssicherheit für alle Beschäftigten der Autonomen Hochschule und ihr Recht auf Gehalt seit Gründung der Einrichtung wird vorgeschlagen, die Textkorrektur rückwirkend in Kraft treten zu lassen, und zwar zum 1. Juli 2005, dem Tag, an dem auch das Dekret vom 27. Juni 2005 zur Schaffung einer autonomen Hochschule in Kraft getreten ist.

**Artikel 83** nimmt diese Abänderung im AHS-Dekret vor.

## **21. Aufnahme des Meisterbriefes als Zulassungsbedingung für die Studiengänge der AHS (Artikel 74, 75, 76 und 77)**

Inkrafttreten: 1. September 2026

Mit diesen auf Wunsch der Autonomen Hochschule Ostbelgien vorgeschlagenen Anpassungen erhalten Personen, die über einen Meisterbrief verfügen, die Möglichkeit, Zugang zu den Bachelorstudiengängen an der autonomen Hochschule zu erhalten. Der Meisterbrief steht für eine berufliche Qualifikation, die weit über eine rein praktische Ausbildung hinausgeht. Meister übernehmen Verantwortung für betriebliche Abläufe, bilden aus, kalkulieren wirtschaftlich und entwickeln kreative Lösungen für komplexe Probleme. Diese Kompetenzen entsprechen in ihrer Tiefe und Breite durchaus denjenigen, die Voraussetzung für den erfolgreichen Abschluss eines Bachelor-Studiums sind. Diese Maßnahme würdigt nicht nur die fachliche, methodische und personale Kompetenz dieser Fachkräfte, sondern sendet auch ein starkes gesellschaftliches Signal: Akademische und berufliche Bildung sind gleichwertige Wege zu beruflichem Erfolg und gesellschaftlicher Teilhabe. Zudem kann eine solche Regelung dem Fachkräftemangel entgegenwirken, indem sie Durchlässigkeit fördert, lebenslanges Lernen unterstützt und qualifizierten Berufspraktikern den Weg zur akademischen Weiterqualifizierung öffnet.

Die weiteren Zulassungsbedingungen, beispielsweise das Bestehen des Aufnahmeverfahrens für einen Studienplatz im Studienbereich Lehramt, der Nachweis über die ausreichende Beherrschung der französischen Sprache im Studienbereich Soziale Arbeit, der Nachweis eines Auszugs aus dem Strafregister ohne Eintrag (Lehramt, Krankenpflege, Soziale Arbeit) oder das Aufweisen eines Ausbildungs- oder Arbeitsvertrags im jeweiligen Studienfach in den Studienbereichen Buchhaltung, Bank, Versicherung und Public and Business Administration bleiben erhalten.

**Artikel 74** fügt den Meisterbrief zur Liste der Studiennachweise hinzu, die Zugang zur Erstausbildung im Studienbereich Lehramt geben.

**Artikel 75** fügt den Meisterbrief zur Liste der Studiennachweise hinzu, die Zugang zur Erstausbildung im Studienbereich Krankenpflege geben.

**Artikel 76** fügt den Meisterbrief zur Liste der Studiennachweise hinzu, die Zugang zur Erstausbildung in den Studienbereichen Buchhaltung, Bank, Versicherungen und Public and Business Administration geben.

**Artikel 77** fügt den Meisterbrief zur Liste der Studiennachweise hinzu, die Zugang zur Erstausbildung im Studienbereich Soziale Arbeit geben.

## **22. AHS - Anpassung der Abwesenheitsregelung für Schüler und Studierende (Artikel 78)**

Inkrafttreten: 1. September 2026

Laut Artikel 3.17 des Dekretes vom 27. Juni 2005 zur Schaffung einer autonomen Hochschule regelt die Schulordnung der autonomen Hochschule die Modalitäten des regelmäßigen Schulbesuchs und der Kontrolle der Anwesenheiten. Jedoch enthält Artikel 3.12 desselben Dekrets einige diesbezügliche Bestimmungen. Hierbei ist anzumerken, dass diese Modalitäten sich für Schüler der Vorbereitungsabteilung und des ergänzenden berufsbildenden Sekundarunterrichtes und für Studierende der Bachelorstudiengänge unterscheiden.

Laut Artikel 3.12 Absatz 2 des Dekrets vom 27. Juni 2005 sind reguläre Schüler bzw. Studenten verpflichtet, an allen Ausbildungsaktivitäten teilzunehmen, mit Ausnahme der Aktivitäten, für die sie eine Unterrichtsbefreiung erhalten haben. Diese Verpflichtung findet auf Bachelor-Studierende in der Praxis keine Anwendung, da Studierende gemäß den Angaben der Schulordnung zu einem definierten Anteil abwesend sein können.

Artikel 3.12 Absatz 3 des Dekrets vom 27. Juni 2005 beinhaltet die Begründungspflicht von Abwesenheiten der Schüler. Diese Verpflichtung findet auf Bachelor-Studierende in der Praxis keine Anwendung, da Studierende gemäß den Angaben der Kursbeschreibungen zu einem definierten Anteil unbegründet abwesend sein können. Folglich muss nicht jede Abwesenheit begründet werden und der Fachbereichsleiter nicht über die Annehmbarkeit der Begründung entscheiden. Die Schulordnung legt fest, welche Begründungen für Abwesenheiten annehmbar sind.

Artikel 3.12 Absatz 4 des Dekrets vom 27. Juni 2005 hält die Anzahl halbe Tage, die Schüler bzw. Studenten unbegründet abwesend sein dürfen, fest. Wird diese Anzahl Tage überschritten, wird der Schüler bzw. Student vom regulären zum freien Schüler bzw. Student. Die dekretal festgelegte Anzahl von 60 halben Tagen bzw. 20 halben Tagen im Praktikum für Studierende stimmt jedoch nicht mehr mit der Realität überein, da Studierende gemäß den Angaben der Kursbeschreibungen mehr als 60 Halbtage unbegründet abwesend sein können. Bei Laborkursen und in den Praktika bzw. der klinisch-praktischen Unterweisung hingegen gilt eine Anwesenheitspflicht von 100%. Abwesenheiten mit ärztlichem Attest sind begründete Abwesenheiten und werden nicht von der zu erfüllenden Anwesenheitsquote abgezogen. In diesem Zusammenhang wird in den Bachelorstudiengängen nicht von „Tagen“ oder „Halbtagen“ gesprochen, da diese Formulierung in Verbindung mit den in den Kursbeschreibungen definierten An- und Abwesenheitsregelungen nicht sinnvoll ist.

Aufgrund der abweichenden An- bzw. Abwesenheitsregelungen von Schülern und Studierenden und der Tatsache, dass gemäß Artikel 3.17 die Schulordnung ohnehin diesbezügliche Bestimmungen enthalten muss, schlägt die Regierung vor, die Abwesenheitsregelung für die Unterrichtsteilnahme und die Praktika künftig ausschließlich in der Schulordnung zu definieren.

**Artikel 78** streicht in Artikel 3.12 die Absätze 2, 3 und 4 in Bezug auf die An- bzw. Abwesenheitsregelungen, die auf Bachelor-Studierende in der Praxis keine Anwendung finden und hält stattdessen in Analogie zu Artikel 3.17 fest, dass die An- bzw. Abwesenheitsregelung von Schülern und Studierenden in der Schulordnung definiert wird.

## **23. Gleichstellung von ausländischen Abschlüssen in der mittelständischen Ausbildung (Artikel 11 Nummer 1, 42, 43, 44 und 87 Nummer 6)**

Inkrafttreten: 1. September 2026

In der Deutschsprachigen Gemeinschaft existiert keine allgemeine Rechtsgrundlage, die es ermöglicht, ausländische Abschlüsse in der mittelständischen Ausbildung mit einem in der Deutschsprachigen Gemeinschaft verliehenen Gesellenzeugnis oder Meisterbrief gleichzustellen.

Die Regierung schlägt vor, eine solche Rechtsgrundlage zu schaffen und die Zuständigkeit, ausländische Abschlüsse in der mittelständischen Ausbildung zu überprüfen und mit ostbelgischen Abschlüssen gleichzustellen, beim IAWM selbst anzusiedeln. Das IAWM verfügt über qualifiziertes Personal, das über das erforderliche Fachwissen verfügt, um ausländische Abschlüsse mit einem Gesellenzeugnis oder einem Meisterbrief gleichzustellen.

**Artikel 11 Nummer 1** passt den Königlichen Erlass vom 22. April 1969, der die erforderlichen Titel festlegt, entsprechend an.

**Artikel 42** fügt ein neues Kapitel III.1 ‚Gleichstellung von ausländischen Abschlüssen in der mittelständischen Ausbildung‘ in das Dekret vom 16. Dezember 1991 über die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen ein.

**Artikel 43** fügt den Artikel 14.1 in das neue Kapitel III.1 des Dekrets vom 16. Dezember 1991 ein. Der Artikel legt fest, dass das IAWM zuständig ist, Anträge auf Gleichstellung eines ausländischen Abschlusses mit einem in der Deutschsprachigen Gemeinschaft verliehenen Gesellenzeugnis oder Meisterbrief zu prüfen und bei positiver Begutachtung anzuerkennen. Der Artikel sieht ebenfalls vor, dass das IAWM die Gleichstellung des Ausbildungsniveaus feststellen kann, wenn kein entsprechendes Gesellenzeugnis oder kein entsprechender Meisterbrief in der Deutschsprachigen Gemeinschaft verliehen wird und wenn das Niveau der im Ausland absolvierten Ausbildung dem Niveau einer Gesellen- oder Meisterausbildung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft entspricht.

Die Bedingungen und das Verfahren zur Gleichstellung wird nach Gutachten des IAWM per Erlass der Regierung festgelegt.

**Artikel 44** fügt die Überprüfung und die Gleichstellung von ausländischen Abschlüssen in der mittelständischen Ausbildung in Artikel 16 des Dekrets vom 16. Dezember 1991 ein, der die Aufgaben des IAWM beinhaltet.

**Artikel 87 Nummer 6** fügt die Gleichstellung von ausländischen Abschlüssen durch das IAWM in das Dekret vom 21. April 2008 zur Aufwertung des Lehrerberufs, das die Besoldung nach Diplom in den Anwerbungsämtern des Unterrichtswesens festlegt. Siehe dazu auch Maßnahme Nr. 1 „Anhebung der Gehälter für Meister und Gesellen“.

## **24. Anpassung des monatlichen Betrags der DuO-Ausbildungsförderung (Artikel 114 und 115)**

Inkrafttreten: 1. Juli 2026

Vor dem Hintergrund der aktuellen Finanzsituation und der damit einhergehenden Sparzwänge wird für neue Antragsteller der monatliche Betrag der „Du und Ostbelgien“ (DuO) - Ausbildungsförderung von 350 auf 200 Euro reduziert. Personen, denen bereits im Schuljahr 2025-2026 ein Darlehen gewährt wurde, erhalten für die Fortführung ihrer bereits

begonnenen Ausbildung oder ihres bereits begonnenen Studiums weiterhin einen monatlichen Betrag in Höhe von 350 Euro, wenn sie die dekreteral festgelegten Bedingungen weiterhin erfüllen. Sollten sie zu einer anderen Ausbildung oder einem anderen Studium wechseln und die Bedingungen für die Ausbildungsförderung weiterhin erfüllen, erhalten sie jedoch lediglich 200 Euro monatlich. So wird eine Gleichbehandlung aller Personen, die eine neue Ausbildung oder ein neues Studium beginnen, gewährleistet, und zeitgleich sichergestellt, dass die Personen, die bereits in den Schuljahren 2023-2026 DuO bezogen haben, die Ausbildung oder das Studium unter gleichbleibenden Bedingungen in Bezug auf die Ausbildungsförderung abschließen können.

**Artikel 114** hält fest, dass die monatlichen Zahlungen für alle neuen Antragsteller von 350 auf 200 Euro reduziert werden.

**Artikel 115** hält eine Übergangsbestimmung fest für die Personen, denen bereits im Schuljahren 2023-2026 ein Darlehen gewährt wurde. Diese Personen erhalten für den Abschluss ihrer bereits begonnenen Ausbildung weiterhin ein monatliches Darlehen in Höhe von 350 Euro.

## **25. Präzisierungen zur Einspruchskammer Schüler (Artikel 52 und 53)**

Inkrafttreten: 1. September 2026

Der Fachbereich Ausbildung und Unterrichtsorganisation des Ministeriums organisiert in Ausführung des Dekrets vom 18. April 1994 bezüglich der Einsetzung des Prüfungsausschusses der Deutschsprachigen Gemeinschaft für den Sekundarunterricht sowie der Durchführung der Prüfungen vor diesem Ausschuss die Prüfungen des schulexternen Prüfungsausschusses für den Sekundarunterricht. Eingeschriebene Kandidaten können das Abschlusszeugnis der Unter- oder der Oberstufe des Sekundarunterrichts durch den erfolgreichen Abschluss der Prüfungen erhalten. Über die Vergabe der Abschlusszeugnisse befindet der Prüfungsausschuss, der sich aus den Prüfern und einem per Erlass bestellten Mitarbeiter des Ministeriums als Vorsitzenden zusammensetzt. Entscheidet der Prüfungsausschuss, einem Kandidaten das Abschlusszeugnis nicht zu verleihen, hat der Kandidat gemäß Artikel 39 des Dekrets vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regel- und Förderschulen das Recht, Einspruch gegen diese Entscheidung einzulegen. Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses darf den Einspruch annehmen, ablehnen oder erneut dem Prüfungsausschuss vorlegen. Bei einer negativen Entscheidung kann sich der Kandidat an die Einspruchskammer Schüler wenden.

Der Fachbereich Pädagogik des Ministeriums organisiert in Ausführung von Artikel 20 des Dekrets vom 26. April 1999 *über das Regelgrundschulwesen* den Prüfungsausschuss zur schulexternen Vergabe des Abschlusszeugnisses der Grundschule. Über die Vergabe des Abschlusszeugnisses befindet der Prüfungsausschuss, der sich aus mindestens vier Mitgliedern des Direktions- und Lehrpersonals der Grundschulen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, die sich im aktiven Dienst oder im Ruhestand befinden, einem Mitarbeiter des Fachbereichs Pädagogik des Ministeriums sowie einem Vorsitzenden aus dem Fachbereich Pädagogik zusammensetzt. Auch für Einsprüchen gegen die Nichtvergabe dieses Abschlusszeugnisses ist die Einspruchskammer Schüler zuständig.

Bei Einsprüchen gegen Entscheidungen der Grund- und Sekundarschulen der Deutschsprachigen Gemeinschaft nimmt ein Vertreter des betroffenen Schulträgers an der Sitzung der Einspruchskammer Schüler teil. Für den Prüfungsausschuss besteht kein klassischer Schulträger in Form der drei Unterrichtsnetze. Durch die vorgeschlagene Dekretanpassung

wird präzisiert, dass für die Prüfungsausschüsse die Regierung die Rolle des Schulträgers einnimmt, sodass diese einen Vertreter für die jeweilige Sitzung der Einspruchskammer Schüler bestimmen kann.

Hinsichtlich der Einspruchsform sieht das Dekret vor, dass Einsprüche bei der Einspruchskammer postalisch per Einschreiben eingereicht werden. Die vorgeschlagene Dekretanpassung ermöglicht das Einreichen des Einspruches bei der Einspruchskammer gegen Aushändigung einer Empfangsbestätigung beim Empfang des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Abschließend wird in Artikel 39 §4 des Dekrets präzisiert, dass die Schulleitung die Akte wieder aufnehmen kann, wenn die Einspruchskammer einen Schulverweis annulliert hat. Stellt die Einspruchskammer einen Verfahrensfehler seitens der Schule fest, ändert das nichts an der Disziplinarakte des Schülers. Die Schulleitung kann das Verfahren zum mehrtägigen Ausschluss oder Schulverweis, das in Artikel 45 desselben Dekrets geregelt wird, erneut einleiten. Zudem wird präzisiert, dass gegen diesen erneuten Verweis kein weiterer Einspruch bei der Einspruchskammer möglich ist. Den betroffenen Personen steht in diesem Fall eine Beschwerde bei der Ombudsperson oder eine Klage beim Staatsrat offen.

**Artikel 52** legt die Regierung als Schulträger für die schulexternen Prüfungsausschüsse für den Sekundarunterricht und für die schulexterne Vergabe des Abschlusszeugnisses der Grundschule fest. Deshalb kann in Zukunft ein Vertreter der Regierung gemäß Artikel 38 §2 Nummer 3 als Schulträger an den Sitzungen der Einspruchskammer teilnehmen, wenn gegen eine Entscheidung der o. e. Prüfungsausschüsse Einspruch erhoben wird.

**Artikel 53** erlaubt das Einreichen des Einspruches auch per persönlicher Abgabe bei der Einspruchskammer gegen Erhalt einer Empfangsbestätigung zusätzlich zum üblichen Verfahren per Einschreiben. Zudem bestätigt der Artikel die Möglichkeit der Schulleitung, eine Akte im Fall der Annullierung eines Schulverweises durch die Einspruchskammer erneut aufzunehmen.

## **26. Anpassung des rechtlichen Rahmens für Hausaufgaben (Artikel 51, 54, 55, 56 und 57)**

Inkrafttreten: 1. September 2026

Die Diskussion um die Abschaffung von Hausaufgaben vereint komplexe Themen wie Bildungsgerechtigkeit, Chancengleichheit und die Belastung von Schülerinnen und Schülern. Dennoch sprechen zahlreiche fundierte Argumente dafür, Hausaufgaben beizubehalten – unter der Voraussetzung, dass sie sinnvoll, differenziert und angemessen gestaltet werden. Hausaufgaben bieten Lernenden die Möglichkeit, Gelerntes zu festigen, eigenständig zu arbeiten und wichtige Kompetenzen zu entwickeln. Sie fördern die langfristige Verankerung von Wissen und unterstützen somit den Lernfortschritt.

Anstatt Hausaufgaben vollständig abzuschaffen oder ausschließlich in den Unterricht zu verlagern, sollte der Fokus darauf liegen, Hausaufgaben gezielt weiterzuentwickeln und als integralen Bestandteil des schulischen Alltags zu nutzen. Zur Förderung von Bildungsgerechtigkeit können beispielsweise schulinterne Konzepte sowie ergänzende Betreuungsangebote beitragen, die von den Schulen auf freiwilliger Basis ausgearbeitet und organisiert werden können.

Das Dekret vom 26. Juni 2023 über Maßnahmen im Unterrichtswesen, in der Ausbildung, in der Erwachsenenbildung und zur Bekämpfung bestimmter Formen von Diskriminierung 2023 hat zeitliche Begrenzungen für Hausaufgaben in der Primarschule festgelegt und betont die Bedeutung schulinterner Absprachen in der Sekundarschule. Diese Maßnahmen verhindern Überforderung und schaffen klare Rahmenbedingungen.

Ein häufig genannter Kritikpunkt an Hausaufgaben war bisher die mangelnde Anpassung an die individuellen Bedürfnisse der Lernenden. Daher sollen Hausaufgaben regelmäßig, dosiert und differenziert gestaltet werden. Dies bedeutet, Umfang und Anforderungen an den Kompetenzstand und das Lerntempo der Schülerinnen und Schüler anzupassen. So wird Überforderung vermieden, während gezielte Lernanreize geschaffen werden.

Darüber hinaus bieten Hausaufgaben eine wertvolle Gelegenheit, essenzielle Arbeitstechniken wie Zeitmanagement, Selbstorganisation und eigenständiges Lernen zu trainieren. Diese Kompetenzen sind nicht nur für den schulischen Erfolg entscheidend, sondern bereiten auch auf die spätere berufliche Laufbahn vor. Besonders wirkungsvoll sind Hausaufgaben, wenn sie darauf abzielen, diese Fähigkeiten zu fördern – anstatt sich allein auf die Vorbereitung für Tests zu beschränken.

Angesichts dieser Argumente ist es sinnvoll, den Begriff Hausaufgaben zu verwenden und dekretal zu verankern. Während Schulaufgaben den Fokus ausschließlich auf betreute Lernzeiten innerhalb der Schule legten, ermöglichen Hausaufgaben eine flexiblere und individuellere Auseinandersetzung mit dem Gelernten oder den zu erwerbenden Kompetenzen auch außerhalb der Unterrichtszeit. Sie bieten Schülerinnen und Schülern die Gelegenheit, Verantwortung für ihren eigenen Lernprozess zu übernehmen und das Gelernte in einem selbst gewählten Tempo zu vertiefen. Zudem stärkt die Rückkehr zu „Hausaufgaben“ die Verbindung zwischen Schule und Elternhaus, da sie Eltern/Erziehungsberechtigten Einblicke in das Unterrichtsgeschehen ermöglicht und sie am Lernprozess ihrer Kinder teilhaben lässt.

**Artikel 51** ersetzt den Begriff Schulaufgaben in Artikel 4 des Dekrets vom 31. August 1998 (Grundlagendekret), der die Definitionen beinhaltet.

**Artikel 54** ersetzt den Begriff Schulaufgaben in Artikel 40 des Grundlagendekrets, der den Inhalt der Schulordnung festlegt.

**Artikel 55** ersetzt den Begriff Schulaufgaben in Kapitel VIII Abschnitt 1.1 des Grundlagendekrets.

**Artikel 56** ersetzt den Begriff Schulaufgaben in Artikel 75.2 des Grundlagendekrets, der die allgemeinen Grundsätze zu den Schulaufgaben beinhaltet, die für alle Primar- und Sekundarschulen gelten, und hebt den Absatz 4 auf, der festlegt, dass die Schulaufgaben vorrangig in der Primarschule während der Unterrichtszeit organisiert werden und dass in der Sekundarschule die Möglichkeit besteht, dass die Schüler die Schulaufgaben außerhalb der Schule oder in der Schule außerhalb der Unterrichtszeit bearbeiten.

**Artikel 57** ersetzt die Begriffe Schulaufgabe, Schulaufgaben und Schulaufgabenregelung in Artikel 75.3 des Grundlagendekrets, der die Regeln über die Schulaufgaben für die verschiedenen Studienjahre in der Primar- und Sekundarschule festlegt.

## **27. Anpassung der Titelgesetzgebung in Bezug auf gleichgestellte Studiennachweise (Artikel 11 Nummer 2 und Artikel 19, 22, 26, 30, 87 Nummer 7 und 95 Nummer 4)**

Inkrafttreten: 1. September 2024

Die im Unterrichtswesen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft gültige Titelgesetzgebung sieht keine explizite Regelung in Bezug auf im Ausland verliehene Studiennachweise vor, die nicht in den Anwendungsbereich der Richtlinie 2005/36/EG fallen. Die Titelgesetzgebung regelt nicht, ob ein im Ausland verliehener Studiennachweis zwingend von der Deutschsprachigen Gemeinschaft gleichgestellt werden muss oder ob Gleichstellungen, die in der Französischen oder Flämischen Gemeinschaft ausgestellt worden sind, ebenfalls von der Deutschsprachigen Gemeinschaft akzeptiert werden. Im Sinne der Verwaltungsvereinfachung und im Interesse der Personalmitglieder, nicht erneut ein Gleichstellungsverfahren durchlaufen zu müssen, schlägt die Regierung vor, dass im Ausland verliehenen Studiennachweise als erforderliche bzw. als für ausreichend erachtete Befähigungsnachweise gelten sollen, wenn ihnen eine Gleichstellung beigelegt ist, die in der Deutschsprachigen, Französischen oder Flämischen Gemeinschaft ausgestellt worden ist.

Die vorgeschlagene Maßnahme gilt unbeschadet der Regelung in Bezug auf die Konformitätsbescheinigungen und Anerkennungen, die Studiennachweisen, die in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union verliehen wurden, aufgrund der Richtlinie 2005/36/EG beigelegt werden. Die Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen legt Vorschriften fest, nach denen ein Mitgliedstaat, der den Zugang zu einem reglementierten Beruf oder dessen Ausübung in seinem Hoheitsgebiet an den Besitz bestimmter Berufsqualifikationen knüpft, für den Zugang zu diesem Beruf und dessen Ausübung die in einem oder mehreren anderen Mitgliedstaaten erworbenen Berufsqualifikationen anerkennt, die ihren Inhaber berechtigen, dort denselben Beruf auszuüben.

Die vorgeschlagene Maßnahme soll rückwirkend zum 1. September 2024 in Kraft treten, damit Personalmitglieder, die bereits in Besitz einer Gleichstellung einer anderen Gemeinschaft sind, nicht erneut gezwungen sind, ein Gleichstellungsverfahren in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu durchlaufen und keinerlei Gehaltseinbußen in Kauf nehmen müssen.

**Artikel 11 Nummer 2** passt den Königlichen Erlass vom 22. April 1969, der die erforderlichen Titel festlegt, entsprechend an.

**Artikel 19** passt den Königlichen Erlass vom 25. Oktober 1971, der die erforderlichen Titel für das Amt des Lehrers für Religion festlegt, entsprechend an.

**Artikel 22** passt den Königlichen Erlass vom 20. Juni 1975, der die für ausreichend erachteten Titel für das subventionierte Grundschulwesen festlegt, entsprechend an.

**Artikel 26** passt den Königlichen Erlass vom 30. Juli 1975, der die für ausreichend erachteten Titel für die Unterrichtseinrichtungen des Mittel- und Normalschulwesens (OSU) festlegt, entsprechend an.

**Artikel 30** passt den Königlichen Erlass vom 30. Juli 1975, der die für ausreichend erachteten Titel für das subventionierte technische und berufliche Sekundarschulwesen festlegt, entsprechend an.

**Artikel 34** passt den Königlichen Erlass vom 30. Juli 1975, der die für ausreichend erachteten Titel für die Unterrichtseinrichtungen des Mittel- und Normalschulwesens (FSU) festlegt, entsprechend an.

**Artikel 87 Nummer 7** passt das Dekret vom 21. April 2008 zur Aufwertung des Lehrerberufes an.

**Artikel 95 Nummer 4** passt das Dekret vom 31. März 2014 über das Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen an.

## **28. Anpassung der Besoldungsregelung (Artikel 87 Nummer 1 und 2 und Artikel 88)**

Inkrafttreten: 1. September 2026

Bislang werden alle Personalmitglieder, die Inhaber eines von einer anerkannten Universität oder Hochschule ausgestellten Masterdiploms sind, in die Diplomstufe I eingeordnet. Masterdiplome können sich im Umfang jedoch stark voneinander unterscheiden. So gibt es Masterstudiengänge von 60, 90 oder 120 ECTS.

Vor diesem Hintergrund wird vorgeschlagen, dass künftig nur mehr Inhaber eines mindestens 90 ECTS umfassenden Masterdiploms in die Diplomstufe I eingeordnet werden. Diese Anpassung erscheint zudem angebracht, um Ungleichbehandlungen im Zuge der Reform der Lehramtsausbildung zu vermeiden. In der Deutschsprachigen Gemeinschaft wurde zum 1. September 2025 das Studium für Kindergärtner und Primarschullehrer auf 4 Jahre angehoben. Da nach Abschluss des Studiums ein Bachelordiplom (240 ECTS) verliehen wird, werden künftige Absolventen des 4-jährigen Studiums somit in die Diplomstufe II+ eingeordnet. In der Französischen Gemeinschaft wurde die Ausbildung für Kindergärtner, Primarschullehrer und Regenten ebenfalls auf 4 Jahre angehoben. Allerdings wird dort nach Abschluss des Studiums, dass sich aus 3 Jahren Bachelorstudium (180 ECTS) und 1 Jahr Masterstudium (60 ECTS) zusammensetzt, ein Masterdiplom verliehen. Die hierüber angeführte Anpassung der Besoldungsregelung gewährleistet, dass in besoldungsrechtlicher Hinsicht kein Unterschied zwischen Lehramtsabsolventen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft und Lehramtsabsolventen in der Französischen Gemeinschaft gemacht wird.

Eine Übergangsregelung sieht vor, dass Inhaber eines weniger als 90 ECTS umfassenden Masterdiploms, die vor Inkrafttreten der neuen Regelung bereits im Unterrichtswesen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft tätig waren und auf Grund Ihres Diploms in die Diplomstufe I eingeordnet wurden, auch in Zukunft in die Diplomstufe I eingeordnet werden. Sie erleiden somit keinen Gehaltsverlust infolge der Neuregelung.

**Artikel 87 Nummer 1 und 2 und Artikel 88** nehmen die entsprechenden Anpassungen im Dekret vom 21. April 2008 zur Aufwertung des Lehrerberufs vor.

Der Minister für Unterricht, Ausbildung und Beschäftigung  
J. FRANSSSEN

**Jérôme  
Franssen** Digital unterschrieben  
von Jérôme Franssen  
Datum: 2025.12.18  
08:42:55 +01'00'





## DEKRETVORENTWURF

### Dekretvorentwurf über Maßnahmen im Unterrichtswesen und in der Ausbildung 2026

KAPITEL 1 - ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 2. OKTOBER 1968 ZUR FESTLEGUNG UND EINTEILUNG DER ÄMTER DER MITGLIEDER DES DIREKTIONS- UND LEHRPERSONALS, DES ERZIEHUNGSHILFSPERSONALS, DES PARAMEDIZINISCHEN UND SOZIALPSYCHOLOGISCHEN PERSONALS SOWIE DES VERWALTUNGSPERSONALS DER STAATLICHEN EINRICHTUNGEN FÜR VOR-, PRIMAR-, FÖRDER-, MITTEL-, TECHNISCHEN, KUNST- UND NORMALSCHULUNTERRICHT UND DER ÄMTER DER PERSONALMITGLIEDER DES INSPEKTIONSDIENSTES BEAUFTRAGT MIT DER AUFSICHT DIESER EINRICHTUNGEN

**Artikel 1** – In Artikel 6 Buchstabe C Buchstabe a) des Königlichen Erlasses vom 2. Oktober 1968 zur Festlegung und Einteilung der Ämter der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals sowie des Verwaltungspersonals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Förder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der Ämter der Personalmitglieder des Inspektionsdienstes beauftragt mit der Aufsicht dieser Einrichtungen, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 8. Mai 2024, wird folgende Nummer 2.1 eingefügt:

„2.1. Lehrer für allgemeinbildende Kurse im Fördersekundarunterricht;“

**Art. 2** – In Artikel 9.1 Buchstabe a) Nummer 2 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009, wird das Wort „Sozialassistent“ durch das Wort „Sozialarbeiter“ ersetzt.

KAPITEL 2 - ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 22. MÄRZ 1969 ZUR FESTLEGUNG DES STATUTS DER PERSONALMITGLIEDER DES GEMEINSCHAFTSUNTERRICHTSWESENS

**Art. 3** – In Artikel 16 Absatz 1 Nummer 5 Buchstabe e) des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Personalmitglieder des Gemeinschaftsunterrichtswesens, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009, wird die Angabe „10“ durch die Angabe „15“ ersetzt.

**Art. 4** – In Artikel 39 Absatz 1 Nummer 5 Buchstabe e) desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009, wird die Angabe „10“ durch die Angabe „15“ ersetzt.

**Art. 5** – In Artikel 91quintagies §1 Absatz 2 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 22. Juni 2020, wird die Wortfolge „eine oder mehrere Personen im Amt des Aufseher-Erziehers ersetzen“ durch die Wortfolge „eine Person ersetzen, die die in Artikel 91quadragesiessepties Absatz 1 angeführten Bedingungen, mit Ausnahme von Nummer 3, erfüllt“ ersetzt.

**Art. 6** – In Kapitel XIbis desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 25. Mai 2009 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 8. Mai 2024, wird folgender Artikel 169tricessexies eingefügt:

„Art. 169tricessexies – In Abweichung von Artikel 22 §1 Absatz 1 erfolgt der Bewerbungsauftrag für eine zeitweilige Bezeichnung im Amt des Lehrers für allgemeinbildende Kurse im

Fördersekundarunterricht für das Schuljahr 2026-2027 zwischen dem Tag der Verabschiedung des Dekrets vom (Tag der Verabschiedung des Dekrets) und dem 31. August 2026.“

**Art. 7** – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 169triciessepties eingefügt:

„Art. 169triciessepties – Unbeschadet von Artikel 16 und Artikel 39 werden im Amt des Lehrers für allgemeinbildende Kurse im Fördersekundarunterricht Abweichungen berücksichtigt, die ein Personalmitglied vor dem 1. September 2026 im Amt des Lehrers für allgemeinbildende Kurse in der Unterstufe des Fördersekundarunterrichts durchlaufen hat.“

**Art. 8** – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 169duodequadrages eingefügt:

„Art. 169duodequadrages – Zur Berechnung des in Artikel 17 und Artikel 39 angeführten Amtsalters werden im Amt des Lehrers für allgemeinbildende Kurse im Fördersekundarunterricht ebenfalls Diensttage berücksichtigt, die das Personalmitglied vor dem 1. September 2026 im Amt des Lehrers für allgemeinbildende Kurse in der Unterstufe des Fördersekundarunterrichts erwirtschaftet hat.“

**Art. 9** – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 169undequadrages eingefügt:

„Art. 169undequadrages – Bei Personalmitgliedern, die am 31. Dezember 2026 im Förderungswesen in einem Amt der Kategorie des Lehrpersonals definitiv ernannt, auf unbestimmte Dauer bezeichnet oder auf unbestimmte Dauer ab Dienstbeginn bezeichnet sind, gilt die in Artikel 16 Absatz 1 Nummer 5 Buchstabe e) und Artikel 39 Absatz 1 Nummer 5 Buchstabe e) angeführte Bestimmung als erfüllt, wenn sie über einen Nachweis über das Bestehen einer mindestens 10 ECTS-Punkte umfassenden Zusatzausbildung im Bereich der Förder-, Heil- oder Orthopädagogik, der von einer Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgestellt wurde, oder über einen beziehungsweise mehrere Nachweise, die von der Regierung als gleichwertig anerkannt wurden, verfügen.“

**Art. 10** – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 169quadrages eingefügt:

„Art. 169quadrages – Personalmitglieder, die am 31. Dezember 2026 im Amt des Sozialassistenten definitiv ernannt bzw. zeitweilig bezeichnet sind, gelten ab dem 1. Januar 2027 als definitiv ernannt bzw. zeitweilig bezeichnet im Amt des Sozialarbeiters.“

Die Dienste, die das zum 1. Januar 2027 im Amt des Sozialarbeiters bezeichnete oder ernannte Personalmitglied vor diesem Datum im Amt des Sozialassistenten erbracht hat, werden für die Ermittlung des Amtsalters so berücksichtigt, als wären sie im Amt des Sozialarbeiters erbracht worden.“

KAPITEL 3 - ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 22. APRIL 1969 ZUR FESTLEGUNG DER ERFORDERLICHEN BEFÄHIGUNGSNACHWEISE DER MITGLIEDER DES DIREKTIONS- UND LEHRPERSONALS, DES ERZIEHUNGSHILFSPERSONALS, DES PARAMEDIZINISCHEN UND DES SOZIALPSYCHOLOGISCHEN PERSONALS SOWIE DES VERWALTUNGSPERSONALS DER EINRICHTUNGEN DES STAATLICHEN VOR-, PRIMAR-, FÖRDER- UND MITTELSCHULWESENS, DES TECHNISCHEN UNTERRICHTS, DES KUNSTUNTERRICHTS UND DES NORMALSCHULWESENS UND DER VON DIESEN EINRICHTUNGEN ABHÄNGENDEN INTERNATE

**Art. 11** - Artikel 3 des Königlichen Erlasses vom 22. April 1969 zur Festlegung der erforderlichen Befähigungsnachweise der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und des sozialpsychologischen Personals sowie des Verwaltungspersonals der Einrichtungen des staatlichen Vor-, Primar-, Förder- und Mittelschulwesens, des technischen Unterrichts, des Kunstunterrichts und des Normalschulwesens und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 25. Mai 2009, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 2 wird zwischen das Wort „Meisterbrief“ und das Wort „muss“ die Wortfolge „oder Gesellenzeugnis“ eingefügt und die Wortfolge „von der Regierung als gleichwertig anerkannt werden“ durch die Wortfolge „vom Institut für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen gleichgestellt worden sein“ ersetzt.

2. Folgender Absatz 6 wird eingefügt:

„Unbeschadet von Absatz 5 gelten die im Ausland verliehenen Studiennachweise als erforderliche Befähigungsnachweise, wenn ihnen eine Gleichstellung beigelegt ist, die in der Deutschsprachigen, Französischen oder Flämischen Gemeinschaft ausgestellt worden ist.“

**Art. 12** – In Kapitel I desselben Königlichen Erlasses, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 28. Juni 2021, wird folgender Artikel 5.1 eingefügt:

„Art. 5.1 – Für die Anwendung von Kapitel II, Ilbis, IIter und III entspricht:

1. das belgische Diplom mit der Bezeichnung „Master en enseignement section 1“ dem Diplom eines Kindergärtners;
2. das belgische Diplom mit der Bezeichnung „Master en enseignement section 2“ dem Diplom eines Primarschullehrers;
3. das belgische Diplom mit der Bezeichnung „Master en enseignement section 3“ dem Diplom eines Lehrbefähigten für die Unterstufe des Sekundarunterrichts;
4. das belgische Diplom mit der Bezeichnung „Master en enseignement section 4“ dem Diplom eines Lehrbefähigten für die Oberstufe des Sekundarunterrichts;
5. das belgische Diplom mit der Bezeichnung „Master en enseignement section 5“ dem Diplom eines Lehrbefähigten für die Oberstufe des Sekundarunterrichts.“

**Art. 13** – In Artikel 8 desselben Königlichen Erlasses, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 8. Mai 2024, wird folgende Nummer 1.2 eingefügt:

„1.2. Lehrer für allgemeinbildende Kurse im Fördersekundarunterricht:

- a) das Diplom eines Lehrbefähigten für die Unterstufe des Sekundarunterrichts (alle Studienrichtungen) ergänzt um den in Artikel 12.1 angeführten Nachweis;
- b) das Diplom eines Primarschullehrers ergänzt um den in Artikel 12.1 angeführten Nachweis.“

**Art. 14** – In Artikel 12.1 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009, wird die Angabe „10“ durch die Angabe „15“ ersetzt.

**Art. 15** – Artikel 14 desselben Königlichen Erlasses, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 30. Juni 2025, wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 2 Buchstabe j) wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt und folgender Buchstabe k) eingefügt:

„k) Graduat oder Bachelor in sozialer Arbeit.“

2. In Nummer 9 wird folgende Nummer 9.1.1.12 eingefügt:

„9.1.1.12. Graduat oder Bachelor in sozialer Arbeit,“

**Art. 16** – Artikel 15.1 Nummer 2 desselben Königlichen Erlasses, abgeändert durch das Dekret vom 11. Mai 2009, wird wie folgt ersetzt:

„2. Sozialarbeiter:

- a) Graduat oder Bachelor als Sozialassistent,
- b) Graduat oder Bachelor in sozialer Arbeit.“

**Art. 17** – In Kapitel V desselben Königlichen Erlasses, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 8. Mai 2024, wird folgender Artikel 17.5 eingefügt:

„Art. 17.5 – Bei Personalmitgliedern, die am 31. Dezember 2026 im Förderschulwesen in einem Amt der Kategorie des Lehrpersonals definitiv ernannt, auf unbestimmte Dauer bezeichnet oder auf unbestimmte Dauer ab Dienstbeginn bezeichnet sind, gilt die in Artikel 12.1 angeführte Bestimmung als erfüllt, wenn sie den für das ausgeübte Amt erforderlichen

Befähigungsnachweis um einen Nachweis über das Bestehen einer mindestens 10 ECTS-Punkte umfassenden Zusatzausbildung im Bereich der Förder-, Heil- oder Orthopädagogik, der von einer Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgestellt wurde, oder um einen beziehungsweise mehrere Nachweise, die von der Regierung als gleichwertig anerkannt wurden, ergänzen.“

#### KAPITEL 4 - ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 25. OKTOBER 1971 ZUR FESTLEGUNG DES STATUTS DER PRIMARSCHULLEHRER, LEHRER UND INSPEKTOREN FÜR KATHOLISCHE, PROTESTANTISCHE, ISRAELITISCHE, ORTHODOXE, ISLAMISCHE UND ANGLIKANISCHE RELIGION IN DEN LEHRANSTALTEN DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

**Art. 18** – In Artikel 3 des Königlichen Erlasses vom 25. Oktober 1971 zur Festlegung des Statuts der Primarschullehrer, Lehrer und Inspektoren für katholische, protestantische, israelitische, orthodoxe, islamische und anglikanische Religion in den Lehranstalten der Deutschsprachigen Gemeinschaft, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird folgender Absatz 2 eingefügt:

„Für die Ausübung der Ämter im Förderschulwesen sind die im Anhang zu vorliegendem Erlass erwähnten erforderlichen Befähigungsnachweise um einen Nachweis über das Bestehen einer Zusatzausbildung im Bereich der Förder-, Heil- oder Orthopädagogik, der von einer Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgestellt wird, oder um einen beziehungsweise mehrere Nachweise, die von der Regierung als gleichwertig anerkannt werden, zu ergänzen. Diese Zusatzausbildung umfasst mindestens 15 ECTS-Punkte und beinhaltet das Fach Förderdiagnostik sowie Fächer im Bereich der förderpädagogischen und förderdidaktischen Methoden.“

**Art. 19** – In Artikel 4 §1 desselben Königlichen Erlasses, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2017, wird zwischen die Absätze 2 und 3, die zu den Absätzen 2 und 4 werden, folgender Absatz 3 eingefügt:

„Unbeschadet von Absatz 2 gelten die im Ausland verliehenen Studiennachweise als erforderliche Befähigungsnachweise, wenn ihnen eine Gleichstellung beigelegt ist, die in der Deutschsprachigen, Französischen oder Flämischen Gemeinschaft ausgestellt worden ist.“

**Art. 20** – In Kapitel Xbis desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 25. Mai 2009 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 5. Mai 2014, wird folgender Artikel 49.4 eingefügt:

„Art. 49.4 – Für die Anwendung des vorliegenden Erlasses entspricht:

1. das belgische Diplom mit der Bezeichnung „Master en enseignement section 1“ dem Diplom eines Kindergärtners;
2. das belgische Diplom mit der Bezeichnung „Master en enseignement section 2“ dem Diplom eines Primarschullehrers;
3. das belgische Diplom mit der Bezeichnung „Master en enseignement section 3“ dem Diplom eines Lehrbefähigten für die Unterstufe des Sekundarunterrichts;
4. das belgische Diplom mit der Bezeichnung „Master en enseignement section 4“ dem Diplom eines Lehrbefähigten für die Oberstufe des Sekundarunterrichts;
5. das belgische Diplom mit der Bezeichnung „Master en enseignement section 5“ dem Diplom eines Lehrbefähigten für die Oberstufe des Sekundarunterrichts.“

**Art. 21** – In Kapitel Xbis desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 25. Mai 2009 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 5. Mai 2014, wird folgender Artikel 49.5 eingefügt:

„Art. 49.5 – Bei Personalmitgliedern, die am 31. Dezember 2026 im Förderschulwesen in einem Amt der Kategorie des Lehrpersonals definitiv ernannt, auf unbestimmte Dauer

bezeichnet oder auf unbestimmte Dauer ab Dienstbeginn bezeichnet sind, gilt die in Artikel 3 Absatz 2 angeführte Bestimmung als erfüllt, wenn sie über einen Nachweis über das Bestehen einer mindestens 10 ECTS-Punkte umfassenden Zusatzausbildung im Bereich der Förder-, Heil- oder Orthopädagogik, der von einer Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgestellt wurde, oder über einen beziehungsweise mehrere Nachweise, die von der Regierung als gleichwertig anerkannt wurden, verfügen.“

## KAPITEL 5 - ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 20. JUNI 1975 ÜBER DIE FÜR AUSREICHEND ERACHTETEN BEFÄHIGUNGSNACHWEISE IM VOR- UND PRIMAR-SCHULWESEN

**Art. 22** – In Artikel 3 des Königlichen Erlasses vom 20. Juni 1975 über die für ausreichend erachteten Befähigungsnachweise im Vor- und Primarschulwesen, abgeändert durch die Dekrete vom 26. Juni 2017 und vom 25. Mai 2009, wird folgender Absatz 3 eingefügt:

„Unbeschadet von Absatz 2 gelten die im Ausland verliehenen Studiennachweise als für ausreichend erachtete Befähigungsnachweise, wenn ihnen eine Gleichstellung beigelegt ist, die in der Deutschsprachigen, Französischen oder Flämischen Gemeinschaft ausgestellt worden ist.“

**Art. 23** – In Kapitel I desselben Königlichen Erlasses, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2017, wird folgender Artikel 10.1 eingefügt:

„Art. 10.1 – Für die Anwendung des vorliegenden Erlasses entspricht:

1. das belgische Diplom mit der Bezeichnung „Master en enseignement section 1“ dem Diplom eines Kindergärtners;
2. das belgische Diplom mit der Bezeichnung „Master en enseignement section 2“ dem Diplom eines Primarschullehrers;
3. das belgische Diplom mit der Bezeichnung „Master en enseignement section 3“ dem Diplom eines Lehrbefähigten für die Unterstufe des Sekundarunterrichts;
4. das belgische Diplom mit der Bezeichnung „Master en enseignement section 4“ dem Diplom eines Lehrbefähigten für die Oberstufe des Sekundarunterrichts;
5. das belgische Diplom mit der Bezeichnung „Master en enseignement section 5“ dem Diplom eines Lehrbefähigten für die Oberstufe des Sekundarunterrichts.“

**Art. 24** – In Artikel 11 Absatz 2 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009, wird die Angabe „10“ durch die Angabe „15“ ersetzt.

**Art. 25** – In Kapitel III Abschnitt 1 desselben Königlichen Erlasses wird folgender Artikel 14.1 eingefügt:

„Art. 14.1 – Bei Personalmitgliedern, die am 31. Dezember 2026 im Förderschulwesen in einem Amt der Kategorie des Lehrpersonals definitiv ernannt oder eingestellt, auf unbestimmte Dauer bezeichnet oder eingestellt oder auf unbestimmte Dauer ab Dienstbeginn bezeichnet oder eingestellt sind, gilt die in Artikel 11 Absatz 2 angeführte Bestimmung als erfüllt, wenn sie den für das ausgeübte Amt für ausreichend erachteten Befähigungsnachweis um einen Nachweis über das Bestehen einer mindestens 10 ECTS-Punkte umfassenden Zusatzausbildung im Bereich der Förder-, Heil- oder Orthopädagogik, der von einer Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgestellt wurde, oder um einen beziehungsweise mehrere Nachweise, die von der Regierung als gleichwertig anerkannt wurden, ergänzen.“

## KAPITEL 6 - ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 30. JULI 1975 ÜBER DIE FÜR AUSREICHEND ERACHTETEN TITEL IN DEN SUBVENTIONIERTEN UNTERRICHTSANTALLEN DES TECHNISCHEN UND BERUFLICHEN SEKUNDARSCHULWESENS MIT VOLLEM LEHRPLAN UND DES FORTBILDUNGSSCHULWESENS

**Art. 26** – In Artikel 3 §3 Königlichen Erlasses vom 30. Juli 1975 über die für ausreichend erachteten Titel in den subventionierten Unterrichtsanstalten des technischen und beruflichen Sekundarschulwesens mit vollem Lehrplan und des Fortbildungsschulwesens, eingefügt durch das Dekret vom 25. Mai 2009 und abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2017, wird folgender Absatz 2 eingefügt:

„Unbeschadet von Absatz 1 gelten die im Ausland verliehenen Studiennachweise als für ausreichend erachtete Befähigungsnachweise, wenn ihnen eine Gleichstellung beigelegt ist, die in der Deutschsprachigen, Französischen oder Flämischen Gemeinschaft ausgestellt worden ist.“

**Art. 27** – In Kapitel I desselben Königlichen Erlasses, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2017, wird folgender Artikel 10.1 eingefügt:

„Art. 10.1 – Für die Anwendung des vorliegenden Erlasses entspricht:

1. das belgische Diplom mit der Bezeichnung „Master en enseignement section 1“ dem Diplom eines Kindergärtners;
2. das belgische Diplom mit der Bezeichnung „Master en enseignement section 2“ dem Diplom eines Primarschullehrers;
3. das belgische Diplom mit der Bezeichnung „Master en enseignement section 3“ dem Diplom eines Lehrbefähigten für die Unterstufe des Sekundarunterrichts;
4. das belgische Diplom mit der Bezeichnung „Master en enseignement section 4“ dem Diplom eines Lehrbefähigten für die Oberstufe des Sekundarunterrichts;
5. das belgische Diplom mit der Bezeichnung „Master en enseignement section 5“ dem Diplom eines Lehrbefähigten für die Oberstufe des Sekundarunterrichts.“

**Art. 28** – In Artikel 11 Buchstabe D Nummer 7 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009, wird die Angabe „10“ durch die Angabe „15“ ersetzt.

**Art. 29** – In Kapitel III Buchstabe A Abschnitt 1 desselben Königlichen Erlasses wird folgender Artikel 14.1 eingefügt:

„Art. 14.1 – Bei Personalmitgliedern, die am 31. Dezember 2026 im Förderschulwesen in einem Amt der Kategorie des Lehrpersonals definitiv ernannt oder eingestellt, auf unbestimmte Dauer bezeichnet oder eingestellt oder auf unbestimmte Dauer ab Dienstbeginn bezeichnet oder eingestellt sind, gilt die in Artikel 11 Buchstabe D Nummer 7 angeführte Bestimmung als erfüllt, wenn sie den für das ausgeübte Amt für ausreichend erachteten Befähigungsnachweis um einen Nachweis über das Bestehen einer mindestens 10 ECTS-Punkte umfassenden Zusatzausbildung im Bereich der Förder-, Heil- oder Orthopädagogik, der von einer Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgestellt wurde, oder um einen beziehungsweise mehrere Nachweise, die von der Regierung als gleichwertig anerkannt wurden, ergänzen.“

KAPITEL 7 – ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 30. JULI 1975 ÜBER DIE FÜR AUSREICHEND ERACHTETEN TITEL IM SEKUNDARUNTERRICHT, DER IN DEN FREIEN SUBVENTIONIERTEN UNTERRICHTSANSTALTEN DES MITTEL- UND NORMALSCHULWESENS ERTEILT WIRD, DAS PSYCHO-PÄDAGOGISCHE POSTSEKUNDARSCHULJAHR EINGEBRIFFEN

**Art. 30** – Artikel 3 §3 des Königlichen Erlasses vom 30. Juli 1975 über die für ausreichend erachteten Titel im Sekundarunterricht, der in den freien subventionierten Unterrichtsanstalten des Mittel- und Normalschulwesens erteilt wird, das psycho-pädagogische Jahr Postsekundarschuljahr einbegriffen, eingefügt durch das Dekret vom 25. Mai 2009 und abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2017, wird folgender Absatz 2 eingefügt:

„Unbeschadet von Absatz 1 gelten die im Ausland verliehenen Studiennachweise als für ausreichend erachtete Befähigungsnachweise, wenn ihnen eine Gleichstellung beigelegt ist,

die in der Deutschsprachigen, Französischen oder Flämischen Gemeinschaft ausgestellt worden ist.“

**Art. 31** – In Kapitel I desselben Königlichen Erlasses, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2017, wird folgender Artikel 10.1 eingefügt:

„Art. 10.1 – Für die Anwendung des vorliegenden Erlasses entspricht:

1. das belgische Diplom mit der Bezeichnung „Master en enseignement section 1“ dem Diplom eines Kindergärtners;
2. das belgische Diplom mit der Bezeichnung „Master en enseignement section 2“ dem Diplom eines Primarschullehrers;
3. das belgische Diplom mit der Bezeichnung „Master en enseignement section 3“ dem Diplom eines Lehrbefähigten für die Unterstufe des Sekundarunterrichts;
4. das belgische Diplom mit der Bezeichnung „Master en enseignement section 4“ dem Diplom eines Lehrbefähigten für die Oberstufe des Sekundarunterrichts;
5. das belgische Diplom mit der Bezeichnung „Master en enseignement section 5“ dem Diplom eines Lehrbefähigten für die Oberstufe des Sekundarunterrichts.“

**Art. 32** – In Artikel 11 Buchstabe D Buchstabe d) desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009, wird die Angabe „10“ durch die Angabe „15“ ersetzt.

**Art. 33** – In Kapitel III Buchstabe A desselben Königlichen Erlasses wird folgender Artikel 14.1 eingefügt:

„Art. 14.1 – Bei Personalmitgliedern, die am 31. Dezember 2026 im Förderschulwesen in einem Amt der Kategorie des Lehrpersonals definitiv ernannt oder eingestellt, auf unbestimmte Dauer bezeichnet oder eingestellt oder auf unbestimmte Dauer ab Dienstbeginn bezeichnet oder eingestellt sind, gilt die in Artikel 11 Buchstabe D Buchstabe d) angeführte Bestimmung als erfüllt, wenn sie den für das ausgeübte Amt für ausreichend erachteten Befähigungsnachweis um einen Nachweis über das Bestehen einer mindestens 10 ECTS-Punkte umfassenden Zusatzausbildung im Bereich der Förder-, Heil- oder Orthopädagogik, der von einer Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgestellt wurde, oder um einen beziehungsweise mehrere Nachweise, die von der Regierung als gleichwertig anerkannt wurden, ergänzen.“

## KAPITEL 8 - ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 30. JULI 1975 ÜBER DIE FÜR AUSREICHEND ERACHTETEN TITEL IM SEKUNDARUNTERRICHT, DER IN DEN OFFIZIELLEN SUBVENTIONIERTEN UNTERRICHTSANSTALTEN DES MITTEL- UND NORMALSCHULWESENS ERTEILT WIRD

**Art. 34** – In Artikel 3 §3 des Königlichen Erlasses vom 30. Juli 1975 über die für ausreichend erachteten Titel im Sekundarunterricht, der in den offiziellen subventionierten Unterrichtsanstalten des Mittel- oder Normalschulwesens erteilt wird, eingefügt durch das Dekret vom 25. Mai 2009 und abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2017, wird folgender Absatz 2 eingefügt:

„Unbeschadet von Absatz 1 gelten die im Ausland verliehenen Studiennachweise als für ausreichend erachtete Befähigungsnachweise, wenn ihnen eine Gleichstellung beigelegt ist, die in der Deutschsprachigen, Französischen oder Flämischen Gemeinschaft ausgestellt worden ist.“

**Art. 35** – In Kapitel I desselben Königlichen Erlasses, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2017, wird folgender Artikel 10.1 eingefügt:

„Art. 10.1 – Für die Anwendung des vorliegenden Erlasses entspricht:

1. das belgische Diplom mit der Bezeichnung „Master en enseignement section 1“ dem Diplom eines Kindergärtners;



2. das belgische Diplom mit der Bezeichnung „Master en enseignement section 2“ dem Diplom eines Primarschullehrers;
3. das belgische Diplom mit der Bezeichnung „Master en enseignement section 3“ dem Diplom eines Lehrbefähigten für die Unterstufe des Sekundarunterrichts;
4. das belgische Diplom mit der Bezeichnung „Master en enseignement section 4“ dem Diplom eines Lehrbefähigten für die Oberstufe des Sekundarunterrichts;
5. das belgische Diplom mit der Bezeichnung „Master en enseignement section 5“ dem Diplom eines Lehrbefähigten für die Oberstufe des Sekundarunterrichts.“

**Art. 36** – In Artikel 11 Buchstabe D Buchstabe d) desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009, wird die Angabe „10“ durch die Angabe „15“ ersetzt.

**Art. 37** – In Kapitel III Buchstabe A Abschnitt 1 desselben Königlichen Erlasses wird folgender Artikel 14.1 eingefügt:

„Art. 14.1 - Bei Personalmitgliedern, die am 31. Dezember 2026 im Förderschulwesen in einem Amt der Kategorie des Lehrpersonals definitiv ernannt oder eingestellt, auf unbestimmte Dauer bezeichnet oder eingestellt oder auf unbestimmte Dauer ab Dienstbeginn bezeichnet oder eingestellt sind, gilt die in Artikel 11 Buchstabe D Buchstabe d) angeführte Bestimmung als erfüllt, wenn sie den für das ausgeübte Amt für ausreichend erachteten Befähigungsnachweis um einen Nachweis über das Bestehen einer mindestens 10 ECTS-Punkte umfassenden Zusatzausbildung im Bereich der Förder-, Heil- oder Orthopädagogik, der von einer Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgestellt wurde, oder um einen beziehungsweise mehrere Nachweise, die von der Regierung als gleichwertig anerkannt wurden, ergänzen.“

## KAPITEL 9 – ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 15. APRIL 1977 ZUR FESTLEGUNG DER VORSCHRIFTEN UND BEDINGUNGEN FÜR DIE BERECHNUNG DER ANZAHL PLANSTELLEN IN BESTIMMTEN ÄMTERN DES ERZIEHUNGSHILFS-, SOZIALPSYCHOLOGISCHEN UND VERWALTUNGSPERSONALS DES SEKUNDAR- UND HOCHSCHULUNTERRICHTSWESENS MIT AUSNAHME DER UNIVERSITÄTEN

**Art. 38** – Artikel 3 §1 des Königlichen Erlasses vom 15. April 1977 zur Festlegung der Vorschriften und Bedingungen für die Berechnung der Anzahl Planstellen in bestimmten Ämtern des Erziehungshilfs-, sozialpsychologischen und Verwaltungspersonals des Sekundar- und Hochschulunterrichtswesens mit Ausnahme der Universitäten, ersetzt durch das Dekret vom 26. September 1998 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 15. Dezember 2022, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 2 wird der Satz „Diese Umwandlung darf keine Zurdispositionstellung wegen Stellenmangels zur Folge haben werden.“ gestrichen.
2. Zwischen Absatz 4 und Absatz 5, der zu Absatz 7 wird, werden folgende Absätze 5 und 6 eingefügt:

„Eine Stelle im Amt des Erzieher-Aufsehers kann umgewandelt und im Amt des Sekretariatsassistenten organisiert oder subventioniert werden.

Die in den Absätzen 2-5 angeführten Umwandlungen erfolgen mit Zustimmung des Basis-konzertierungsausschusses, des Betriebsrates oder des besonderen Verhandlungs- und Konzertierungsausschusses und dürfen keine Zurdispositionstellung wegen Stellenmangels zur Folge haben. In den gemäß den Absätzen 2-5 umgewandelten Stellen darf keine definitive Ernennung oder Einstellung erfolgen.“

## KAPITEL 10 – ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 5. JUNI 1990 ZUR FESTLEGUNG DER ANZAHL UNTERRICHTSSTUNDEN/LEHRPERSON IM VOLLZEITSEKUNDARUNTERRICHT DES

## TYPS I

**Art. 39** – In Artikel 8 des Dekrets vom 5. Juni 1990 zur Festlegung der Anzahl Unterrichtsstunden/Lehrperson im Vollzeitsekundarunterricht des Typs I, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 28. Juni 2021, wird folgender §3.1 eingefügt:

„§3.1 - Wird ein Religionsunterricht oder ein Unterricht in nichtkonfessioneller Sittenlehre aufgrund von Lehrermangel nicht organisiert, kann der Schulträger eine Ersatzperson in das nicht genutzte Stundenkapital, das gemäß den §§1 bis 2.1 ermittelt wird, vorübergehend zur Betreuung der betroffenen Schüler zeitweilig bezeichnen bzw. einstellen.“

Zur Inanspruchnahme von Absatz 1 gelten folgende Bedingungen:

1. Die in Absatz 1 angeführte Regelung ist in der Schulordnung der betreffenden Schule enthalten.

2. Der Schulträger bestätigt der Regierung schriftlich den Lehrermangel und führt den Religionsunterricht oder den Unterricht in nichtkonfessioneller Sittenlehre an, der nicht organisiert werden kann, wobei er ebenfalls den betreffenden Kultusträger schriftlich davon in Kenntnis setzt.

3. Die Regierung wurde schriftlich über die Inanspruchnahme von Absatz 1 informiert und hat die in Nummer 2 angeführten Mitteilungen erhalten.

4. Die zeitweilige Bezeichnung bzw. Einstellung der Ersatzperson erfolgt in einem Anwerbungsamt der Kategorie des Lehr- und Erziehungshilfspersonals und endet von Amts wegen, sobald der Schulträger eine Lehrperson für den betreffenden Religionsunterricht oder den Unterricht in nichtkonfessioneller Sittenlehre bezeichnet bzw. einstellt, jedoch spätestens am letzten Schultag des betreffenden Schuljahres.

Der Schulträger informiert die Erziehungsberechtigten der betreffenden Schüler schriftlich über die Inanspruchnahme von Absatz 1.“

## KAPITEL 11 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 27. JUNI 1990 ZUR BESTIMMUNG DER WEISE, WIE DIE DIENSTPOSTEN FÜR DAS PERSONAL IM FÖRDERSCHULWESEN FESTGELEGT WERDEN

**Art. 40** – In Artikel 31ter §1 Absatz 2 des Dekrets vom 27. Juni 1990 zur Bestimmung der Weise, wie die Dienstposten für das Personal im Förderschulwesen festgelegt werden, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009, aufgehoben durch das Dekret vom 26. Juni 2017 und wieder eingeführt durch das Dekret vom 27. Juni 2022, wird die Wortfolge „für das laufende Schuljahr“ durch die Wortfolge „vom 1. Oktober bis zum 30. September des darauffolgenden Schuljahres“ ersetzt.

**Art. 41** – In Artikel 35 §1 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 1. Juni 1992 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 25. Oktober 2010, wird das Wort „Sozialassistent“ durch das Wort „Sozialarbeiter“ ersetzt.

## KAPITEL 12 – ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 16. DEZEMBER 1991 ÜBER DIE AUS- UND WEITERBILDUNG IM MITTELSTAND UND IN KLEINEN UND MITTLEREN UNTERNEHMEN

**Art. 42** - In das Dekret vom 16. Dezember 1991 über die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 30. Juni 2025, wird folgendes Kapitel III.1, das den Artikel 14.1 umfasst, eingefügt:

„KAPITEL III.1 – GLEICHSTELLUNG VON AUSLÄNDISCHEN ABSCHLÜSSEN IN DER MITTELSTÄNDISCHEN AUSBILDUNG“

**Art. 43** - In das Kapitel III.1 desselben Dekrets wird folgender Artikel 14.1 eingefügt:

„Art. 14.1 – Das Institut prüft nach Antrag des Interessierenden die Gleichstellung eines ausländischen Abschlusses mit einem in der Deutschsprachigen Gemeinschaft verliehenen Gesellenzeugnis oder Meisterbrief und stellt bei positiver Begutachtung die Gleichstellung des ausländischen Abschlusses mit einem in der Deutschsprachigen Gemeinschaft verliehenen Gesellenzeugnis oder Meisterbrief fest. Wird in der Deutschsprachigen Gemeinschaft kein gleichwertiges Gesellenzeugnis oder kein gleichwertiger Meisterbrief verliehen, kann das Institut die Gleichstellung des Ausbildungsniveaus feststellen, wenn das Niveau der im Ausland absolvierten Ausbildung dem Niveau einer Gesellen- oder Meisterausbildung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft entspricht.“

Die Regierung legt nach Gutachten des Instituts die Bedingungen und das Verfahren zur Gleichstellung von ausländischen Abschlüssen fest.“

**Art. 44** - Artikel 16 Absatz 1 desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 30. Juni 2025, wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 19 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

2. Folgende Nummer 20 wird eingefügt:

„20. Überprüfung und Gleichstellung von ausländischen Abschlüssen in der mittelständischen Ausbildung.“

#### KAPITEL 13 – ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 18. APRIL 1994 ZUR FESTLEGUNG DES BETRAGES DER FUNKTIONSSUBVENTIONEN FÜR DAS SUBVENTIONIERTES UNTERRICHTSWESEN

**Art. 45** – In Artikel 7 des Dekrets vom 18. April 1994 zur Festlegung des Betrages der Funktionssubventionen für das subventionierte Unterrichtswesen, ersetzt durch das Dekret vom 7. Januar 2002, wird folgender Absatz 3 eingefügt:

„Die Regierung kann die einzelnen Beträge der Subventionen, die im vorliegenden Dekret festgelegt sind, zur Anpassung an die verfügbaren Haushaltsmittel mit unterschiedlichen Koeffizienten multiplizieren, wobei die Koeffizienten den Wert von 0,9 nicht unterschreiten.“

#### KAPITEL 14 - ABÄNDERUNG DES ERLASSES DER REGIERUNG VOM 9. NOVEMBER 1994 BEZÜGLICH DER LAUFBAHNUNTERBRECHUNG IM UNTERRICHTSWESEN UND IN DEN PSYCHO-MEDIZINISCH-SOZIALEN ZENTREN

**Art. 46** – Artikel 12 des Erlasses der Regierung vom 9. November 1994 bezüglich der Laufbahnunterbrechung im Unterrichtswesen und in den psycho-medizinisch-sozialen Zentren, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 30. Juni 2025, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird das Wort „Laufbahnunterbrechungszulage“ durch das Wort „Laufbahnunterbrechung“ ersetzt;

2. In Absatz 2 wird das Wort „Zulageverweigerung“ durch die Wortfolge „Verweigerung des Anspruchs auf die Laufbahnunterbrechung“ ersetzt;

3. In Absatz 3 wird das Wort „Laufbahnunterbrechungszulage“ durch das Wort „Laufbahnunterbrechung“ und das Wort „Zulageverweigerung“ durch die Wortfolge „Verweigerung des Anspruchs auf die Laufbahnunterbrechung“ ersetzt.

#### KAPITEL 15 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 25. JUNI 1996 ÜBER DIE ORGANISATION EINES TEILZEITUNTERRICHTS IM RAHMEN DES BERUFSBILDENDEN REGELSEKUNDAR-SCHULWESENS

**Art. 47** – In Artikel 9 §1 Absatz 3 des Dekrets vom 25. Juni 1996 über die Organisation eines Teilzeitunterrichts im Rahmen des berufsbildenden Regelsekundarschulwesens, ersetzt durch das Dekret vom 5. Mai 2014 und abgeändert durch das Dekret vom 18. Juni 2018, wird das Wort „Sozialassistenten“ jeweils durch das Wort „Sozialarbeiters“ ersetzt.

**Art. 48** – In Artikel 11 Absatz 3 desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 18. Juni 2018, wird das Wort „Sozialassistenten“ durch das Wort „Sozialarbeiters“ ersetzt.

**Art. 49** – In Artikel 14 desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 18. Juni 2018, wird zwei Mal das Wort „Sozialassistenten“ durch das Wort „Sozialarbeiters“ ersetzt.

#### KAPITEL 16 – ABÄNDERUNG DES PROGRAMMDEKRETS 1997 VOM 20. MAI 1997

**Art. 50** – In das Kapitel I Abschnitt 3 des Programmdekrets 1997 vom 20. Mai 1997, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 30. Juni 2025, wird folgender Artikel 3quater eingefügt:

„Art. 3quater – Der Schulträger kann maximal 44 Unterrichtsstunden/Lehrperson des gemäß Artikel 3 §§1 und 2 ermittelten Stundenkapitals in einem Anwerbungsamt der Kategorie des Erziehungshilfs- oder Verwaltungspersonals organisieren, wobei Stunden, in denen ein Personalmitglied zeitweilig auf unbestimmte Dauer bezeichnet bzw. eingestellt oder definitiv ernannt bzw. eingestellt ist, nicht umgewandelt werden dürfen.“

Die in Absatz 1 angeführte Umwandlung erfolgt mit Zustimmung des Basiskonzertierungsausschusses, des Betriebsrates oder des besonderen Verhandlungs- und Konzertierungsausschusses und darf nicht zur Folge haben, dass Personalmitglieder wegen Stellenmangels zur Disposition gestellt werden. In den gemäß Absatz 1 umgewandelten Stunden darf keine definitive Ernennung oder Einstellung erfolgen.“

#### KAPITEL 17 – ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 31. AUGUST 1998 ÜBER DEN AUFTRAG AN DIE SCHULTRÄGER UND DAS SCHULPERSONAL SOWIE ÜBER DIE ALLGEMEINEN PÄDAGOGISCHEN UND ORGANISATORISCHEN BESTIMMUNGEN FÜR DIE REGEL- UND FÖRDERSCHULEN

**Art. 51** – In Artikel 4 Nummer 44 des Dekrets vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regel- und Förderschulen, eingefügt durch das Dekret vom 26. Juni 2023, wird das Wort „Schulaufgaben“ durch das Wort „Hausaufgaben“ ersetzt.

**Art. 52** – In Artikel 38 §2 Absatz 1 Nummer 3 desselben Dekrets wird am Ende des Satzes folgende Wortfolge „ , wobei die Regierung als Schulträger für die in §1 Nummer 2 Buchstaben c) und d) angeführten Prüfungsausschüsse gilt“ eingefügt.

**Art. 53** – Artikel 39 desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 16. Juni 2016, wird wie folgt abgeändert:

1. In §3 Absatz 1 wird zwischen die Wortfolge „per Einschreiben“ und die Wortfolge „an den Vorsitzenden“ die Wortfolge „oder per Aushändigung mit Empfangsbestätigung“ eingefügt.

2. In §4 Absatz 1 wird zwischen der Wortfolge „Schulverweise annullieren“ und dem Punkt am Ende des Satzes die Wortfolge „ ; die Schulleitung kann in dem Fall das Verfahren gemäß Artikel 45 erneut in die Wege leiten“ eingefügt.

3. In §4 Absatz 1 dritter Satz wird das Wort „Sie“ durch die Wortfolge „Die Einspruchskammer“ ersetzt.

4. In §4 Absatz 2 wird zwischen das Wort „Prüfungsausschusses“ und das Wort „kann“ die Wortfolge „bzw. der Schulleitung bei einem erneuten Schulverweis“ eingefügt.

**Art. 54** – In Artikel 40 §1 Absatz 2 Nummer 6 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2023, wird das Wort „Schulaufgaben“ durch das Wort „Hausaufgaben“ ersetzt.

**Art. 55** – In der Überschrift von Kapitel VIII Abschnitt 1.1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 26. Juni 2023, wird das Wort „Schulaufgaben“ durch das Wort „Hausaufgaben“ ersetzt.

**Art. 56** – Artikel 75.2 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 26. Juni 2023, wird wie folgt abgeändert:

1. In der Überschrift wird das Wort „Schulaufgaben“ durch das Wort „Hausaufgaben“ ersetzt.

2. In Absatz 1 wird das Wort „Schulaufgaben“ durch das Wort „Hausaufgaben“ ersetzt.

3. In Absatz 2 wird das Wort „Schulaufgaben“ durch das Wort „Hausaufgaben“ ersetzt.

4. In Absatz 3 wird das Wort „Schulaufgaben“ durch das Wort „Hausaufgaben“ ersetzt.

5. Absatz 4 wird aufgehoben.

**Art. 57** – Artikel 75.3 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 26. Juni 2023, wird wie folgt abgeändert:

1. In der Überschrift wird das Wort „Schulaufgaben“ durch das Wort „Hausaufgaben“ ersetzt.

2. In §1 wird das Wort „Schulaufgaben“ durch das Wort „Hausaufgaben“ ersetzt.

3. In §2 wird das Wort „Schulaufgaben“ jeweils durch das Wort „Hausaufgaben“ und das Wort „ausschließlich“ durch das Wort „vorrangig“ ersetzt.

4. In §3 einleitender Satz wird das Wort „Schulaufgabenregelung“ durch das Wort „Hausaufgabenregelung“ ersetzt.

5. In §3 Nummer 1 wird das Wort „Schulaufgaben“ durch das Wort „Hausaufgaben“ ersetzt.

6. In §3 Nummer 2 wird das Wort „Schulaufgaben“ jeweils durch das Wort „Hausaufgaben“ ersetzt.

7. In §3 Nummer 3 wird das Wort „Schulaufgaben“ durch das Wort „Hausaufgaben“ ersetzt.

8. In §3 Nummer 4 wird das Wort „Schulaufgabe“ durch das Wort „Hausaufgabe“ ersetzt.

9. In §3 Nummer 5 wird das Wort „Schulaufgaben“ durch das Wort „Hausaufgaben“ ersetzt.

## KAPITEL 18 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 14. DEZEMBER 1998 ZUR FESTLEGUNG DES STATUTS DER SUBVENTIONIERTEN PERSONALMITGLIEDER DES FREIEN SUBVENTIONIERTEN UNTERRICHTSWESENS UND DES FREIEN SUBVENTIONIERTEN PSYCHO-MEDIZINISCH-SOZIALEN ZENTRUMS

**Art. 58** – In Artikel 33 Absatz 1 Nummer 5 Buchstabe e) des Dekrets vom 14. Dezember 1998 zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des freien subventionierten Unterrichtswesens und des freien subventionierten psycho-medizinisch-sozialen Zentrums, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009, wird die Angabe „10“ durch die Angabe „15“ ersetzt.

**Art. 59** – In Artikel 49 §1 Absatz 1 Nummer 5 Buchstabe e) desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009, wird die Angabe „10“ durch die Angabe „15“ ersetzt.

**Art. 60** – In Artikel 62.48 §1 Absatz 2 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 22. Juni 2020, wird die Wortfolge „eine oder mehrere Personen im Amt des Aufseher-Erziehers ersetzen“ durch die Wortfolge „eine Person ersetzen, die die in Artikel 62.45 angeführten Bedingungen, mit Ausnahme von Nummer 3, erfüllt“ ersetzt.

**Art. 61** – In Titel IV desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 30. Juni 2025, wird folgender Artikel 119.29 eingefügt:

„Art. 119.29 – Unbeschadet von Artikel 33 und Artikel 49 werden im Amt des Lehrers für allgemeinbildende Kurse im Fördersekundarunterricht Abweichungen berücksichtigt, die ein Personalmitglied vor dem 1. September 2026 im Amt des Lehrers für allgemeinbildende Kurse in der Unterstufe des Fördersekundarunterrichts durchlaufen hat.“

**Art. 62** – In denselben Titel wird folgender Artikel 119.30 eingefügt:

„Art. 119.30 – Zur Berechnung des in Artikel 35 und Artikel 49 angeführten Amtsalters werden im Amt des Lehrers für allgemeinbildende Kurse im Fördersekundarunterricht ebenfalls Diensttage berücksichtigt, die das Personalmitglied vor dem 1. September 2026 im Amt des Lehrers für allgemeinbildende Kurse in der Unterstufe des Fördersekundarunterrichts erwirtschaftet hat.“

**Art. 63** – In denselben Titel wird folgender Artikel 119.31 eingefügt:

„Art. 119.31 – Bei Personalmitgliedern, die am 31. Dezember 2026 im Förderschulwesen in einem Amt der Kategorie des Lehrpersonals definitiv eingestellt, auf unbestimmte Dauer eingestellt oder auf unbestimmte Dauer ab Dienstbeginn eingestellt sind, gilt die in Artikel 33 Absatz 1 Nummer 5 Buchstabe e) und Artikel 49 §1 Absatz 1 Nummer 5 Buchstabe e) angeführte Bestimmung als erfüllt, wenn sie über einen Nachweis über das Bestehen einer mindestens 10 ECTS-Punkte umfassenden Zusatzausbildung im Bereich der Förder-, Heil- oder Orthopädagogik, der von einer Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgestellt wurde, oder über einen beziehungsweise mehrere Nachweise, die von der Regierung als gleichwertig anerkannt wurden, verfügen.“

**Art. 64** – In denselben Titel, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 27. Juni 2022 und das Dekret vom 30. Juni 2025, wird folgender Artikel 119.32 eingefügt:

„Art. 119.32 – Personalmitglieder, die am 31. Dezember 2026 im Amt des Sozialassistenten definitiv bzw. zeitweilig eingestellt sind, gelten ab dem 1. Januar 2027 als definitiv bzw. zeitweilig eingestellt im Amt des Sozialarbeiters.

Die Dienste, die das zum 1. Januar 2027 im Amt des Sozialarbeiters zeitweilig oder definitiv eingestellte Personalmitglied vor diesem Datum im Amt des Sozialassistenten erbracht hat, werden für die Ermittlung des Amtsalters so berücksichtigt, als wären sie im Amt des Sozialarbeiters erbracht worden.“

## KAPITEL 19 – ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 26. APRIL 1999 ÜBER DAS REGELGRUNDSCHULWESEN

**Art. 65** – In Artikel 30 §4 des Dekrets vom 26. April 1999 über das Regelgrundschulwesen, ersetzt durch das Dekret vom 23. Oktober 2000, wird folgender Absatz 3 eingefügt:

„Die Regierung kann die einzelnen Beträge der Subventionen, die im vorliegenden Artikel festgelegt sind, zur Anpassung an die verfügbaren Haushaltsmittel mit unterschiedlichen Koeffizienten multiplizieren, wobei die Koeffizienten den Wert von 0,9 nicht unterschreiten.“

**Art. 66** – Artikel 71 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 19. April 2010, wird wie folgt abgeändert:

1. Die Absätze 1-3 werden zu §1.
2. Folgender §2 wird eingefügt:

„§2 - Wird ein Religionsunterricht oder ein Unterricht in nichtkonfessioneller Sittenlehre aufgrund von Lehrermangel nicht organisiert, kann der Schulträger eine Ersatzperson in das nicht genutzte Stundenkapital, das gemäß den Artikeln 65 bis 68 ermittelt wird, vorübergehend zur Betreuung der betroffenen Schüler zeitweilig bezeichnen bzw. einstellen.

Zur Inanspruchnahme von Absatz 1 gelten folgende Bedingungen:

1. Die in Absatz 1 angeführte Regelung ist in der Schulordnung der betreffenden Schule enthalten.
2. Der Schulträger bestätigt der Regierung schriftlich den Lehrermangel und führt den Religionsunterricht oder den Unterricht in nichtkonfessioneller Sittenlehre an, der nicht organisiert werden kann, wobei er ebenfalls den betreffenden Kultusträger schriftlich davon in Kenntnis setzt.
3. Die Regierung wurde schriftlich über die Inanspruchnahme von Absatz 1 informiert und hat die in Nummer 2 angeführten Mitteilungen erhalten.
4. Die zeitweilige Bezeichnung bzw. Einstellung der Ersatzperson erfolgt in einem Anwerbungsamt der Kategorie des Lehr- und Erziehungshilfspersonals und endet von Amts wegen, sobald der Schulträger eine Lehrperson für den betreffenden Religionsunterricht oder den Unterricht in nichtkonfessioneller Sittenlehre bezeichnet bzw. einstellt, jedoch spätestens am letzten Schultag des betreffenden Schuljahres.

Der Schulträger informiert die Erziehungsberechtigten der betreffenden Schüler schriftlich über die Inanspruchnahme von Absatz 1.“

## KAPITEL 20 – ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 16. DEZEMBER 2002 ÜBER DIE GEWÄHRUNG VON FINANZIELLEN MITTELN FÜR PÄDAGOGISCHE ZWECKE IM UNTERRICHTSWESSEN

**Art. 67** – In Artikel 4 §5 des Dekrets vom 16. Dezember 2002 über die Gewährung von finanziellen Mitteln für pädagogische Zwecke im Unterrichtswesen, abgeändert durch die Dekrete vom 5. Mai 2014 und vom 26. Juni 2023, wird folgender Absatz 3 eingefügt:

„Die Regierung kann die einzelnen Beträge der Subventionen, die in vorliegenden Artikel festgelegt sind, zur Anpassung an die verfügbaren Haushaltsmittel mit unterschiedlichen Koeffizienten multiplizieren, wobei die Koeffizienten den Wert von 0,9 nicht unterschreiten.“

## KAPITEL 21 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 29. MÄRZ 2004 ZUR FESTLEGUNG DES STATUTS DER SUBVENTIONIERTEN PERSONALMITGLIEDER DES OFFIZIELLEN SUBVENTIONIERTEN UNTERRICHTSWESENS UND DER OFFIZIELLEN SUBVENTIONIERTEN PSYCHO-MEDIZINISCH-SOZIALEN ZENTREN

**Art. 68** – In Artikel 20 §1 Absatz 1 Nummer 5 Buchstabe e) des Dekrets vom 29. März 2004 zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens und der offiziellen subventionierten psycho-medizinisch-sozialen Zentren, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009, wird die Angabe „10“ durch die Angabe „15“ ersetzt.

**Art. 69** – In Artikel 37 Absatz 1 Nummer 5 Buchstabe e) desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009, wird die Angabe „10“ durch die Angabe „15“ ersetzt.

**Art. 70** - In das Kapitel XIV desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 8. Mai 2024, wird folgender Artikel 111undevicies eingefügt:

„Art. 111undevicies – Unbeschadet von Artikel 20 und Artikel 37 werden im Amt des Lehrers für allgemeinbildende Kurse im Fördersekundarunterricht Abweichungen berücksichtigt, die ein Personalmitglied vor dem 1. September 2026 im Amt des Lehrers für allgemeinbildende Kurse in der Unterstufe des Fördersekundarunterrichts durchlaufen hat.“

**Art. 71** – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 111vicies eingefügt:

„Art. 111vicies - Zur Berechnung des in Artikel 22 und Artikel 37 angeführten Amtsalters werden im Amt des Lehrers für allgemeinbildende Kurse im Fördersekundarunterricht ebenfalls Diensttage berücksichtigt, die das Personalmitglied vor dem 1. September 2026 im Amt des Lehrers für allgemeinbildende Kurse in der Unterstufe des Fördersekundarunterrichts erwirtschaftet hat.“

**Art. 72** – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 111viciessemel eingefügt:

„Art. 111viciessemel – Bei Personalmitgliedern, die am 31. Dezember 2026 im Förderschulwesen in einem Amt der Kategorie des Lehrpersonals definitiv ernannt, auf unbestimmte Dauer bezeichnet oder auf unbestimmte Dauer ab Dienstbeginn bezeichnet sind, gilt die in Artikel 20 §1 Absatz 1 Nummer 5 Buchstabe e) und Artikel 37 Absatz 1 Nummer 5 Buchstabe e) angeführte Bestimmung als erfüllt, wenn sie über einen Nachweis über das Bestehen einer mindestens 10 ECTS-Punkte umfassenden Zusatzausbildung im Bereich der Förder-, Heil- oder Orthopädagogik, der von einer Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgestellt wurde, oder über einen beziehungsweise mehrere Nachweise, die von der Regierung als gleichwertig anerkannt wurden, verfügen.“

## KAPITEL 22 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 27. JUNI 2005 ZUR SCHAFFUNG EINER AUTONOMEN HOCHSCHULE

**Art. 73** – In Artikel 2.11 Absatz 1 des Dekrets vom 27. Juni 2005 zur Schaffung einer autonomen Hochschule wird die Angabe „§3“ gestrichen.

**Art. 74** – In Artikel 3.1 §1 Nummer 1 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 27. Juni 2022, wird zwischen das Wort „Sekundarunterrichts“ und die Wortfolge „oder eines Hochschulnachweises“ die Wortfolge „ , eines Meisterbriefes“ eingefügt.

**Art. 75** – In Artikel 3.2 §1 Nummer 1 desselben Dekrets wird zwischen das Wort „Sekundarunterrichts“ und die Wortfolge „oder eines Hochschulnachweises“ die Wortfolge „ , eines Meisterbriefes“ eingefügt.

**Art. 76** – In Artikel 3.2.1 Nummer 1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 24. Oktober 2011, wird zwischen das Wort „Sekundarunterrichts“ und die Wortfolge „oder eines Hochschulnachweises“ die Wortfolge „ , eines Meisterbriefes“ eingefügt.

**Art. 77** – In Artikel 3.2.2 §1 Nummer 1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 26. Juni 2023, wird zwischen das Wort „Sekundarunterrichts“ und die Wortfolge „oder eines Hochschulnachweises“ die Wortfolge „ , eines Meisterbriefes“ eingefügt.

**Art. 78** – Artikel 3.12 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 2 wird wie folgt ersetzt:

„Die Schulordnung der autonomen Hochschule legt die Modalitäten des regelmäßigen Schulbesuchs, der Teilnahme an den Praktika und der Kontrolle der An- und Abwesenheiten fest.“

2. Die Absätze 3 und 4 werden aufgehoben.



**Art. 79** – In Artikel 5.19 §1 Absatz 1 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 28. Juni 2021, wird die Wortfolge „vor dem 1. Juni“ durch die Wortfolge „bis zum 30. April“ ersetzt.

**Art. 80** – In Artikel 6.10 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 25. Oktober 2010 und abgeändert durch das Dekret vom 8. Mai 2024, wird die Wortfolge „zwei Vollzeitstellen im Amt des externen Evaluators aus dem Grundschulwesen und eine Vollzeitstelle im Amt des externen Evaluators aus dem Sekundarschulwesen“ durch die Wortfolge „drei Vollzeitstellen, wobei mindestens eine Stelle im Amt des externen Evaluators aus dem Grundschulwesen und mindestens eine Stelle im Amt des externen Evaluators aus dem Sekundarschulwesen zu besetzen ist“ ersetzt.

**Art. 81** – Artikel 7.2 desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 24. Juni 2013, wird wie folgt ersetzt:

„Art. 7.2 - Berechnungsgrundlage

§1 - Zur Wahrnehmung ihres Auftrags verfügt die Hochschule über Funktionsmittel, die zu diesem Zweck auf begründeten Vorschlag des Verwaltungsrats im Haushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft vorgesehen sind.

Die Hochschule erfüllt diesen Auftrag im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

§2 - Die Hochschule erhält finanzielle Mittel für pädagogische Zwecke gemäß den Bestimmungen des Dekretes vom 16. Dezember 2002 über die Gewährung von finanziellen Mitteln für pädagogische Zwecke im Unterrichtswesen.“

**Art. 82** – In Artikel 7.3 desselben Dekrets wird die Wortfolge „§§1 und 3“ durch die Angabe „§1“ ersetzt.

**Art. 83** – Artikel 7.4. §1 Nummer 2 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Buchstabe a) wird wie folgt ersetzt:  
„a) die Bedingungen des vorliegenden Dekrets erfüllen;“
2. Buchstabe b) wird wie folgt ersetzt:  
„b) über einen Gesundheitszustand verfügen, der weder die Gesundheit der Schüler und Studenten noch die der anderen Personalmitglieder in Gefahr bringt.“
3. Buchstabe c) wird aufgehoben.
4. Buchstabe d) wird aufgehoben.
5. Buchstabe e) wird aufgehoben.

## KAPITEL 23 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 25. JUNI 2007 ÜBER MASSNAHMEN IM UNTERRICHTSWESEN 2007

**Art. 84** – Artikel 74 Nummer 1 des Dekrets vom 25. Juni 2007 über Maßnahmen im Unterrichtswesen 2007 wird aufgehoben.

**Art. 85** – Artikel 75 desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 28. Juni 2021, wird wie folgt ersetzt:

„Art. 75 – Personalmitglieder, die einen Studenten bei einem in Artikel 74 angeführten Praktikum betreuen, erhalten eine Vergütung in Höhe von 4 Euro pro Unterrichtsstunde. Werden zwei oder mehrere Studenten gleichzeitig betreut, beträgt die Vergütung 6 Euro pro Unterrichtsstunde.“

Hörpraktika oder Hospitationen, in deren Rahmen der Student den Klassen- oder Fachlehrer beim Erteilen des Unterrichts und im Klassenmanagement beobachtet, werden nicht vergütet.“

**Art. 86** – Artikel 76 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 28. Juni 2021, wird aufgehoben.

## KAPITEL 24 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 21. APRIL 2008 ZUR AUFWERTUNG DES LEHRERBERUFS

**Art. 87** – Artikel 104 des Dekrets vom 21. April 2008 zur Aufwertung des Lehrerberufs, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2023, wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 1 wird zwischen das Wort „eines“ und das Wort „Masters“ die Wortfolge „mindestens 90 ECTS umfassenden“ eingefügt.

2. In Absatz 1 Nummer 2 wird zwischen das Wort „Bachelors“ und das Wort „oder“ die Wortfolge „oder eines weniger als 90 ECTS umfassenden Masters“ eingefügt.

3. In Absatz 1 Nummer 2 wird zwischen die Wortfolge „erwähnten Diplome“ und den Doppelpunkt die Wortfolge „oder Inhaber eines Meisterbriefs“ eingefügt.

4. In Absatz 1 Nummer 3 wird die Wortfolge „Nummer 4“ durch die Wortfolge „Nummer 4 Buchstaben a) bis f)“ ersetzt und zwischen das Wort „Exzellenzpreises“ und den Doppelpunkt die Wortfolge „oder Inhaber eines Gesellenzeugnisses“ eingefügt.

5. In Absatz 2 wird die Wortfolge „Buchstaben c, d und g“ durch die Wortfolge „Buchstaben c) und d)“ ersetzt.

6. In Absatz 3 wird zwischen das Wort „Unterrichtsverwaltung“ und das Wort „eingereicht“ die Wortfolge „bzw. beim Institut für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen, wenn die Gleichstellung ein Gesellenzeugnis oder einen Meisterbrief betrifft,“ eingefügt.

7. In Absatz 3 wird folgender Satz eingefügt:

„Verfügt das Personalmitglied, das Inhaber eines ausländischen Studiennachweises ist, über eine Diplomgleichstellung aus der Französischen oder Flämischen Gemeinschaft, erfolgt die Einordnung in die in Absatz 1 angeführte Diplomstufe aufgrund der erhaltenen Diplomgleichstellung zum ersten Tag des Monats, in dem das Personalmitglied der Unterrichtsverwaltung eine Kopie der Diplomgleichstellung zugestellt hat.“

**Art. 88** – In Titel IV desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 28. Juni 2021, wird folgender Artikel 122.3. eingefügt:

„Art. 122.3 - In Abweichung von Artikel 104 Absatz 1 Nummer 1 und Nummer 2 werden Personalmitglieder, die Inhaber eines von einer anerkannten Hochschule oder Universität ausgestellten Hochschulgrads eines weniger als 90 ECTS umfassenden Masters sind und vor dem 1. September 2026 für ihre im Unterrichtswesen, das von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisiert oder subventioniert wird, ausgeübte Tätigkeit in die Diplomstufe I eingeordnet wurden, ab dem 1. September 2026 weiterhin in die Diplomstufe I eingeordnet.“

## KAPITEL 25 – ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 23. MÄRZ 2009 ZUR ORGANISATION DES TEILZEIT-KUNSTUNTERRICHTS

**Art. 89** – Artikel 58 des Dekrets 23. März 2009 zur Organisation des Teilzeit-Kunstunterrichts wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 3 wird die Angabe „Absatz 2“ durch die Angabe „Absatz 1“ ersetzt.

2. Folgender Absatz 5 wird eingefügt:

„Die Regierung kann den in Absatz 1 festgelegten Betrag zur Anpassung an die verfügbaren Haushaltsmittel mit einem Koeffizienten multiplizieren, wobei der Koeffizient den Wert

von 0,9 nicht unterschreitet.“

**Art. 90** – In Artikel 58.1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 26. Juni 2023, wird folgender Absatz 4 eingefügt:

„Die Regierung kann den in Absatz 1 festgelegten Betrag zur Anpassung an die verfügbaren Haushaltsmittel mit einem Koeffizienten multiplizieren, wobei der Koeffizient den Wert von 0,9 nicht unterschreitet.“

**Art. 91** – In Artikel 69 desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 28. Juni 2021, wird die Angabe „2025-2026“ durch die Angabe „2030-2031“ ersetzt.

## KAPITEL 26 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 25. OKTOBER 2010 ÜBER PÄDAGOGISCHE UND ADMINISTRATIVE NEUERUNGEN IM UNTERRICHTSWESEN

**Art. 92** – In Artikel 1 §2 Nummer 3 des Dekrets vom 25. Oktober 2010 über pädagogische und administrative Neuerungen im Unterrichtswesen, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 8. Mai 2024, wird folgender Buchstabe m) eingefügt:

„m) Lehrer für allgemeinbildende Kurse im Fördersekundarunterricht;“

## KAPITEL 27 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 31. MÄRZ 2014 ÜBER DAS ZENTRUM FÜR DIE GESUNDE ENTWICKLUNG VON KINDERN UND JUGENDLICHEN

**Art. 93** – In Artikel 2.2 Absatz 1 des Dekrets vom 31. März 2014 über das Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen, abgeändert durch das Dekret vom 20. Februar 2017, wird im einleitenden und im letzten Satz die Angabe „vier“ durch die Angabe „fünf“ ersetzt und im einleitenden Satz wird die Wortfolge „der Direktion“ durch die Wortfolge „dem Direktor“ ersetzt.

**Art. 94** – Artikel 6.2 desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 26. Februar 2018, wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 1 Buchstabe e) wird wie folgt ersetzt:

„e) Sozialarbeiter“

2. In Nummer 1 wird folgender Buchstabe k) eingefügt:

„k) Präventionsberater“

3. Nummer 2 Buchstabe c) wird wie folgt ersetzt:

„c) Koordinator für den Bereich frühkindliche Entwicklung und Gesundheitswissenschaft“

4. Nummer 2 Buchstabe d) wird wie folgt ersetzt:

„d) Koordinator für den Bereich systemische universelle Prävention“.

**Art. 95** – Artikel 6.3 desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 6. Mai 2019, wird wie folgt abgeändert:

1. §1 Nummer 5 wird wie folgt ersetzt:

„5. Sozialarbeiter:

a) Graduat oder Bachelor als Sozialassistent;

b) Graduat oder Bachelor in sozialer Arbeit;“

2. In §1 Nummer 10 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt und folgende Nummer 11 eingefügt:

„11. Präventionsberater:

a) die in den Nummern 1-3, 5, 6, 8 und 10 angeführten Befähigungsnachweise;

b) mindestens ein Graduat oder ein Bachelor in Erziehungswissenschaften, Gesundheitswissenschaften, Pädagogik, Soziale Arbeit oder Bildungswissenschaften;“

3. In §4 wird folgender Absatz 2 eingefügt:

„Als erforderlicher Befähigungsnachweis gilt für das in §1 Nummer 11 angeführte Amt ebenfalls jedes Diplom, das nach erfolgreichem Abschluss einer Ausbildung des Hochschulwe-  
sens des ersten Grades ausgestellt wurde, deren Hauptkurse mit dem entsprechenden Amt  
im Zusammenhang stehen. Die Regierung entscheidet in diesem Fall auf der Grundlage eines  
Gutachtens der Schulinspektion, ob das Diplom zur Ausübung des Amtes befähigt.“

4. In §5 wird folgender Absatz 2 eingefügt:

„Unbeschadet von Absatz 1 gelten die im Ausland verliehenen Studiennachweise als erfor-  
derliche Befähigungsnachweise, wenn ihnen eine Gleichstellung beigelegt ist, die in der  
Deutschsprachigen, Französischen oder Flämischen Gemeinschaft ausgestellt worden ist.“

**Art. 96** – In Artikel 6.55 Absatz 1 desselben Dekrets, abgeändert durch die Dekrete vom  
20. Juni 2016 und 26. Juni 2017, wird das Wort „sechs“ durch die Wortfolge „fünf aufeinander-  
folgenden“ ersetzt.

**Art. 97** – Artikel 6.79 desselben Dekrets, abgeändert durch die Dekrete vom 20. Februar  
2017 und vom 26. Februar 2018, wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 4 wird wie folgt ersetzt:

„4. das Amt des Koordinators für den Bereich frühkindliche Entwicklung und Gesundheits-  
wissenschaft;“;

2. Nummer 5 wird wie folgt ersetzt:

„5. das Amt des Koordinators für den Bereich systemische universelle Prävention;“.

**Art. 98** – In Artikel 6.87 §1 Absatz 2 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom  
22. Juni 2020, wird das Wort „Gesundheitswissenschaften“ durch die Wortfolge „frühkindliche  
Entwicklung und Gesundheitswissenschaft“ ersetzt.

**Art. 99** – In Artikel 6.94 Nummer 1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom  
29. Juni 2015, wird wie folgt ersetzt:

„1. die personelle, inhaltliche und organisatorische Leitung der ihm zugeteilten Zweigstelle;“

**Art. 100** – Artikel 6.98 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 29. Juni 2015,  
wird wie folgt abgeändert:

1 In der Überschrift das Wort „Sozialassistent“ durch das Wort „Sozialarbeiter“ ersetzt

2. Im einleitenden Satz wird das Wort „Sozialassistenten“ durch das Wort „Sozialarbeiters“  
ersetzt.

**Art. 101** – In Titel 6 Untertitel 11 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 29.  
Juni 2015 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 15. Dezember 2022, wird folgender  
Artikel 6.102 eingefügt:

„Art. 6.102 – Präventionsberater

Der Auftrag des Präventionsberaters umfasst folgende Aufgaben:

1. die Entwicklung, Koordination und Umsetzung von Maßnahmen der Primärprävention  
zur Förderung der physischen, psychischen und sozialen Gesundheit;

2. die Beratung und Schulung von Lehrkräften, Erziehungsberechtigten, Fachkräften, Kin-  
dern und Jugendlichen zu gesundheitsbezogenen und präventiven Themen;

3. die Durchführung von Schulungen und Informationsveranstaltungen zur Förderung des  
Wohlbefindens aller Zielgruppen;

4. die Zusammenarbeit mit Schulen, sozialen Einrichtungen und weiteren relevanten im  
Bereich der Prävention tätigen Partnern;

5. die Analyse von Bedarfen sowie die Evaluation und Weiterentwicklung bestehender Prä-  
ventionsangebote;

6. die Mitwirkung an der Implementierung gesundheitsfördernder Programme und Kon-  
zepte;

7. die schulische Entwicklungsberatung im Kontext von Gesundheitsförderung, Prävention und Wohlbefinden im Schulalltag;
8. die Zusammenarbeit mit seinen Kollegen und mit den relevanten Partnern;
9. die Teilnahme an Personalversammlungen, Koordinierungsversammlungen, Arbeitsgruppen und die Vertretung des Zentrums in Gremien;
10. die Mitwirkung an internen und externen Evaluationen von Projekten zur Förderung der gesunden Entwicklung sowie der Arbeit des Zentrums;
11. die persönliche ständige Fort- und Weiterbildung;
12. Aufgaben, die zur Erfüllung des Auftrags des Zentrums beitragen.“

**Art. 102** – Die Überschrift von Titel 7 Untertitel 1 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:  
„UNTERTITEL 1 – DIREKTIONSPERSONAL“

**Art. 103** – Artikel 7.3 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird aufgehoben.

**Art. 104** – Artikel 7.4.1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 26. Februar 2018 und abgeändert durch das Dekret vom 27. Juni 2022, wird aufgehoben.

**Art. 105** – In Artikel 7.5 §1 desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2023, wird die Angabe „48,5“ durch die Angabe „56,5“ ersetzt.

**Art. 106** – In Titel 7 Untertitel 2 desselben Dekrets wird folgender Artikel 7.5.1 eingefügt:  
„Art. 7.5.1 – Referent für die Vorbeugung von gewaltsamem Radikalismus

Unbeschadet von Artikel 7.5 werden im Zentrum zwei Stellen für Referenten für die Vorbeugung von gewaltsamem Radikalismus geschaffen.“

**Art. 107** – In Artikel 7.6 desselben Dekrets wird das Wort „Sozialassistenten“ durch das Wort „Sozialarbeiters“ ersetzt.

**Art. 108** – Artikel 8.2 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:  
„Art. 8.2 – *Berechnungsgrundlage*

§1 – Zur Wahrnehmung seines Auftrags verfügt das Zentrum über Funktionsmittel, die zu diesem Zweck auf begründeten Vorschlag des Verwaltungsrats im Haushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft vorgesehen sind.

Das Zentrum erfüllt diesen Auftrag im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

§2 – Das Zentrum erhält jährlich eine Dotation für Investitionsausgaben, die zu diesem Zweck im Haushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft vorgesehen ist und die Summe von 30.000 Euro nicht überschreitet. Die Mittel dürfen ausschließlich für Ausstattung im Sinne von Artikel 2 des Dekrets vom 18. März 2002 zur Infrastruktur verwendet werden.“

**Art. 109** – In Artikel 8.3 desselben Dekrets wird die Wortfolge „Schuljahres 2014-2015“ durch das Wort „Haushaltsjahres“ ersetzt.

**Art. 110** – In Artikel 10.7 §2 Absatz 2 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 22. Juni 2020 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 27. Juni 2022, wird das Wort „Gesundheitswissenschaften“ jeweils durch die Wortfolge „frühkindliche Entwicklung und Gesundheitswissenschaft“ ersetzt.

**Art. 111** – In Titel 10 desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 27. Juni 2022, wird folgender Artikel 10.9.3 eingefügt:

*„Art. 10.9.3 - Übernahme im Amt des Sozialarbeiters*

Personalmitglieder, die am 31. Dezember 2026 im Amt des Sozialassistenten definitiv ernannt bzw. zeitweilig bezeichnet sind, gelten ab dem 1. Januar 2027 als definitiv ernannt bzw. zeitweilig bezeichnet im Amt des Sozialarbeiters.

Die Dienste, die das zum 1. Januar 2027 im Amt des Sozialarbeiters bezeichnete oder ernannte Personalmitglied vor diesem Datum beim Verwaltungsrat im Amt des Sozialassistenten erbracht hat, werden für die Ermittlung des Amtsalters so berücksichtigt, als wären sie beim Verwaltungsrat im Amt des Sozialarbeiters erbracht worden.“

**Art. 112** – In denselben Titel 10 wird folgender Artikel 10.9.4 eingefügt:

*„Art. 10.9.4 – Übernahme im Amt des Präventionsberaters*

Die Personalmitglieder, die am 31. August 2026 in einem Amt beim Verwaltungsrat definitiv ernannt sind, über einen erforderlichen Befähigungsnachweis für das Amt des Präventionsberaters verfügen und mindestens ein Jahr lang halbezeitig Aufgaben im Bereich der systemischen universellen Prävention wahrgenommen haben, gelten ab dem 1. September 2026 im Amt des Präventionsberaters als definitiv ernannt.

Die Personalmitglieder, die am 31. August 2026 in einem Amt beim Verwaltungsrat zeitweilig bezeichnet sind, über einen erforderlichen Befähigungsnachweis für das Amt des Präventionsberaters verfügen und mindestens ein Jahr lang halbezeitig Aufgaben im Bereich der systemischen universellen Prävention wahrgenommen haben, gelten ab dem 1. September 2026 im Amt des Präventionsberaters als zeitweilig bezeichnet.

Die Personalmitglieder, die am 31. August 2026 in einem Amt beim Verwaltungsrat zeitweilig bezeichnet sind und mindestens drei Jahre lang halbezeitig Aufgaben im Bereich der systemischen universellen Prävention wahrgenommen haben, gelten ab dem 1. September 2026 im Amt des Präventionsberaters als zeitweilig bezeichnet und als Inhaber des erforderlichen Befähigungsnachweises.

Als Nachweis dient dem Verwaltungsrat eine vom Direktor ausgestellte Bescheinigung, in der die vom Personalmitglied wahrgenommenen Aufgaben sowie der Umfang und die Dauer seiner Dienste zur Erfüllung dieser Aufgaben präzisiert werden.

Die Dienste, die das betreffende Personalmitglied in seinem bisherigen Amt als Personalmitglied beim Verwaltungsrat geleistet hat, werden hinsichtlich der Ermittlung des Dienstalters so berücksichtigt, als wären sie im Amt des Präventionsberaters geleistet worden.“

**Art. 113** – In denselben Titel wird folgender Artikel 10.9.5 eingefügt:

*„Art. 10.9.5 – Übernahme der Koordinatoren in die neu bezeichneten Koordinationsämter*

Der Verwaltungsrat bezeichnet ab dem 1. September 2026 das Personalmitglied, das am 31. August 2026 im Amt des Koordinators für Gesundheitswissenschaften bezeichnet ist, von Amts wegen in das Amt des Koordinators für frühkindliche Entwicklung und Gesundheitswissenschaft und das Personalmitglied, das am 31. August 2026 im Amt des Koordinators für frühkindliche Entwicklung bezeichnet ist, von Amts wegen in das Amt des Koordinators für systemische universelle Prävention.

Die Dienste, die das betreffende Personalmitglied bisher als Koordinator beim Verwaltungsrat geleistet hat, werden hinsichtlich der Ermittlung des Dienstalters so berücksichtigt, als wären sie in dem in Absatz 1 zugewiesenen Amt des Koordinators geleistet worden.“

## KAPITEL 28 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 26. JUNI 2023 ZUR EINRICHTUNG EINES FONDS FÜR ZINSLOSE DARLEHEN AN AUSZUBILDENDE, STUDIERENDE UND SCHÜLER IN MANGELBERUFEN

**Art. 114** – In Artikel 5 §1 Absatz 1 des Dekrets vom 26. Juni 2023 zur Einrichtung eines Fonds für zinslose Darlehen an Auszubildende, Studierende und Schüler in Mangelberufen wird die Angabe „350“ durch die Angabe „200“ ersetzt.

**Art. 115** – In Kapitel 10 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 8. Mai 2024, wird folgender Artikel 28.2 eingefügt:

„Art. 28.2 – In Abweichung von Artikel 5 §1 beträgt der monatliche Betrag für die Darlehensnehmer, denen in den akademischen Jahren bzw. Ausbildungsjahren 2023-2026 bereits ein Darlehen gemäß Artikel 3 und 4 gewährt wurde, für die Fortführung der bereits begonnen Ausbildung oder des bereits begonnen Studiums für die verbleibende maximale Bezugsdauer 350 Euro. Bei einem Wechsel gemäß Artikel 6 §2 wird der monatliche Betrag in Anwendung von Artikel 5 §1 auf 200 Euro reduziert.“

## KAPITEL 29 – SCHLUSSBESTIMMUNGEN

**Art. 116** – Vorliegendes Dekret tritt am 1. September 2026 in Kraft, mit Ausnahme von:

1. Artikel 6, der am Tag der Verabschiedung des Dekrets in Kraft tritt,
2. Artikel 2, 3, 4, 9, 10, 14-18, 21, 24, 25, 28, 29, 32, 33, 36, 37, 41, 47, 48, 49, 58, 59, 63, 64, 68, 69, 72, 79, 94 Nummer 1, 95 Nummer 1, 100, 107 und 111, die am 1. Januar 2027 in Kraft treten.
3. Artikel 45, 65, 67, 89, 90, 114 und 115, die am 1. Juli 2026 in Kraft treten.
4. Artikel 46, der am 1. Januar 2026 in Kraft tritt.
5. Artikel 11 Nummer 2, Artikel 19, 22, 26, 30, 87 Nummer 7 und 95 Nummer 4, die mit Wirkung vom 1. September 2024 in Kraft treten.
6. Artikel 96, der mit Wirkung vom 1. Januar 2024 in Kraft tritt.
7. Artikel 83, der mit Wirkung vom 1. Juli 2005 in Kraft tritt.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,  
Minister für lokale Behörden, Raumordnung und Finanzen

O. PAASCH

Der Minister für Unterricht, Ausbildung und Beschäftigung

**Jérôme  
Franssen** Digital  
unterschrieben von  
Jérôme Franssen  
Datum: 2025.12.18  
08:44:20 +01'00'

J. FRANSSEN



**25/11/2025**  
**GOUVERNEMENT DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE**

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Sur la proposition du Ministre compétent en matière d'Enseignement;

Après délibération,

Arrête :

Le Ministre compétent en matière d'Enseignement est chargé de soumettre au Parlement de la Communauté germanophone l'avant-projet de décret dont la teneur suit :

**Avant-projet de décret portant des mesures en matière d'enseignement et de formation – 2026**

| <b>CONTENU</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                 |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p>Le présent avant-projet de décret modifie diverses dispositions en matière de personnel et d'organisation dans l'enseignement.</p> <p>Il contient entre autres les modifications suivantes :</p> <ul style="list-style-type: none"><li>1° augmentation des salaires des porteurs du diplôme de formation de chef d'entreprise et des porteurs du certificat de fin d'apprentissage;</li><li>2° adaptation de la législation en matière de titres pour le personnel enseignant occupé dans l'enseignement spécialisé et le domaine de l'intégration;</li><li>3° création de la fonction de professeur de cours généraux dans l'enseignement secondaire spécialisé;</li><li>4° assouplissement de l'utilisation du capital périodes dans l'enseignement secondaire.</li></ul> |

## TABLE DES MATIÈRES

|                                | Page |
|--------------------------------|------|
| <b>Exposé des motifs</b> ..... | 4    |
| Explications générales .....   | 4    |
| Commentaire des articles.....  | 4    |
| <b>Avant-projet</b> .....      | 29   |

## EXPOSÉ DES MOTIFS

### EXPLICATIONS GÉNÉRALES

Le présent avant-projet de décret est construit selon le schéma habituel : chaque chapitre adapte un texte réglementaire particulier, et ce, dans l'ordre chronologique.

Afin d'avoir rapidement une meilleure vue d'ensemble, cet exposé des motifs ne suit pas strictement l'ordre des chapitres, mais s'articule autour d'un thème ou d'une mesure et contient en même temps le commentaire des différents articles. Les articles connexes sont énumérés.

#### **1. Augmentation des salaires des porteurs du diplôme de formation de chef d'entreprise et des porteurs du certificat de fin d'apprentissage (article 87, 3°, 4° et 5°)**

Entrée en vigueur : 1<sup>er</sup> septembre 2026

Étant donné que les porteurs d'un certificat de fin d'apprentissage ou d'un diplôme de formation de chef d'entreprise occupant un emploi public bénéficient déjà depuis quelque temps d'une rémunération qui correspond respectivement à celle de personnes titulaires d'un certificat d'enseignement secondaire supérieur ou d'un bachelor, il est proposé d'adapter en conséquence la rémunération des titulaires des diplômes cités plus haut dans l'enseignement également, afin de rendre une activité dans l'enseignement plus attractive pour les porteurs d'un certificat de fin d'apprentissage ou d'un diplôme de formation de chef d'entreprise.

De manière concrète, il est proposé de classer à l'avenir tous les porteurs d'un diplôme de formation de chef d'entreprise dans le niveau II+, comme c'est le cas pour les porteurs d'un diplôme de bachelor. Jusqu'à présent, le niveau II+ n'était attribué que si le contenu du diplôme de formation de chef d'entreprise correspondait à la spécialité de la fonction exercée et que le membre du personnel était également en mesure de justifier de l'expérience professionnelle requise pour la fonction en question. En outre, il est proposé de rémunérer les porteurs d'un certificat de fin d'apprentissage comme les porteurs d'un certificat d'enseignement secondaire supérieur et de les classer par conséquent dans le niveau II.

L'article 87, 3°, 4° et 5°, procède aux adaptations correspondantes dans le décret du 21 avril 2008 portant valorisation du métier d'enseignant.

#### **2. Adaptation de la législation en matière de titres dans le contexte de la réforme de la formation des enseignants en Communauté française (articles 12, 20, 23, 27, 31 et 35)**

Entrée en vigueur : 1<sup>er</sup> septembre 2026

Étant donné que la Communauté française a réformé la formation des enseignants et qu'elle délivrera par conséquent dorénavant des diplômes portant de nouveaux intitulés, il est nécessaire d'adapter la législation en matière de titres applicable dans l'enseignement en Communauté germanophone, afin que les personnes qui suivent leurs études en Communauté française puissent avoir accès à l'enseignement organisé ou subventionné par la Communauté germanophone dans les mêmes conditions qu'auparavant.

Dans ce contexte, il est inscrit dans la législation en matière de titres que :

- le diplôme belge ayant pour intitulé « Master en enseignement section 1 » correspond au diplôme d'instituteur maternel;
- le diplôme belge ayant pour intitulé « Master en enseignement section 2 » correspond au diplôme d'instituteur primaire;
- le diplôme belge ayant pour intitulé « Master en enseignement section 3 » correspond au diplôme d'agrégé de l'enseignement secondaire inférieur;
- le diplôme belge ayant pour intitulé « Master en enseignement section 4 » correspond au diplôme d'agrégé de l'enseignement secondaire supérieur;
- le diplôme belge ayant pour intitulé « Master en enseignement section 5 » correspond au diplôme d'agrégé de l'enseignement secondaire supérieur.

**L'article 12** adapte en conséquence l'arrêté royal du 22 avril 1969, lequel fixe les titres requis.

**L'article 20** adapte en conséquence l'arrêté royal du 25 octobre 1971, lequel fixe les titres requis pour la fonction de maître ou de professeur de religion.

**L'article 23** adapte en conséquence l'arrêté royal du 20 juin 1975, lequel fixe les titres jugés suffisants pour l'enseignement fondamental subventionné.

**L'article 27** adapte en conséquence l'arrêté royal du 30 juillet 1975, lequel fixe les titres jugés suffisants pour l'enseignement secondaire technique et professionnel subventionné.

**L'article 31** adapte en conséquence l'arrêté royal du 30 juillet 1975, lequel fixe les titres jugés suffisants pour les établissements d'enseignement moyen et d'enseignement normal (enseignement libre subventionné).

**L'article 35** adapte en conséquence l'arrêté royal du 30 juillet 1975, lequel fixe les titres jugés suffisants pour les établissements d'enseignement moyen et d'enseignement normal (enseignement officiel subventionné).

### **3. Création de la fonction de professeur de cours généraux dans l'enseignement secondaire spécialisé (articles 1<sup>er</sup>, 6, 7, 8, 13, 61, 62, 70, 71 et 92)**

Entrée en vigueur : 1<sup>er</sup> septembre 2026, à l'exception de l'article 6, qui entre en vigueur le jour de l'adoption du décret.

Le Gouvernement propose de créer dans l'enseignement secondaire inférieur spécialisé la fonction de professeur de cours généraux dans l'enseignement secondaire spécialisé, afin d'offrir aux membres du personnel y occupés de meilleures perspectives en matière de statut.

Dans l'enseignement secondaire spécialisé, des instituteurs primaires ou des agrégés de l'enseignement secondaire inférieur sont souvent occupés pour dispenser les cours généraux, étant donné que ces membres du personnel sont les plus qualifiés de par leur formation pour assurer lesdits cours. Toutefois, étant donné qu'il n'existe pas à l'heure actuelle de fonction générale pour la dispensation des cours généraux, ces personnes doivent être occupées dans différentes fonctions [par exemple, professeur de cours généraux (langues germaniques), professeur de cours généraux (langues romanes), professeur de cours généraux (mathématiques), etc.]. Cette division de fonctions ne correspond pas à l'organisation de l'enseignement d'une école secondaire spécialisée et est peu avantageuse d'un point de vue du statut, car elle complique aussi bien l'accumulation de jours de service que le chemin vers une nomination à titre définitif. En outre, la création d'une fonction générale facilite l'organisation administrative de l'enseignement d'une école secondaire spécialisée.

Les titres requis pour la fonction de professeur de cours généraux dans l'enseignement secondaire spécialisé sont définis comme étant le diplôme d'agrégé de l'enseignement secondaire inférieur (toute orientation) ainsi que le diplôme d'instituteur primaire, complétés par un titre sanctionnant une formation complémentaire en pédagogie de soutien.

Les membres du personnel qui ne disposent pas du titre requis pour cette fonction peuvent se mettre en ordre au niveau du statut en bénéficiant de trois dérogations dans cette fonction et en obtenant un titre pédagogique (CAP+). En outre, ils doivent obtenir au moins la mention « satisfaisant » dans le bulletin de signalement se rapportant à la troisième dérogation.

Une disposition transitoire prévoit qu'il est tenu compte dans cette nouvelle fonction des éventuelles dérogations dont a bénéficié un membre du personnel avant le 1<sup>er</sup> septembre 2026 dans la fonction de professeur de cours généraux dans l'enseignement secondaire inférieur spécialisé.

Une autre disposition transitoire dispose que, pour le calcul de l'ancienneté de fonction administrative, il est également tenu compte dans la nouvelle fonction de professeur de cours généraux dans l'enseignement secondaire spécialisé des jours de service que le membre du personnel a prestés avant le 1<sup>er</sup> septembre 2026 dans la fonction de professeur de cours généraux dans l'enseignement secondaire inférieur spécialisé.

**L'article 1<sup>er</sup>** crée, dans l'arrêté royal du 2 octobre 1968, au niveau de l'enseignement secondaire inférieur, la fonction de professeur de cours généraux dans l'enseignement secondaire spécialisé.

**Les articles 6, 7 et 8** prévoient dans le statut de l'enseignement communautaire que l'appel aux candidats pour l'année scolaire 2026-2027 peut avoir lieu en dehors du délai normal. En outre, ces articles inscrivent dans le statut de l'enseignement communautaire deux dispositions transitoires concernant la prise en compte des dérogations obtenues dans la fonction de professeur de cours généraux dans l'enseignement secondaire inférieur spécialisé et de l'ancienneté de fonction acquise dans cette fonction. L'article 6 devrait entrer en vigueur dès l'adoption du décret afin que le pouvoir organisateur ait déjà la possibilité au cours de l'année scolaire 2026-2027 de recruter et d'engager des membres du personnel dans la nouvelle fonction de professeur de cours généraux dans l'enseignement secondaire spécialisé. Cette disposition est prise dans l'intérêt tant des membres du personnel que du pouvoir organisateur.

**L'article 13** fixe dans l'arrêté royal du 22 avril 1969 les titres requis pour la fonction de professeur de cours généraux dans l'enseignement secondaire spécialisé.

**Les articles 61, 62, 70 et 71** inscrivent dans le statut de l'enseignement libre subventionné et de l'enseignement officiel subventionné deux dispositions transitoires concernant la prise en compte des dérogations obtenues dans la fonction de professeur de cours généraux dans l'enseignement secondaire inférieur spécialisé et de l'ancienneté de fonction acquise dans cette fonction.

**L'article 92** établit, dans le décret du 25 octobre 2010, que le CAP+ vaut comme titre pédagogique requis pour les bénéficiaires de passerelles qui ne disposent pas du titre requis pour la fonction de professeur de cours généraux dans l'enseignement secondaire spécialisé.

**4. Adaptation de la législation en matière de titres pour le personnel enseignant occupé dans l'enseignement spécialisé et le domaine de l'intégration (articles 3, 4, 9, 14, 17, 18, 21, 24, 25, 28, 29, 32, 33, 36, 37, 58, 59, 63, 68, 69 et 72)**

Entrée en vigueur : 1<sup>er</sup> janvier 2027

Depuis le 1<sup>er</sup> septembre 2010, les membres du personnel de l'enseignement spécialisé qui sont occupés dans une fonction de la catégorie du personnel enseignant (enseignants d'intégration inclus) sont soumis à l'obligation statutaire exigeant de présenter un titre sanctionnant une formation complémentaire en pédagogie de soutien, pédagogie curative ou orthopédagogie délivré par un établissement d'enseignement supérieur de la Communauté germanophone ou un ou plusieurs titres reconnus équivalents par le Gouvernement.

Avec l'adoption du décret relatif à la pédagogie de soutien en 2009, il a été prévu que cette formation complémentaire soit d'au moins 10 points ECTS et qu'elle comprenne la matière « diagnostic du soutien nécessaire » ainsi que des matières dans le domaine des méthodes de pédagogie de soutien et de didactique de soutien.

Au 1<sup>er</sup> septembre 2015, la fonction de pédagogue de soutien a été introduite dans le cadre du soutien élémentaire dans l'enseignement ordinaire. La législation en matière de titres prévoit pour cette fonction l'achèvement d'une formation complémentaire d'au moins 15 points ECTS en pédagogie de soutien, pédagogie curative ou orthopédagogie. Depuis l'introduction de cette fonction, la haute école autonome ne propose plus qu'une formation complémentaire correspondante de 15 points ECTS.

Aux fins d'une harmonisation au niveau du statut et d'un alignement des exigences dans les domaines du soutien avancé et du soutien élémentaire, il est proposé qu'à l'avenir, le personnel enseignant occupé dans l'enseignement spécialisé (enseignants d'intégration inclus) doive également présenter, comme les pédagogues de soutien dans l'enseignement ordinaire, un titre sanctionnant une formation complémentaire d'au moins 15 points ECTS en pédagogie de soutien, pédagogie curative ou orthopédagogie délivré par un établissement d'enseignement supérieur de la Communauté germanophone ou un ou plusieurs titres reconnus équivalents par le Gouvernement.

Une disposition transitoire prévoit que pour les membres du personnel qui, au 31 décembre 2026, sont nommés à titre définitif, désignés pour une durée indéterminée ou désignés pour une durée indéterminée dès l'entrée en service dans une fonction de la catégorie du personnel enseignant dans l'enseignement spécialisé, la présentation d'un titre sanctionnant une formation complémentaire d'au moins 10 points ECTS en pédagogie de soutien, pédagogie curative ou orthopédagogie restera suffisante dans l'avenir.

**Les articles 3, 4 et 9** adaptent l'arrêté royal du 22 mars 1969 (statut de l'enseignement communautaire).

**Les articles 14 et 17** adaptent en conséquence l'arrêté royal du 22 avril 1969, lequel fixe les titres requis.

**Les articles 18 et 21** adaptent en conséquence l'arrêté royal du 25 octobre 1971, lequel fixe les dispositions statutaires et les titres requis pour les enseignants de religion.

**Les articles 24 et 25** adaptent en conséquence l'arrêté royal du 20 juin 1975, lequel fixe les titres jugés suffisants pour l'enseignement fondamental subventionné.

**Les articles 28 et 29** adaptent en conséquence l'arrêté royal du 30 juillet 1975, lequel fixe les titres jugés suffisants pour l'enseignement secondaire technique et professionnel subventionné.

**Les articles 32 et 33** adaptent en conséquence l'arrêté royal du 30 juillet 1975, lequel fixe les titres jugés suffisants pour les établissements d'enseignement moyen et d'enseignement normal (enseignement libre subventionné).

**Les articles 36 et 37** adaptent en conséquence l'arrêté royal du 30 juillet 1975, lequel fixe les titres jugés suffisants pour les établissements d'enseignement moyen et d'enseignement normal (enseignement officiel subventionné).

**Les articles 58, 59 et 63** adaptent le décret du 14 décembre 1998 (statut de l'enseignement libre subventionné).

**Les articles 68, 69 et 72** adaptent le décret du 29 mars 2004 (statut de l'enseignement officiel subventionné).

## **5. Adaptation du délai de candidature à la haute école autonome (article 79)**

Entrée en vigueur : 1<sup>er</sup> janvier 2027

Le statut applicable aux membres du personnel de la haute école autonome prescrit, dans le cadre de la procédure de recrutement, que les candidats qui souhaitent, pour l'année scolaire suivante, faire usage de leur droit à une désignation à titre temporaire pour une durée indéterminée doivent introduire leur candidature auprès du pouvoir organisateur avant le 1<sup>er</sup> juin. À la demande du pouvoir organisateur de la haute école autonome, il est proposé d'aligner ce délai de candidature sur celui du 30 avril en vigueur dans les autres réseaux d'enseignement.

**L'article 79** procède à cette modification dans le décret relatif à la haute école autonome.

## **6. Remplacement temporaire dans la fonction de gestionnaire financier et immobilier (articles 5 et 60)**

Entrée en vigueur : 1<sup>er</sup> septembre 2026

Le statut du personnel prévoit actuellement que lorsqu'un gestionnaire financier et immobilier est absent dans le cadre d'un temps partiel, le membre du personnel qui le remplace est occupé dans la fonction de surveillant-éducateur, et non dans celle de gestionnaire financier et immobilier. Toutefois, cette situation pénalisant sur le plan de la rémunération le membre du personnel qui effectue le remplacement et constituant par la même une inégalité de traitement, étant donné que tant le titulaire du poste que son remplaçant effectuent des tâches liées à la fonction de gestionnaire financier et immobilier, il est proposé qu'à l'avenir, lors de l'absence du titulaire du poste dans le cadre d'un temps partiel, le membre du personnel qui effectue le remplacement soit également engagé dans la fonction de gestionnaire financier et immobilier.

**L'article 5** procède à l'adaptation correspondante dans le statut de l'enseignement communautaire.

**L'article 60** procède à la modification correspondante dans le statut de l'enseignement libre subventionné.

## **7. Kaleido – Remplacement en cas d'absence (article 96)**



Entrée en vigueur : 1<sup>er</sup> janvier 2024

Au 1<sup>er</sup> janvier 2024, la législation en matière d'enseignement a été adaptée pour tous les établissements d'enseignement de façon que les membres du personnel puissent être remplacés dès qu'ils sont absents pendant au moins cinq jours ouvrables consécutifs. Dans le cadre de cette adaptation décrétole, il a été omis de modifier en conséquence le statut du centre pour le développement sain des enfants et des jeunes. Le présent chapitre procède dès lors à cette correction de texte.

**L'article 96** procède à la correction de texte correspondante dans le décret du 31 mars 2014 relatif au centre pour le développement sain des enfants et des jeunes.

## **8. Transformation de l'interruption de carrière (article 46)**

Entrée en vigueur : 1<sup>er</sup> janvier 2026

Conformément à l'arrêté du Gouvernement du 9 novembre 1994 relatif à l'interruption de la carrière professionnelle dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux, une interruption de carrière complète est transformée en une mise en disponibilité pour convenance personnelle, lorsque l'Office national de l'emploi (ONEm) refuse le droit à l'allocation d'interruption de carrière. Une interruption de carrière partielle est transformée dans un tel cas en congé pour prestations réduites justifié par des raisons de convenances personnelles.

Une précision est apportée à la disposition en question, car l'Office national de l'emploi peut désormais approuver par principe le droit à l'interruption de carrière, sans accorder toutefois l'allocation pour l'ensemble de la période d'interruption de carrière dans certaines circonstances (par exemple, dans le cas où la demande est introduite tardivement). Pour cette raison, l'arrêté du Gouvernement du 9 novembre 1994 est corrigé de façon qu'une transformation de l'interruption de carrière ne soit effectuée que si l'Office national de l'emploi refuse le droit à l'interruption de carrière concernée, et non pas si l'allocation n'est pas versée durant la totalité de la période, le cas échéant.

**L'article 46** procède à la correction de texte correspondante dans l'arrêté du Gouvernement du 9 novembre 1994 relatif à l'interruption de la carrière professionnelle dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux.

## **9. Fonction d'assistant social dans l'enseignement (articles 2, 10, 15, 16, 41, 47, 48, 49, 64, 94, 1<sup>er</sup>, 95, 1<sup>er</sup>, 100, 107 et 111)**

Entrée en vigueur : 1<sup>er</sup> janvier 2027

Dans l'enseignement, les titulaires d'un graduat ou d'un bachelor d'assistant social ont accès à la fonction d'assistant social auprès de Kaleido, dans les écoles spécialisées et dans l'enseignement à horaire réduit. Pour deux raisons, il est désormais proposé de modifier la dénomination de la fonction d'assistant social en celle de travailleur social (uniquement pour le texte allemand) et d'en ouvrir l'accès aux titulaires d'un bachelor en travail social également. Le terme de « Sozialarbeiter » est la dénomination officielle en allemand du titre protégé par la loi du 12 juin 1945. Outre les études d'assistant social en Belgique, les études de bachelor en travail social en Allemagne sont également populaires et, depuis peu, la haute école autonome propose aussi un bachelor en travail social dont les diplômés peuvent porter le titre d'« assistant social » (ou « Sozialarbeiter » en allemand). La

présente adaptation est donc une correction de texte et vise à préciser les titres requis, de sorte que les titulaires des diplômes susmentionnés aient accès à la fonction d'assistant social.

**L'article 2** (applicable au texte allemand uniquement) remplace la fonction d'assistant social par celle de travailleur social dans l'arrêté royal qui fixe les fonctions pour l'enseignement.

**L'article 10** (applicable au texte allemand uniquement) garantit pour l'enseignement communautaire le transfert des membres du personnel nommés à titre définitif ou désignés à titre temporaire dans la fonction d'assistant social au 31 décembre 2026 dans la fonction de travailleur social comme membres du personnel nommés à titre définitif ou désignés à titre temporaire au 1<sup>er</sup> janvier 2027. Les services prestés jusque-là dans la fonction d'assistant social sont pris en compte pour la fonction de travailleur social.

**Les articles 15 et 16** prévoient, dans l'arrêté relatif aux titres, le bachelor en travail social comme titre requis pour la fonction de surveillant-éducateur d'internat, de coordinateur en pédagogie de soutien dans l'enseignement spécialisé et d'assistant social.

**L'article 41** (applicable au texte allemand uniquement) remplace la fonction d'assistant social par celle de travailleur social dans le décret relatif au capital emplois dans l'enseignement spécialisé.

**Les articles 47, 48 et 49** (applicables au texte allemand uniquement) remplacent la fonction d'assistant social par celle de travailleur social dans l'enseignement à horaire réduit de l'enseignement secondaire ordinaire.

**L'article 64** (applicable au texte allemand uniquement) garantit pour l'enseignement libre subventionné le transfert des membres du personnel engagés à titre définitif ou à titre temporaire dans la fonction d'assistant social au 31 décembre 2026 dans la fonction de travailleur social comme membres du personnel engagés à titre définitif ou à titre temporaire au 1<sup>er</sup> janvier 2027. Les services prestés jusque-là dans la fonction d'assistant social sont pris en compte pour la fonction de travailleur social.

**Les articles 94, 1<sup>er</sup>, 95, 1<sup>er</sup>, 100 et 107** remplacent la fonction d'assistant social par celle de travailleur social auprès de Kaleido (pour le texte allemand uniquement) et prévoient le bachelor en travail social comme titre requis pour cette fonction. **L'article 111** (applicable au texte allemand uniquement) garantit auprès de Kaleido le transfert des membres du personnel nommés à titre définitif ou désignés à titre temporaire dans la fonction d'assistant social au 31 décembre 2026 dans la fonction de travailleur social comme membres du personnel nommés à titre définitif ou désignés à titre temporaire au 1<sup>er</sup> janvier 2027. Les services prestés jusque-là dans la fonction d'assistant social sont pris en compte pour la fonction de travailleur social.

Comme il s'agit d'une nouvelle dénomination de fonction et que de nouveaux diplômes sont prévus, il est proposé de faire entrer en vigueur cette mesure au 1<sup>er</sup> janvier 2027. Ainsi, les nouvelles dispositions pourront être mises en œuvre dans le cadre de la procédure de recrutement pour l'année scolaire 2027-2028.

**10. Adaptation du décret concernant Kaleido aux activités et à l'organisation éprouvées dans la pratique en ce qui concerne le travail de prévention (articles 93, 94, 2<sup>o</sup>, 3<sup>o</sup> et 4<sup>o</sup>, 95, 2<sup>o</sup> et 3<sup>o</sup>, 97, 98, 99, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 110, 112 et 113)**

Entrée en vigueur : 1<sup>er</sup> septembre 2026

Kaleido, le centre pour le développement sain des enfants et des jeunes, a été fondé en 2014 et est issu de sept anciens organismes, à savoir le Service pour l'enfant et la famille (DKF) du Ministère de la Communauté germanophone, trois centres psycho-médico-sociaux (PMS), deux centres de santé de médecine scolaire ainsi qu'une section des services de santé du Ministère (entre autres la promotion de l'hygiène dentaire dans les écoles).

Cette fondation a constitué bien plus qu'une simple fusion de ces organismes dans le sens d'un simple regroupement des missions existantes. Kaleido devait au contraire incarner une nouvelle forme de qualité, un centre allant au-delà de l'addition des organismes qui l'ont précédé. Alors que les missions centrales étaient poursuivies, cette nouvelle structure au niveau communautaire offrait la possibilité de penser et de mettre en œuvre la question du développement sain des enfants et des jeunes de manière plus globale, pluridisciplinaire et cohérente.

Les objectifs et missions de Kaleido ont été clairement définis en ce sens dans la législation de base, à savoir dans le décret spécial du 20 janvier 2014 portant création du centre pour le développement sain des enfants et des jeunes ainsi que dans le décret du 31 mars 2014 relatif au centre pour le développement sain des enfants et des jeunes.

Ainsi qu'il ressort du contenu du titre 3 « Mission et activité du centre » du décret du 31 mars 2014, Kaleido est un organisme dont l'action est axée sur la prévention et non sur les soins. À cet égard, la mission de prévention porte sur tous les niveaux de prévention – universelle, sélective, indiquée – et concerne tous les milieux de vie pertinents des enfants et des jeunes. Cet objectif étendu en matière de stratégie de prévention va au-delà des missions des organismes précédents et représente une valeur ajoutée majeure de la création de Kaleido.

Cet objectif élargi n'a bien entendu pas pu être mis en œuvre immédiatement dès le 1<sup>er</sup> septembre 2014, date de la mise en service du centre. Le regroupement de sept organismes différents, chacun avec sa propre culture, a demandé un travail de mise en commun considérable. Ce n'est qu'après quelques années qu'il a été possible de mettre l'accent sur de nouveaux contenus et de développer des points forts en matière de stratégie.

Cela a notamment été le cas pour le domaine de la prévention universelle. Il s'agit de mesures qui s'adressent à de larges groupes de population (par exemple, tous les élèves ou les parents) et qui ont pour objectif de prévenir certains problèmes dont les comportements violents et les addictions et de renforcer les facteurs de protection et de promotion de la santé. À titre d'exemple peuvent être cités les programmes tels que « Eltern-Kind-Bildung » et « Papilio » ainsi que les initiatives de lutte contre le harcèlement.

Pour pouvoir mener à bien cette mission élargie, Kaleido a été confronté à un manque de personnel. Une restructuration interne aurait sensiblement affecté les missions existantes, comme les visites à domicile après l'accouchement, les examens médicaux ou les entretiens-conseils individuels en cas de problèmes scolaires. Eu égard aux évolutions sociétales telles qu'une augmentation des demandes, une complexité accrue, ou encore les questions d'inclusion et de migration, cette solution n'était pas viable.

C'est pourquoi Kaleido a adressé au Gouvernement en 2017 une demande de moyens supplémentaires liés à des projets. Après examen attentif, il a été répondu favorablement à cette demande, sous la forme d'emplois TCS (travailleurs contractuels subventionnés). Les deux premiers programmes « Papilio 3–6 » (prévention des troubles du comportement et des addictions) ainsi que « Eltern-Kind-Bildung » connaissent un franc succès depuis lors et font partie intégrante du travail de Kaleido. Le domaine de la prévention universelle a été développé progressivement et un propre domaine de coordination en a résulté de façon informelle, lequel porte actuellement le nom de

« Prévention axée sur le développement ». À l'avenir, le nom plus approprié de « Prévention universelle systémique » sera utilisé.

Dans ce contexte, le décret du 31 mars 2014 fait l'objet d'adaptations. Le domaine de coordination informel est introduit dans le décret sur le plan structurel, du contenu et du statut. Cela inclut également la création d'une nouvelle fonction ayant pour dénomination « conseiller en prévention », les profils de fonction existants chez Kaleido n'étant pas adaptés pour ce type de missions. Tant les diplômes d'accès à cette fonction que la mission associée à celle-ci sont fixés par décret.

Les collaborateurs de ce nouveau domaine de coordination sont regroupés avec d'autres collègues travaillant sur l'ensemble du territoire de la Communauté germanophone, actuellement dans le domaine de la promotion de l'hygiène dentaire dans les écoles, pour former un cinquième point de service intitulé le « point de service pour la Belgique de l'Est ». Contrairement aux quatre points de service régionaux situés à Eupen, La Calamine, Saint-Vith et Bullange, ce point de service couvre l'ensemble du territoire de la Communauté germanophone. À la tête de ce nouveau point de service se trouve également une direction du point de service. L'emploi à temps partiel prévu à cette fin provient du capital emplois régulier et ne constitue donc pas une charge supplémentaire pour le budget.

En outre, les deux emplois à temps plein dans le domaine de la prévention universelle, liés à des projets jusqu'à présent, sont inscrits durablement au niveau structurel et transférés dans le capital emplois régulier. Cette mesure n'a pas d'influence sur le budget. Pour assurer une transition sans accroc, des dispositions transitoires correspondantes sont prévues. Les domaines de coordination existants font l'objet d'une nouvelle répartition entre les coordinatrices actuelles; certains collaborateurs sont transférés d'office dans la nouvelle fonction de conseiller en prévention dans un souci de continuité. Cette décision se fonde sur une attestation du directeur dont il ressort que les membres du personnel concernés ont, dans la pratique, déjà assumé dans le passé des missions liées à la prévention axée sur le développement ou à la prévention universelle systémique selon la dénomination actuelle.

**L'article 93** crée le « point de service pour la Belgique de l'Est » en augmentant le nombre de points de service de quatre à cinq.

**L'article 94, 2°, 3° et 4°**, introduit la fonction de conseiller en prévention et les dénominations des fonctions de coordinateur sont adaptées. Le domaine de coordination de la prévention universelle systémique est ainsi créé et le domaine du développement de la petite enfance relève désormais de la compétence du coordinateur pour le domaine « sciences sanitaires ».

**L'article 95, 2° et 3°**, fixe les titres requis pour la fonction de conseiller en prévention. Outre les titres déjà requis chez Kaleido (pour les fonctions d'assistant social, de psychologue, de logopède, etc.), d'autres qualifications issues des domaines des sciences de l'éducation, de la pédagogie et de la formation donneront également accès à cette nouvelle fonction, comme les diplômes obtenus après des études d'enseignant (instituteurs maternels, instituteurs primaires ou professeurs d'école secondaire).

**L'article 97** modifie les dénominations des fonctions de coordinateur. Le domaine de coordination de la prévention universelle systémique est ainsi créé et le domaine du développement de la petite enfance relève désormais de la compétence du coordinateur pour le domaine « sciences sanitaires ».

**Les articles 98 et 110** procèdent à des corrections de texte afin d'apporter des précisions concernant la fonction de coordinateur pour le domaine « développement de la petite enfance et sciences sanitaires ».

**L'article 99** adapte la description de la mission du chef d'antenne qui est également responsable des questions de personnel en plus de la direction de l'antenne sur les plans du contenu et de l'organisation.

**L'article 101** fixe la mission du conseiller en prévention. Cette mission repose principalement sur la conception, la mise en œuvre et l'évaluation de mesures de prévention universelles et coordonnées de manière systémique dans le domaine du développement socio-émotionnel, axées sur les écoles, les familles et la communauté, en adoptant une approche multiplicatrice. Les programmes « Eltern-Kind-Bildung » ou « Papilio » en sont un exemple.

**Les articles 102, 103, 104, 105 et 106** adaptent le capital emplois de Kaleido. **L'article 102** renomme le sous-titre « Personnel directeur et personnel administratif » en « Personnel directeur », étant donné que le contenu de ce sous-titre concernera à l'avenir uniquement l'emploi de directeur et les trois emplois de coordinateur.

Les six emplois de rédacteur mentionnés à l'article 7.3 sont ajoutés aux 48,5 emplois prévus à l'article 7.5, § 1<sup>er</sup>, du titre 2, pour que les emplois existants puissent être utilisés de manière plus flexible. En outre, les deux emplois à temps plein accordés jusqu'à présent sous la forme d'heures TCS ou CEFS (capital emplois à des fins spécifiques) sont ajoutés pour le travail de prévention, de sorte que 56,5 emplois sont disponibles au total, mentionnés à l'article 7.5, § 1<sup>er</sup> (**articles 103 et 105**).

Les deux emplois d'adjoint à la prévention du radicalisme violent sont déplacés du sous-titre 1<sup>er</sup> « Personnel directeur » vers le sous-titre 2 « Autres membres du personnel », puisqu'il ne s'agit pas d'une fonction de direction (**article 104 et article 109**).

**L'article 112** comprend, à des fins de continuité en matière de contenu et d'organisation, des dispositions transitoires concernant le transfert dans la nouvelle fonction de conseiller en prévention des membres du personnel qui effectuaient jusqu'à présent un travail de prévention dans le respect de leurs droits acquis jusque-là. Une attestation du directeur sert de preuve au conseil d'administration. Cela signifie que les membres du personnel qui étaient jusqu'à présent désignés à titre temporaire ou nommés à titre définitif dans une autre fonction auprès de Kaleido et qui ont assumé des missions dans le domaine de la prévention universelle systémique sont transférés dans la nouvelle fonction de conseiller en prévention et désignés à titre temporaire ou nommés à titre définitif dans celle-ci. Le directeur délivre auxdits membres du personnel une attestation qui indique le volume et la durée des activités qu'ils ont exercées concernant le travail de prévention.

**L'article 113** comprend les dispositions transitoires concernant le transfert des coordinateurs actuels dans les fonctions de coordination ayant fait l'objet de nouvelles dénominations dans le respect de leurs droits acquis jusque-là. Ici aussi, dans un souci de continuité, il est procédé au transfert des membres du personnel qui ont déjà assuré la coordination des domaines concernés.

## **11. Adaptation des dispositions concernant l'indemnisation des accompagnateurs de formation dans l'enseignement au nouveau modèle de formation professionnelle pratique au sein de la haute école autonome (articles 84, 85 et 86)**

Entrée en vigueur : 1<sup>er</sup> septembre 2026

Dans le cadre de la réforme de la formation de base des enseignants au sein de la haute école autonome, la formation professionnelle pratique des étudiants dans les cursus « instituteur maternel » et « instituteur primaire » a également été modernisée. Les phases pratiques ont été non seulement étendues mais aussi organisées en semaines complètes. En outre, les phases pratiques ont été adaptées aux domaines de compétences sur la base desquels ont été conçues et développées les études de base pour devenir enseignant, lesquelles ont fait l'objet d'une modernisation et dont la durée a été prolongée. Les changements suivants ont notamment été introduits :

- tous les stages comprennent une organisation des cours active ainsi que des activités;
- le deuxième stage, qui a lieu au cours du quatrième semestre, est effectué en tandem par les étudiants;
- le quatrième stage peut être effectué à l'étranger;
- le sixième stage comprend des périodes de conduite de classe entièrement autonome, qui permettent de dégager du temps libre pour l'accompagnateur de formation, notamment pour les formations continues.

Il convient à présent d'adapter également la rémunération des accompagnateurs de formation à ces nouveautés concernant la structure, l'étendue et les objectifs de la formation professionnelle pratique. Ce renforcement de la partie pratique dans le cadre des études réorganisées entraîne cependant un surcoût considérable en raison de l'indemnisation des accompagnateurs de formation, de la rémunération dans le cadre des laboratoires et du versement des moyens financiers aux écoles. Si les dispositions restaient inchangées, il en résulterait des coûts supplémentaires d'environ 130 000 euros pour l'indemnisation des accompagnateurs de formation et d'environ 32 000 euros pour les moyens financiers versés aux écoles.

Afin de maintenir ces coûts supplémentaires dans des limites acceptables dans le contexte budgétaire actuel, sans trop limiter l'indemnité versée aux accompagnateurs de formation, il est proposé, à titre de compensation, de supprimer la rémunération prévue dans le cadre des laboratoires, c'est-à-dire des activités visant à établir un lien entre théorie et pratique sous la forme de visites dans les écoles, de leçons modèles ou d'activités menées dans les classes et les écoles. Si deux étudiants ou plus sont encadrés en même temps, la rémunération est portée à 6 euros par heure de cours en raison du surcroît de travail, mais n'est pas doublée. Les stages effectués à l'étranger ne sont pas rémunérés.

En outre, jusqu'à présent, non seulement les accompagnateurs de formation recevaient une indemnité pour l'encadrement d'un étudiant dans le cadre de son stage, mais aussi les écoles se voyaient verser des moyens financiers par stagiaire et par semaine de cours complète. Le Gouvernement propose, à titre de compensation, de renoncer également à ces moyens financiers, afin de maintenir dans des limites adaptées le surcoût lié à l'accompagnement de formation dans l'enseignement et de ne pas toucher, dans la mesure du possible, à l'indemnité versée aux accompagnateurs de formation.

**L'article 84** supprime les laboratoires visant à établir un lien entre théorie et pratique de la liste des stages qui donnent droit à une rémunération.

**L'article 85** apporte des précisions à la disposition actuelle concernant la rémunération de quatre euros par heure de cours et établit que l'encadrement simultané de plusieurs étudiants, par exemple dans le cadre du stage en tandem, donne droit à une rémunération plus élevée de six euros par heure de cours au lieu de quatre euros. Les formats de stage sans participation active au cours, tels que les stages d'écoute et les stages d'observation dans le cadre desquels les unités de cours dispensées par des enseignants expérimentés font l'objet d'observations, ne sont pas rémunérés. La rémunération prévue dans le cadre des laboratoires sous la forme de leçons modèles ou d'activités menées dans les classes est supprimée.

**L'article 86** supprime le versement de moyens financiers aux écoles pour les laboratoires sous la forme de visites dans les écoles et pour les semaines de stage complètes d'un étudiant.

## **12. Calcul du capital emplois dans la fonction d'assistant en école fondamentale spécialisée (article 40)**

Entrée en vigueur : 1<sup>er</sup> septembre 2026

Le capital emplois dans la fonction d'assistant en école fondamentale spécialisée est régi par l'article 31ter du décret du 27 juin 1990 fixant la façon de déterminer les fonctions du personnel dans l'enseignement spécialisé. La base de calcul pour les emplois dans cette fonction est le nombre d'élèves au 30 septembre de l'année scolaire concernée. L'article prévoit aussi que le capital emplois est disponible pour l'année scolaire en cours, c'est-à-dire du 1<sup>er</sup> septembre au 30 juin. Toutefois, cela n'est pas réalisable dans la pratique, car le nombre d'élèves au 30 septembre n'est pas connu en début d'année scolaire. Il est donc nécessaire de corriger le texte. Dans la pratique, le capital emplois est déjà accordé pour la période du 1<sup>er</sup> octobre au 30 septembre de l'année scolaire suivante, étant donné que le passage du décret correspondant n'est pas applicable tel quel. La présente mesure vise à procéder à la correction de texte en question.

L'article 40 dispose que le capital emplois dans la fonction d'assistant en école fondamentale spécialisée est disponible du 1<sup>er</sup> octobre au 30 septembre de l'année scolaire suivante en lieu et place de l'année scolaire en cours.

### **13. Fixation du capital périodes dans l'enseignement artistique à horaire réduit (article 91)**

Entrée en vigueur : 1<sup>er</sup> septembre 2026

Le capital périodes global de l'académie de musique est actuellement régi par les articles 68 et 69 du décret du 23 mars 2009 portant organisation de l'enseignement artistique à horaire réduit.

Dès l'entrée en vigueur du décret, l'article 69 prévoyait une dérogation à la clé de calcul fixée par le décret. La dérogation en question consistait à augmenter le capital périodes octroyé à l'académie de musique existante au cours de l'année scolaire précédant ladite entrée en vigueur et à geler ce capital pour une période de quatre ans. Le mode de calcul de 0,5 période par élève, tel que prévu par ledit décret, n'a par conséquent jamais été appliqué. Cette façon de procéder a permis à l'académie de musique de mieux gérer sa planification.

Le capital périodes de l'académie de musique est actuellement gelé jusqu'à la fin de l'année scolaire 2025-2026 et s'élève à 714 périodes par semaine. En appliquant la clé de calcul de 0,5 période par élève fixée par le décret, l'académie de musique aurait eu droit à 664 périodes par semaine sur la base des 1 328 élèves inscrits au 30 septembre 2024 pour l'année scolaire 2024-2025.

Compte tenu de l'augmentation de l'offre de cours et de la demande accrue, il est absolument nécessaire de continuer à geler le capital périodes pour que l'académie de musique puisse maintenir l'offre existante. Le Gouvernement propose donc de maintenir le statu quo et de geler le capital périodes pour une période de cinq ans supplémentaire.

L'article 91 modifie l'article 69 du décret du 23 mars 2009 portant organisation de l'enseignement artistique à horaire réduit et prolonge le gel du capital périodes de l'académie de musique de cinq années scolaires supplémentaires.

### **14. Assouplissement de l'utilisation du capital périodes dans l'enseignement secondaire (articles 38 et 50)**

Entrée en vigueur : 1<sup>er</sup> septembre 2026

Le Gouvernement propose de permettre aux pouvoirs organisateurs d'utiliser à l'avenir le capital emplois et le capital périodes existants de manière plus flexible. Une plus grande marge de manœuvre en matière d'organisation est ainsi offerte aux directions d'établissement pour ce qui est de la répartition de leurs ressources internes, sans devoir mettre à disposition à cette fin des moyens supplémentaires.

Concrètement, cela signifie que les directions d'établissement pourront transformer le capital périodes qu'elles ont obtenu pour le personnel enseignant en d'autres fonctions, si cela répond à un besoin constaté sur le terrain. À titre d'exemple, un emploi d'enseignant peut être transformé en emploi d'éducateur ou en emploi dans le secrétariat. De même, il sera également possible de transformer un emploi dans la fonction de surveillant-éducateur en emploi dans la fonction d'assistant de secrétariat.

Cette mesure permettra au chef d'établissement d'utiliser les ressources existantes en matière de personnel en fonction des besoins et de manière autonome, sans devoir introduire une demande formelle de ressources supplémentaires. La transformation reste neutre sur le plan des coûts, car elle se limite au capital périodes et au capital emplois existants.

De telles transformations sont déjà possibles à l'heure actuelle, mais pas lorsqu'il s'agit de personnel enseignant. La mesure proposée permet par conséquent de compléter de manière équilibrée les règles existantes.

La transformation est soumise à une limite afin d'empêcher que le personnel enseignant ne soit réduit à un niveau qui porte atteinte à la mission de l'école.

**L'article 38** permet aux écoles secondaires de transformer un emploi dans la fonction de surveillant-éducateur et de l'organiser ou de le subventionner dans la fonction d'assistant de secrétariat. En outre, la mise en disponibilité est également explicitement exclue pour les possibilités de transformation déjà existantes d'un emploi dans la fonction de secrétaire de direction en emploi dans la fonction de surveillant-éducateur et d'un emploi dans la fonction de surveillant-éducateur en emploi dans la fonction de professeur-médiathécaire. Par ailleurs, il est prévu qu'il ne soit procédé à la transformation des emplois qu'avec l'accord du comité de concertation de base, du conseil d'entreprise ou du comité spécial de négociation et de concertation et qu'aucune nomination ni aucun engagement à titre définitif ne puissent avoir lieu dans les emplois transformés.

**L'article 50** permet aux pouvoirs organisateurs d'organiser jusqu'à deux emplois à temps plein du personnel enseignant dans une fonction de recrutement relevant de la catégorie du personnel auxiliaire d'éducation ou du personnel administratif. À cet égard, un capital périodes ne peut être transformé s'il est affecté à du personnel soit désigné ou engagé à titre temporaire pour une durée indéterminée soit nommé ou engagé à titre définitif, et la transformation ne peut avoir pour conséquence que des membres du personnel soient mis en disponibilité. En outre, il est prévu qu'il ne soit procédé à la transformation des périodes qu'avec l'accord du comité de concertation de base, du conseil d'entreprise ou du comité spécial de négociation et de concertation et qu'aucune nomination ni aucun engagement à titre définitif ne puissent avoir lieu dans les périodes transformées.

## **15. Assouplissement de l'utilisation du capital périodes pour l'enseignement religieux dans l'enseignement fondamental et l'enseignement secondaire au vu de la pénurie d'enseignants de certaines communautés religieuses (articles 39 et 66)**

Entrée en vigueur : 1<sup>er</sup> septembre 2026



Des difficultés croissantes ont été constatées ces dernières années en ce qui concerne la disponibilité et la mise à disposition d'enseignants pour certains cours de religion et de morale non confessionnelle, notamment dans les écoles où la demande pour certains cours de religion est plus faible ou en cas d'absences non prévues. Les écoles se retrouvent confrontées au fait de ne pouvoir utiliser le capital périodes octroyé pour le cours de religion concerné ou les cours de morale non confessionnelle et de devoir assurer une surveillance des élèves concernés. Pour que les élèves puissent être encadrés de manière adéquate malgré ces pénuries en matière de personnel, une possibilité d'utiliser de manière flexible le capital périodes y afférent, à titre temporaire, est mise en place.

Le Gouvernement propose que, dans le cas précité, le capital périodes pour la religion puisse être utilisé temporairement dans une fonction de recrutement relevant de la catégorie du personnel enseignant et auxiliaire d'éducation. Cette solution permet de maintenir un encadrement adéquat des élèves concernés jusqu'à ce que le pouvoir organisateur désigne ou engage un enseignant pour le cours de religion concerné ou le cours de morale non confessionnelle. Afin de souligner le caractère temporaire de cette mesure et de n'engendrer aucun changement structurel, il est prévu que la désignation ou l'engagement n'ait lieu que pour une durée déterminée et prenne fin d'office dès que le pouvoir organisateur désigne ou engage, sur proposition de l'autorité compétente pour le culte concerné le cas échéant, un enseignant pour le cours de religion concerné ou le cours de morale non confessionnelle, au plus tard toutefois le dernier jour d'école de l'année scolaire concernée.

La règle proposée permet aux écoles de mieux gérer leur planification, respecte en même temps la compétence des communautés religieuses reconnues et observe le principe d'une séparation claire entre l'enseignement religieux et le soutien pédagogique général, sans porter atteinte aux droits des personnes chargées de l'éducation.

**L'article 66** prévoit pour l'enseignement fondamental une dérogation dans le cas où une autorité compétente reconnue pour le culte concerné n'est pas en mesure, à titre temporaire, de mettre à disposition un enseignant pour le cours de religion. Il en va de même pour le cours de morale non confessionnelle. Dans ce cas, le capital périodes prévu à cet effet peut être utilisé, à titre temporaire, pour une fonction de recrutement relevant de la catégorie du personnel enseignant et auxiliaire d'éducation afin d'assurer l'encadrement des élèves. Cette règle s'applique exclusivement jusqu'au moment où le pouvoir organisateur désigne ou engage un enseignant pour le cours de religion concerné ou le cours de morale non confessionnelle.

**L'article 39** prévoit la même règle pour l'enseignement secondaire.

## **16. Mise en place de la possibilité d'affecter un coefficient aux subventions accordées aux établissements d'enseignement dans la limite des crédits budgétaires disponibles (articles 45, 65, 67, 89 et 90)**

Entrée en vigueur : 1<sup>er</sup> juillet 2026

Contrairement à de nombreuses autres compétences de la Communauté germanophone, il n'existe pas à l'heure actuelle, en ce qui concerne le subventionnement des établissements d'enseignement, de possibilité de déroger au mode de calcul fixé par décret pour les subventions de fonctionnement, le subventionnement des surveillances du temps de midi, ainsi que les moyens financiers pour les objectifs pédagogiques et la réduction des frais de scolarité. Dans d'autres domaines, il existe des bases juridiques qui permettent au Gouvernement de déroger si nécessaire au mode de calcul en appliquant un coefficient, et ce, dans la limite des crédits budgétaires disponibles.

Pour être en mesure à l'avenir, en cas de besoin, de pouvoir adapter également les subventions dans l'enseignement dans la limite des crédits budgétaires disponibles, le Gouvernement propose de mettre en place à cette fin les bases décrétales pour les subventions liées au nombre d'élèves et à l'indice.

Le droit des établissements d'enseignement aux subventions est limité, d'une part, par la possibilité pour la Communauté de lier les subventions aux exigences du bien commun, dont celles d'un enseignement de haute qualité et du respect des normes en matière de population scolaire, et d'autre part, par la nécessité de répartir les moyens financiers disponibles entre les différents domaines de compétence de la Communauté. Toutefois, les subventions ne peuvent être réduites au point que la liberté d'enseignement soit limitée de manière disproportionnée et qu'elle n'existe plus qu'en théorie. Les communautés sont tenues de préserver et de garantir la liberté de choix qui est garantie aux personnes chargées de l'éducation par l'article 24 de la Constitution.

L'article 24, § 5, de la Constitution dispose que « [l']organisation, la reconnaissance ou le subventionnement de l'enseignement par la communauté sont réglés par la loi ou le décret. » Le pouvoir décretal doit régler les principaux aspects de l'enseignement en ce qui concerne l'organisation, la reconnaissance et le subventionnement. L'article 24, § 5, n'interdit pas cependant que, dans certaines conditions, le Gouvernement se voie accorder des habilitations lorsque celles-ci portent sur la mise en œuvre des principes que le pouvoir décretal a lui-même fixés. Le pouvoir discrétionnaire conféré au Gouvernement par les dispositions proposées est limité en ce que le coefficient ne peut être inférieur à 0,9. Cela signifie que, sans préjudice de la situation budgétaire, au moins 90 % des subventions auxquelles les écoles ont droit en application des principes de calcul fixés par décret doivent être versées.

La possibilité d'affecter un coefficient à la subvention dans la limite des crédits budgétaires disponibles est prévue à l'**article 45** pour les subventions de fonctionnement en faveur des écoles secondaires de l'enseignement subventionné ainsi que pour le subventionnement des surveillances du temps de midi dans l'enseignement spécialisé, à l'**article 65** pour les subventions de fonctionnement ainsi que pour le subventionnement des surveillances du temps de midi dans les écoles fondamentales de l'enseignement subventionné et à l'**article 67** pour les moyens financiers pour les objectifs pédagogiques et la réduction des frais de scolarité dans l'enseignement fondamental et l'enseignement secondaire ainsi que pour la haute école. **Les articles 89 et 90** introduisent cette possibilité pour la subvention de fonctionnement et la subvention pour la bibliothèque de partitions de l'académie de musique.

## **17. Haute école autonome – Adaptation du capital emplois pour l'évaluation externe (article 80)**

Entrée en vigueur : 1<sup>er</sup> septembre 2026

La répartition actuelle est basée sur le nombre plus élevé d'écoles fondamentales par rapport aux écoles secondaires, ce qui limite cependant les possibilités d'occupation des emplois concernés. Le Gouvernement propose par conséquent de remplacer par une règle plus souple la prescription actuelle fixée par décret, à savoir deux emplois à temps plein dans la fonction d'évaluateur externe provenant de l'enseignement fondamental et un emploi à temps plein dans la fonction d'évaluateur externe provenant de l'enseignement secondaire. Dorénavant, il est simplement prévu qu'au moins un emploi soit occupé par un évaluateur provenant de l'enseignement fondamental et qu'au moins un emploi soit occupé par un évaluateur provenant de l'enseignement secondaire. Cela permet une planification en matière de personnel qui soit adaptée aux besoins et à la pratique. Il est entendu que, sous la responsabilité d'un évaluateur du type d'établissement concerné, des évaluateurs de l'autre type d'établissement peuvent également être occupés.

**L'article 80** dispose que trois emplois à temps plein sont attribués à la haute école pour l'accomplissement de ses missions dans le cadre de l'évaluation externe. À cet égard, il est précisé qu'au moins un de ces emplois sera occupé dans la fonction d'évaluateur externe provenant de l'enseignement fondamental et qu'au moins un autre emploi sera occupé dans la fonction d'évaluateur externe provenant de l'enseignement secondaire.

## **18. Adaptation des modalités de fixation des moyens de fonctionnement du centre pour le développement sain des enfants et des jeunes (articles 108 et 109)**

Entrée en vigueur : 1<sup>er</sup> septembre 2026

D'après la base juridique actuelle, le décret du 31 mars 2014 relatif au centre pour le développement sain des enfants et des jeunes, le centre pour le développement sain des enfants et des jeunes (Kaleido) aurait dû recevoir des moyens de fonctionnement adaptés à l'évolution de l'indice des prix à la consommation à hauteur de 929 887,56 euros pour l'année budgétaire 2025. Or, dans les faits, Kaleido a reçu en 2025 une dotation d'un montant de 1 202 000 euros ainsi qu'une dotation supplémentaire d'un montant de 30 000 euros pour des dépenses d'investissement. La base juridique actuellement en vigueur pour le calcul des moyens de fonctionnement destinés à Kaleido ne correspond donc pas aux fonds effectivement versés.

Kaleido est un organisme d'intérêt public conformément à l'article 87 du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone. Conformément à l'article 90 du même décret, « [...] la dotation des recettes [d'un] organisme d'intérêt public est reprise comme crédit d'ordonnancement dans le budget général des dépenses [...] de l'Administration générale [...] et approuvée par le Parlement [...] ».

Dans ce contexte, le Gouvernement propose de regrouper, dans la mesure du possible, les moyens de fonctionnement destinés à Kaleido en une seule dotation. Cela contribue à la simplification administrative et renforce en même temps l'autonomie institutionnelle de Kaleido, étant donné que le principe de la libre disposition des dotations s'applique.

La nouvelle formulation permet de fixer de manière souple les moyens de fonctionnement et, dans certaines circonstances, d'adapter le montant de la dotation, par exemple pour soutenir de nouveaux projets ou pour réagir aux changements de situation, sans devoir adapter le décret à cette fin. Parallèlement, le contrôle du budget par le Parlement reste assuré, puisque l'approbation finale de la dotation continue à être effectuée chaque année dans le cadre du décret relatif au budget.

**L'article 108** adapte la base de calcul des moyens de fonctionnement destinés au centre.

**L'article 109** précise les modalités de liquidation des moyens de fonctionnement.

## **19. Adaptation des modalités de fixation et correction du mode de calcul des moyens de fonctionnement de la haute école autonome (articles 73, 81 et 82)**

Entrée en vigueur : 1<sup>er</sup> septembre 2026

En appliquant l'article 7.3 du décret du 27 juin 2005 portant création d'une haute école autonome, la haute école autonome aurait dû recevoir des moyens de fonctionnement adaptés à l'évolution de l'indice des prix à la consommation à hauteur de 429 754,46 euros pour l'année budgétaire 2025. Ce montant est composé des éléments suivants :

- 187 601,79 euros de moyens de fonctionnement;
- 188 932,30 euros pour les formations continues;
- 26 610,18 euros pour le projet « Grenzgeschichte »;
- 17 075,51 euros de moyens financiers pour les objectifs pédagogiques.

Or, dans les faits, la haute école autonome a reçu en 2025, en vertu du décret du 12 décembre 2024 contenant le budget des recettes et le budget général des dépenses de la Communauté germanophone pour l'année budgétaire 2025, une dotation à hauteur de 521 000,00 euros ainsi que 17 075,51 euros supplémentaires de moyens financiers pour les objectifs pédagogiques sur la base du décret du 16 décembre 2002.

La base juridique actuellement en vigueur pour le calcul des moyens de fonctionnement destinés à la haute école autonome ne correspond donc pas aux fonds effectivement versés. Le nombre d'étudiants est passé de 160 depuis la création de la haute école autonome au cours de l'année académique 2005-2006 à 322 au cours de l'année académique 2024-2025. Il va de soi que, dans ce contexte, les besoins financiers évoluent. Outre la formation initiale qui ne cesse de se développer, la haute école autonome propose de nombreuses offres, telles que l'organisation d'une offre étendue de formations continues et complémentaires et l'organisation d'évaluations des performances scolaires dans le cadre des enquêtes PISA et VERA. Par exemple en ce qui concerne l'enquête PISA, la haute école autonome s'est vu accorder des moyens supplémentaires à plusieurs reprises au cours des dernières années afin que cette étude puisse être menée auprès des élèves de l'âge concerné dans l'ensemble de la Communauté germanophone plutôt qu'auprès d'un nombre limité de ces élèves.

La haute école autonome est un organisme d'intérêt public conformément à l'article 87 du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone. Conformément à l'article 90 du même décret, « [...] la dotation des recettes [d'un] organisme d'intérêt public est reprise comme crédit d'ordonnancement dans le budget général des dépenses [...] de l'Administration générale [...] et approuvée par le Parlement [...] ».

Dans ce contexte, le Gouvernement propose de regrouper, dans la mesure du possible, les moyens de fonctionnement destinés à la haute école autonome en une seule dotation. Cela contribue à la simplification administrative et renforce en même temps l'autonomie institutionnelle de la haute école autonome, étant donné que le principe de la libre disposition des dotations s'applique. Seuls les moyens financiers pour les objectifs pédagogiques continueront d'être accordés séparément, car ils relèvent d'une base juridique distincte et sont calculés à l'aide du nombre d'étudiants.

La nouvelle formulation permet de fixer de manière souple les moyens de fonctionnement et, dans certaines circonstances, de procéder à des augmentations, par exemple pour soutenir de nouveaux projets, formations continues, formations complémentaires ou formations initiales, sans devoir adapter le décret à cette fin. Parallèlement, le contrôle du budget par le Parlement reste assuré, puisque l'approbation finale de la dotation continue à être effectuée chaque année dans le cadre du décret relatif au budget.

**L'article 73** apporte une précision à la référence à l'article 7.2 du décret du 27 juin 2005 portant création d'une haute école autonome dans l'article 2.11 du même décret.

**L'article 81** adapte la base de calcul des moyens de fonctionnement destinés à la haute école autonome.

**L'article 82** apporte une précision à la référence à l'article 7.2 dans l'article 7.3 du même décret.

## **20. Haute école autonome – Droit au traitement (article 83)**

Entrée en vigueur : 1<sup>er</sup> juillet 2005

La modification consiste en une correction de texte dans le décret relatif à la haute école autonome. Selon le libellé actuel, seuls les membres du personnel qui sont notamment porteurs d'un titre requis ou, le cas échéant, jugé suffisant ont droit à un traitement. Cela exclut toutefois les membres du personnel qui sont ou étaient occupés auprès de la haute école autonome par l'intermédiaire d'une dérogation, bien que le décret, depuis son entrée en vigueur, prévoit explicitement dans son article 5.15 la possibilité d'une occupation sur dérogation et que des membres du personnel aient depuis toujours été occupés auprès de la haute école autonome sur dérogation. En outre, certaines des conditions formulées dans l'article concerné correspondent aux conditions de désignation, par exemple le fait de jouir des droits civils et politiques, de sorte que la présente correction de texte simplifie l'article.

Dans un souci de sécurité juridique pour toutes les personnes occupées auprès de la haute école autonome et leur droit au traitement depuis la création de l'établissement, il est proposé que la correction de texte entre en vigueur avec effet rétroactif, au 1<sup>er</sup> juillet 2005 précisément, date à laquelle est également entré en vigueur le décret du 27 juin 2005 portant création d'une haute école autonome.

**L'article 83** procède à cette modification dans le décret relatif à la haute école autonome.

## **21. Inscription du diplôme de formation de chef d'entreprise comme condition d'admission aux cursus de la haute école autonome (articles 74, 75, 76 et 77)**

Entrée en vigueur : 1<sup>er</sup> septembre 2026

Ces adaptations, proposées à la demande de la haute école autonome, donnent aux personnes qui possèdent un diplôme de formation de chef d'entreprise la possibilité d'accéder aux cursus de bachelor de la haute école autonome. Le diplôme de formation de chef d'entreprise atteste d'une qualification professionnelle qui va bien au-delà d'une formation purement pratique. Les chefs d'entreprise sont responsables du déroulement des opérations au sein de l'entreprise, jouent le rôle de formateur, opèrent des calculs sur le plan économique et développent des solutions créatives pour répondre à des problèmes complexes. Ces compétences correspondent, de par leur étendue, tout à fait à celles qui sont requises pour réussir avec fruit des études de bachelor. Cette mesure valorise non seulement les compétences techniques, méthodologiques et personnelles de ces professionnels, mais envoie aussi un signal fort au niveau de la société, à savoir que les formations académique et professionnelle sont des voies équivalentes qui mènent à la réussite professionnelle et à la participation sociale. En outre, une telle règle peut contribuer à la lutte contre la pénurie de main-d'œuvre qualifiée en ce qu'elle favorise le décroisement, soutient l'apprentissage tout au long de la vie et ouvre aux professionnels qualifiés la voie vers une qualification supplémentaire au niveau académique.

Les autres conditions d'admission, telles que la réussite de la procédure d'admission pour une place d'études dans la section « fonction enseignante », la preuve de la connaissance suffisante de la langue française pour la section « travail social », la preuve de l'absence d'inscription sur l'extrait de casier judiciaire (fonction enseignante, soins infirmiers, travail social) ou la preuve d'un contrat de formation ou de travail dans la discipline d'études concernée pour les sections « comptabilité », « banque », « assurances » et « sciences administratives et gestion publique », sont maintenues.

**L'article 74** ajoute le diplôme de formation de chef d'entreprise à la liste des titres d'études qui donnent accès à la formation initiale dans la section « fonction enseignante ».

**L'article 75** ajoute le diplôme de formation de chef d'entreprise à la liste des titres d'études qui donnent accès à la formation initiale dans la section « soins infirmiers ».

**L'article 76** ajoute le diplôme de formation de chef d'entreprise à la liste des titres d'études qui donnent accès à la formation initiale dans les sections « comptabilité », « banque », « assurances » et « sciences administratives et gestion publique ».

**L'article 77** ajoute le diplôme de formation de chef d'entreprise à la liste des titres d'études qui donnent accès à la formation initiale dans la section « travail social ».

## **22. Haute école autonome – Adaptation de la règle en matière d'absence pour les élèves et les étudiants (article 78)**

Entrée en vigueur : 1<sup>er</sup> septembre 2026

Selon l'article 3.17 du décret du 27 juin 2005 portant création d'une haute école autonome, le règlement d'ordre intérieur de la haute école autonome régit les modalités concernant la fréquentation régulière de l'école et le contrôle des présences. Toutefois, l'article 3.12 du même décret comporte plusieurs dispositions à ce sujet. Il convient ici de souligner que lesdites modalités pour les élèves suivant l'année préparatoire et l'enseignement professionnel secondaire complémentaire diffèrent de celles pour les étudiants suivant un cursus de bachelor.

Selon l'article 3.12, alinéa 2, du décret du 27 juin 2005, les élèves ou étudiants régulièrement inscrits sont tenus de participer à toutes les activités de formation, hormis celles pour lesquelles ils ont obtenu une dispense. Cette obligation ne s'applique pas dans la pratique aux étudiants de bachelor, puisque ces étudiants peuvent être absents dans une proportion définie conformément aux dispositions du règlement d'ordre intérieur de l'école.

L'article 3.12, alinéa 3, du décret du 27 juin 2005 dispose que les élèves sont tenus de motiver leurs absences. Cette obligation ne s'applique pas dans la pratique aux étudiants de bachelor, puisque ces étudiants peuvent être absents sans excuse dans une proportion définie selon les informations indiquées dans les descriptions de cours. Par conséquent, chaque absence ne doit pas être motivée et le chef de département ne doit pas statuer sur l'acceptabilité de la motivation. Le règlement d'ordre intérieur de l'école précise quelles motivations sont acceptables concernant les absences.

L'article 3.12, alinéa 4, du décret du 27 juin 2005 fixe le nombre de demi-jours pendant lesquels les élèves ou étudiants peuvent être absents sans excuse. En cas de dépassement de ce nombre de jours, l'élève ou l'étudiant passe du statut d'élève ou d'étudiant régulièrement inscrit à celui d'élève ou d'étudiant libre. Le nombre de 60 demi-jours, ou de 20 demi-jours dans le cadre du stage, fixé par décret pour les étudiants ne correspond toutefois plus à la réalité, étant donné que les étudiants peuvent être absents sans excuse plus de 60 demi-jours selon les informations indiquées dans les descriptions de cours. En revanche, dans le cadre des laboratoires et des stages ou de l'enseignement clinique pratique, la présence est obligatoire à 100 %. Les absences justifiées par un certificat médical sont considérées comme des absences motivées et ne sont pas déduites du quota de présence à respecter. Dans ce contexte, il n'est pas question de « jours » ou de « demi-jours » dans le cadre des cursus de bachelor, car cette formulation n'est pas pertinente pour ce qui concerne les règles en matière de présence et d'absence définies dans les descriptions de cours.

Étant donné que les règles en matière de présence et d'absence diffèrent pour les élèves et les étudiants et le fait que, conformément à l'article 3.17, le règlement d'ordre intérieur de l'école doit de toute façon comporter des dispositions à cet égard, le Gouvernement propose que les règles relatives

aux absences en ce qui concerne la participation aux cours et les stages soient désormais définies exclusivement dans ledit règlement.

**L'article 78** abroge les alinéas 2, 3 et 4 de l'article 3.12 en ce qui concerne les règles en matière de présence et d'absence qui ne s'appliquent pas dans la pratique aux étudiants de bachelor et précise en lieu et place, par analogie avec l'article 3.17, que les règles en matière de présence et d'absence des élèves et des étudiants sont définies dans le règlement d'ordre intérieur de l'école.

### **23. Équivalence des diplômes étrangers délivrés dans le cadre de la formation dans les classes moyennes (articles 11, 1°, 42, 43, 44 et 87, 6°)**

Entrée en vigueur : 1<sup>er</sup> septembre 2026

En Communauté germanophone, il n'existe pas de base juridique générale permettant d'assimiler les diplômes étrangers délivrés dans le cadre de la formation dans les classes moyennes à un certificat de fin d'apprentissage ou à un diplôme de formation de chef d'entreprise délivré en Communauté germanophone.

Le Gouvernement propose de créer une telle base juridique et d'attribuer à l'IAWM lui-même la compétence de vérifier les diplômes étrangers délivrés dans le cadre de la formation dans les classes moyennes et de les assimiler aux diplômes délivrés en Communauté germanophone. L'IAWM dispose d'un personnel qualifié qui possède les connaissances disciplinaires requises pour assimiler les diplômes étrangers à un certificat de fin d'apprentissage ou à un diplôme de formation de chef d'entreprise.

**L'article 11, 1°**, adapte en conséquence l'arrêté royal du 22 avril 1969, lequel fixe les titres requis.

**L'article 42** introduit un nouveau chapitre III.1 intitulé « Équivalence des diplômes étrangers délivrés dans le cadre de la formation dans les classes moyennes » dans le décret du 16 décembre 1991 relatif à la formation et la formation continue dans les Classes moyennes et les PME.

**L'article 43** introduit l'article 14.1 dans le nouveau chapitre III.1 du décret du 16 décembre 1991. L'article dispose que l'IAWM est compétent pour examiner les demandes d'équivalence d'un diplôme étranger avec un certificat de fin d'apprentissage ou un diplôme de formation de chef d'entreprise délivré en Communauté germanophone et, en cas d'avis favorable, pour reconnaître cette équivalence. L'article prévoit également que l'IAWM peut constater l'équivalence du niveau de formation si aucun certificat de fin d'apprentissage ou diplôme de formation de chef d'entreprise correspondant n'est délivré en Communauté germanophone et si le niveau de la formation achevée à l'étranger correspond au niveau d'une formation en apprentissage ou d'une formation de chef d'entreprise en Communauté germanophone.

Les conditions et la procédure concernant l'équivalence sont fixées par arrêté du Gouvernement, sur avis de l'IAWM.

**L'article 44** introduit l'examen et l'équivalence de diplômes étrangers délivrés dans le cadre de la formation dans les classes moyennes dans l'article 16 du décret du 16 décembre 1991 relatif à la formation et la formation continue dans les Classes moyennes et les PME, article qui décrit les missions de l'IAWM.

**L'article 87, 6°**, ajoute l'équivalence des diplômes étrangers reconnue par l'IAWM dans le décret du 21 avril 2008 portant valorisation du métier d'enseignant, lequel fixe la rémunération selon les diplômes dans les fonctions de recrutement de l'enseignement. À cet égard, il convient de se référer également à la mesure n° 1 « Augmentation des salaires des porteurs du diplôme de formation de chef d'entreprise et des porteurs du certificat de fin d'apprentissage ».

## **24. Adaptation du montant mensuel du soutien à la formation « DuO » (articles 114 et 115)**

Entrée en vigueur : 1<sup>er</sup> juillet 2026

Dans le contexte de la situation financière actuelle et des restrictions budgétaires qui en découlent, le montant mensuel du soutien à la formation « DuO » (« Du und Ostbelgien », « la Belgique de l'Est et toi ») est réduit de 350 euros à 200 euros. Les personnes auxquelles un prêt a déjà été accordé au cours de l'année scolaire 2025-2026 continueront de recevoir un montant mensuel de 350 euros pour poursuivre leur formation ou leurs études déjà entamées, si elles continuent de remplir les conditions fixées par décret. Toutefois, si elles changent de formation ou d'études et qu'elles continuent de remplir les conditions pour bénéficier du soutien à la formation, elles ne recevront que 200 euros par mois. Cela permet d'assurer une égalité de traitement entre toutes les personnes qui commencent une nouvelle formation ou de nouvelles études, tout en garantissant que les personnes qui ont déjà bénéficié du soutien DuO au cours des années scolaires 2023-2026 pourront achever leur formation ou leurs études dans les mêmes conditions en ce qui concerne le soutien à la formation.

**L'article 114** établit que les versements mensuels seront réduits de 350 euros à 200 euros pour tous les nouveaux demandeurs.

**L'article 115** prévoit une disposition transitoire pour les personnes auxquelles un prêt a déjà été accordé au cours des années scolaires 2023-2026. Ces personnes continueront de recevoir un prêt mensuel de 350 euros pour achever leur formation déjà entamée.

## **25. Précisions concernant la chambre de recours pour les élèves (articles 52 et 53)**

Entrée en vigueur : 1<sup>er</sup> septembre 2026

Le département « Formation et Organisation de l'enseignement » du Ministère organise les examens présentés devant le jury d'examen extrascolaire pour l'enseignement secondaire, en exécution du décret du 18 avril 1994 relatif à l'installation d'un jury d'examen de la Communauté germanophone pour l'enseignement secondaire et à l'organisation des examens présentés devant ce jury. Les candidats inscrits peuvent obtenir le certificat d'enseignement secondaire inférieur ou supérieur en réussissant avec fruit les examens. Le jury d'examen statue sur la délivrance des certificats de fin d'études, jury qui se compose des examinateurs et d'un collaborateur du Ministère désigné comme président par arrêté. Si le jury d'examen décide de ne pas délivrer le certificat de fin d'études à un candidat, celui-ci a le droit d'introduire un recours contre cette décision, conformément à l'article 39 du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires et spécialisées. Le président du jury d'examen peut répondre favorablement ou défavorablement au recours, ou le soumettre à nouveau au jury d'examen. En cas de décision négative, le candidat peut s'adresser à la chambre de recours pour les élèves.

Le département « Pédagogie » du Ministère organise le jury d'examen pour la délivrance extrascolaire du certificat d'études de base, en exécution de l'article 20 du décret du 26 avril 1999 relatif à l'enseignement fondamental ordinaire. Le jury d'examen statue sur la délivrance du certificat d'études, jury qui se compose d'au moins quatre membres du personnel directeur et enseignant des écoles fondamentales de la Communauté germanophone, en activité de service ou retraités, d'un collaborateur du département « Pédagogie » du Ministère ainsi que d'un président issu du



département « Pédagogie ». La chambre de recours pour les élèves est également compétente pour statuer sur les recours contre la non-délivrance de ce certificat d'études.

En cas de recours contre des décisions des écoles fondamentales et secondaires de la Communauté germanophone, un représentant du pouvoir organisateur concerné participe également à la séance de la chambre de recours pour les élèves. Pour le jury d'examen, il n'existe pas de pouvoir organisateur classique sous la forme des trois réseaux d'enseignement. L'adaptation du décret proposée permet de préciser que le Gouvernement assume le rôle de pouvoir organisateur pour les jurys d'examen, de sorte qu'il peut désigner un représentant pour la séance concernée de la chambre de recours pour les élèves.

Pour ce qui concerne la forme des recours, le décret prévoit que les recours sont introduits auprès de la chambre de recours par envoi recommandé. L'adaptation du décret proposée permet d'introduire un recours auprès de la chambre de recours contre remise d'un accusé de réception à la réception du Ministère de la Communauté germanophone.

Enfin, il est précisé à l'article 39, § 4, que la direction de l'école peut rouvrir le dossier si la chambre de recours a annulé un renvoi de l'école. Si la chambre de recours constate une erreur de procédure de la part de l'école, cela ne modifie en rien le dossier disciplinaire de l'élève. La direction de l'école peut relancer la procédure d'exclusion de plusieurs jours ou de renvoi de l'école, laquelle est régie à l'article 45 du même décret. En outre, il est précisé qu'un nouveau recours ne peut être introduit auprès de la chambre de recours contre ce nouveau renvoi. Les personnes concernées peuvent dans ce cas introduire une réclamation auprès de la personne chargée de la médiation ou un recours devant le Conseil d'État.

**L'article 52** désigne le Gouvernement comme pouvoir organisateur pour les jurys d'examen extrascolaires pour l'enseignement secondaire et pour la délivrance extrascolaire du certificat d'études de base. C'est pourquoi, à l'avenir, un représentant du Gouvernement pourra participer aux séances de la chambre de recours comme pouvoir organisateur conformément à l'article 38, § 2, 3°, lorsqu'un recours est introduit contre une décision des jurys d'examen précités.

**L'article 53** autorise également l'introduction du recours auprès de la chambre de recours par remise en main propre contre remise d'un accusé de réception, en plus de la procédure habituelle par envoi recommandé. L'article confirme aussi la possibilité pour la direction de l'école de rouvrir un dossier en cas d'annulation du renvoi de l'école par la chambre de recours.

## **26. Adaptation du cadre juridique pour les devoirs à la maison (articles 51, 54, 55, 56 et 57)**

Entrée en vigueur : 1<sup>er</sup> septembre 2026

Le débat autour de la suppression des devoirs à la maison fait appel à de nombreuses questions complexes telles que l'équité en matière d'enseignement, l'égalité des chances et la charge de travail des élèves. De nombreux arguments fondés plaident cependant en faveur du maintien des devoirs à la maison, à la condition qu'ils soient conçus de manière pertinente, différenciée et appropriée. Les devoirs à la maison permettent aux apprenants de consolider les acquis, de travailler de manière autonome et de développer des compétences importantes. Ils favorisent l'ancrage à long terme des connaissances et soutiennent par conséquent les progrès en matière d'apprentissage.

Au lieu de supprimer totalement les devoirs à la maison ou de les faire réaliser exclusivement pendant les cours, l'accent devrait être mis sur le développement ciblé des devoirs à la maison et leur utilisation comme partie intégrante du quotidien scolaire. Des concepts internes à l'école ainsi que des

offres d'encadrement complémentaires qui peuvent être élaborés et organisés sur une base volontaire par les écoles peuvent par exemple contribuer à favoriser l'équité en matière d'enseignement.

Le décret du 26 juin 2023 portant des mesures en matière d'enseignement, de formation et de formation des adultes et visant à lutter contre certaines formes de discrimination - 2023 a fixé des durées maximales pour les devoirs dans l'enseignement primaire et souligne l'importance des accords internes à l'école dans l'enseignement secondaire. Ces mesures permettent d'éviter un surmenage et créent des conditions-cadres claires.

Une critique souvent formulée concernant les devoirs à la maison était jusqu'à présent le manque d'adaptation aux besoins individuels des apprenants. C'est pourquoi les devoirs à la maison doivent être conçus de façon à être réguliers, dosés et différenciés. Cela signifie que le volume et les exigences doivent être adaptés au niveau de compétence et au rythme d'apprentissage des élèves. Un surmenage est ainsi évité, tandis que des incitations à l'apprentissage ciblées sont créées.

En outre, les devoirs à la maison constituent une occasion précieuse de s'exercer à des techniques de travail essentielles telles que la gestion du temps, l'organisation personnelle et l'apprentissage autonome. Ces compétences ne sont pas seulement décisives pour la réussite scolaire, elles préparent aussi à une future carrière professionnelle. Les devoirs à la maison sont particulièrement efficaces lorsqu'ils visent à promouvoir ces compétences et qu'ils ne se limitent pas uniquement à la préparation aux tests.

Eu égard à ces arguments, il est pertinent d'utiliser ce terme de « devoirs à la maison » et de l'inscrire au niveau décentralisé. Alors que les devoirs mettaient l'accent exclusivement sur des temps d'apprentissage encadrés au sein de l'école, les devoirs à la maison permettent une confrontation plus souple et plus individuelle avec les connaissances acquises ou les compétences à acquérir, et ce, en dehors des heures de cours. Ils offrent aux élèves la possibilité d'assumer la responsabilité de leur propre processus d'apprentissage et d'approfondir leurs acquis en suivant leur propre rythme. De plus, le retour aux devoirs à la maison permet de renforcer le lien entre l'école et la maison, étant donné que les parents/personnes chargées de l'éducation ont ainsi l'occasion d'avoir un aperçu de ce qui se passe en classe et de participer au processus d'apprentissage de leurs enfants.

**L'article 51** remplace le terme de « devoirs » dans l'article 4 du décret du 31 août 1998 (décret de base), lequel contient les définitions.

**L'article 54** remplace le terme de « devoirs » dans l'article 40 du décret de base, lequel définit le contenu du règlement d'ordre intérieur de l'école.

**L'article 55** remplace le terme de « devoirs » dans le chapitre VIII, section 1.1, du décret de base.

**L'article 56** remplace le terme de « devoirs » dans l'article 75.2 du décret de base, lequel comprend les principes généraux concernant les devoirs applicables à toutes les écoles primaires et secondaires, et abroge l'alinéa 4 qui dispose que « [d]ans l'enseignement primaire, les devoirs sont organisés en priorité à l'école pendant les heures de cours » et que « [d]ans l'enseignement secondaire, il est possible que les élèves effectuent les devoirs en dehors de l'école ou à l'école en dehors des heures de cours ».

**L'article 57** remplace les termes « devoir » et « devoirs » dans l'article 75.3 du décret de base, lequel fixe les règles concernant les devoirs pour les différentes années d'études dans l'enseignement primaire et secondaire.

## **27. Adaptation de la législation en matière de titres en ce qui concerne les certificats d'études reconnus comme étant équivalents (articles 11, 2°, 19, 22, 26, 30, 87, 7°, et 95, 4°)**

Entrée en vigueur : 1<sup>er</sup> septembre 2024

La législation en matière de titres applicable dans l'enseignement en Communauté germanophone ne prévoit pas de règle explicite en ce qui concerne les certificats d'études délivrés à l'étranger qui ne relèvent pas du champ d'application de la directive 2005/36/CE. La législation en matière de titres ne précise pas si un certificat d'études délivré à l'étranger doit obligatoirement être reconnu comme étant équivalent par la Communauté germanophone ou si les équivalences délivrées en Communauté française ou en Communauté flamande sont également acceptées par la Communauté germanophone. Dans un souci de simplification administrative et pour que les membres du personnel n'aient pas à passer à nouveau par une procédure d'équivalence, le Gouvernement propose que les certificats d'études délivrés à l'étranger soient considérés comme des titres requis ou jugés suffisants s'ils sont accompagnés d'une équivalence ayant été délivrée en Communauté germanophone, française ou flamande.

La mesure proposée s'applique sans préjudice de la règle relative aux certificats d'équivalence et aux reconnaissances qui accompagnent les certificats d'études ayant été délivrés dans un État membre de l'Union européenne en vertu de la directive 2005/36/CE. La directive 2005/36/CE du Parlement européen et du Conseil du 7 septembre 2005 relative à la reconnaissance des qualifications professionnelles « établit les règles selon lesquelles un État membre qui subordonne l'accès à une profession réglementée ou son exercice, sur son territoire, à la possession de qualifications professionnelles déterminées [...] reconnaît, pour l'accès à cette profession et son exercice, les qualifications professionnelles acquises dans un ou plusieurs autres États membres [...] et qui permettent au titulaire desdites qualifications d'y exercer la même profession. »

La mesure proposée devrait entrer en vigueur avec effet rétroactif au 1<sup>er</sup> septembre 2024 afin que les membres du personnel qui possèdent déjà une équivalence délivrée par une autre communauté ne soient pas obligés à nouveau de passer par une procédure d'équivalence en Communauté germanophone et ne subissent aucune perte de salaire.

**L'article 11, 2°**, adapte en conséquence l'arrêté royal du 22 avril 1969, lequel fixe les titres requis.

**L'article 19** adapte en conséquence l'arrêté royal du 25 octobre 1971, lequel fixe les titres requis pour la fonction de maître ou de professeur de religion.

**L'article 22** adapte en conséquence l'arrêté royal du 20 juin 1975, lequel fixe les titres jugés suffisants pour l'enseignement fondamental subventionné.

**L'article 26** adapte en conséquence l'arrêté royal du 30 juillet 1975, lequel fixe les titres jugés suffisants pour les établissements d'enseignement moyen et d'enseignement normal (enseignement officiel subventionné).

**L'article 30** adapte en conséquence l'arrêté royal du 30 juillet 1975, lequel fixe les titres jugés suffisants pour l'enseignement secondaire technique et professionnel subventionné.

**L'article 34** adapte en conséquence l'arrêté royal du 30 juillet 1975, lequel fixe les titres jugés suffisants pour les établissements d'enseignement moyen et d'enseignement normal (enseignement libre subventionné).

**L'article 87, 7°**, adapte le décret du 21 avril 2008 portant valorisation du métier d'enseignant.

**L'article 95, 4°**, adapte le décret du 31 mars 2014 relatif au centre pour le développement sain des enfants et des jeunes.

## **28. Adaptation du régime pécuniaire (article 87, 1° et 2°, et article 88)**

Entrée en vigueur : 1<sup>er</sup> septembre 2026

Jusqu'à présent, tous les membres du personnel porteurs d'un diplôme de master délivré par une haute école ou université reconnue sont classés dans le niveau I. Les diplômes de master peuvent cependant présenter de fortes disparités en ce qui concerne leur volume. Il existe ainsi des cursus de master de 60, 90 ou 120 crédits ECTS.

Dans ce contexte, il est proposé qu'à l'avenir, seuls les porteurs d'un diplôme de master d'au moins 90 crédits ECTS soient classés dans le niveau I. Cette adaptation semble en outre opportune pour prévenir les inégalités de traitement dans le cadre de la réforme de la formation des enseignants. En Communauté germanophone, la durée des études pour devenir instituteur maternel et instituteur primaire est passée à quatre ans au 1<sup>er</sup> septembre 2025. Étant donné qu'à l'issue de ces études, un diplôme de bachelor est délivré (240 crédits ECTS), les futurs diplômés ayant achevé les quatre années d'études seront par conséquent classés dans le niveau II+. En Communauté française, la durée de la formation d'instituteur maternel, d'instituteur primaire et de régent est également passée à quatre ans. Toutefois, à l'issue de ces études, qui comprennent trois années d'études de bachelor (180 crédits ECTS) et une année d'études de master (60 crédits ECTS), un diplôme de master y est délivré. L'adaptation du régime pécuniaire dont il est question ici garantit qu'il n'y aura pas de différence de rémunération entre les diplômés des études d'enseignant en Communauté germanophone et ceux des études d'enseignant en Communauté française.

Une disposition transitoire prévoit que les porteurs d'un diplôme de master de moins de 90 crédits ECTS qui travaillaient déjà dans l'enseignement en Communauté germanophone avant l'entrée en vigueur du nouveau régime et qui avaient été classés dans le niveau I sur la base de leur diplôme continueront dans l'avenir d'être classés dans le niveau I. Ainsi, ils ne subiront aucune perte de salaire en raison du nouveau régime.

**L'article 87, 1° et 2°, et l'article 88** procèdent aux adaptations correspondantes dans le décret du 21 avril 2008 portant valorisation du métier d'enseignant.

Le Ministre de l'Enseignement, de la Formation et de l'Emploi,  
J. FRANSSEN

## AVANT-PROJET DE DÉCRET

### Avant-projet de décret portant des mesures en matière d'enseignement et de formation – 2026

Chapitre 1<sup>er</sup> – Modification de l'arrêté royal du 2 octobre 1968 déterminant et classant les fonctions des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique ainsi que du personnel administratif des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'État et les fonctions des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements

**Article 1<sup>er</sup>** – Dans l'article 6, C., a), de l'arrêté royal du 2 octobre 1968 déterminant et classant les fonctions des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique ainsi que du personnel administratif des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'État et les fonctions des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements, modifié en dernier lieu par le décret du 8 mai 2024, il est inséré un 2.1° rédigé comme suit :

« 2.1° professeur de cours généraux dans l'enseignement secondaire spécialisé; ».

**Art. 2** – Concerne le texte allemand.

Chapitre 2 – Modification de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel de l'enseignement communautaire

**Art. 3** – Dans l'article 16, alinéa 1<sup>er</sup>, 5°, e), de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel de l'enseignement communautaire, inséré par le décret du 11 mai 2009, le chiffre « 10 » est remplacé par le chiffre « 15 ».

**Art. 4** – Dans l'article 39, alinéa 1<sup>er</sup>, 5°, e), du même arrêté royal, inséré par le décret du 11 mai 2009, le chiffre « 10 » est remplacé par le chiffre « 15 ».

**Art. 5** – Dans l'article 91*quintagies*, § 1<sup>er</sup>, alinéa 2, du même arrêté royal, inséré par le décret du 22 juin 2020, les mots « une ou plusieurs personnes dans la fonction de surveillant-éducateur » sont remplacés par les mots « une personne remplissant les conditions mentionnées à l'article 91*quadragiessepties*, alinéa 1<sup>er</sup>, à l'exception du 3° ».

**Art. 6** – Le chapitre XI*bis* du même arrêté royal, inséré par le décret du 25 mai 2009 et modifié en dernier lieu par le décret du 8 mai 2024, est complété par un article 169*tricessexies* rédigé comme suit :

« Art. 169*tricessexies* – Par dérogation à l'article 22, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, l'appel aux candidats à une désignation à titre temporaire dans la fonction de professeur de cours généraux dans l'enseignement secondaire spécialisé pour l'année scolaire 2026-2027 est effectué entre la date d'adoption du décret du [date d'adoption du décret] et le 31 août 2026. »

**Art. 7** – Le même chapitre est complété par un article 169*tricessepties* rédigé comme suit :

« Art. 169*tricessepties* – Sans préjudice de l'article 16 et de l'article 39, il est tenu compte dans la fonction de professeur de cours généraux dans l'enseignement secondaire spécialisé des dérogations

dont a bénéficié un membre du personnel avant le 1<sup>er</sup> septembre 2026 dans la fonction de professeur de cours généraux dans l'enseignement secondaire inférieur spécialisé. »

**Art. 8** – Le même chapitre est complété par un article 169*duodequadragies* rédigé comme suit :

« Art. 169*duodequadragies* – Pour le calcul de l'ancienneté de fonction mentionnée à l'article 17 et à l'article 39, il est également tenu compte dans la fonction de professeur de cours généraux dans l'enseignement secondaire spécialisé des jours de service que le membre du personnel a prestés avant le 1<sup>er</sup> septembre 2026 dans la fonction de professeur de cours généraux dans l'enseignement secondaire inférieur spécialisé. »

**Art. 9** – Le même chapitre est complété par un article 169*undequadragies* rédigé comme suit :

« Art. 169*undequadragies* – Pour les membres du personnel qui, au 31 décembre 2026, sont nommés à titre définitif, désignés pour une durée indéterminée ou désignés pour une durée indéterminée dès l'entrée en service dans une fonction de la catégorie du personnel enseignant dans l'enseignement spécialisé, la disposition mentionnée à l'article 16, alinéa 1<sup>er</sup>, 5°, e), et à l'article 39, alinéa 1<sup>er</sup>, 5°, e), est réputée remplie si lesdits membres disposent d'un titre sanctionnant une formation complémentaire d'au moins 10 points ECTS en pédagogie de soutien, pédagogie curative ou orthopédagogie délivré par un établissement d'enseignement supérieur de la Communauté germanophone ou d'un ou plusieurs titres reconnus équivalents par le Gouvernement. »

**Art. 10** – Le même chapitre est complété par un article 169*quadragies* rédigé comme suit :

« Art. 169*quadragies* – Concerne le texte allemand.

Pour le calcul de l'ancienneté de fonction, les services que le membre du personnel désigné ou nommé au 1<sup>er</sup> janvier 2027 dans la fonction de travailleur social a prestés avant cette date dans la fonction d'assistant social sont pris en compte comme s'ils avaient été prestés dans la fonction de travailleur social. »

Chapitre 3 – Modification de l'arrêté royal du 22 avril 1969 fixant les titres requis des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique ainsi que du personnel administratif des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'État et des internats dépendant de ces établissements

**Art. 11** – Dans l'article 3 de l'arrêté royal du 22 avril 1969 fixant les titres requis des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique ainsi que du personnel administratif des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'État et des internats dépendant de ces établissements, modifié en dernier lieu par le décret du 25 mai 2009, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 2, les mots « ou le certificat de fin d'apprentissage » sont insérés entre les mots « Le certificat de patronat » et les mots « doit », et les mots « être reconnu équivalent par le Gouvernement » sont remplacés par les mots « avoir été assimilé par l'Institut pour la formation et la formation continue dans les Classes moyennes et les P.M.E »;

2° l'article est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Sans préjudice de l'alinéa 5, les certificats d'études délivrés à l'étranger sont considérés comme des titres requis s'ils sont accompagnés d'une équivalence ayant été délivrée en Communauté germanophone, française ou flamande. »

**Art. 12** – Dans le chapitre I<sup>er</sup> du même arrêté royal, modifié en dernier lieu par le décret du 28 juin 2021, il est inséré un article 5.1 rédigé comme suit :

« Art. 5.1 – Pour l'application des chapitres II, II*bis*, II*ter* et III,

1° le diplôme belge intitulé “Master en enseignement section 1” correspond au diplôme d’instituteur maternel;

2° le diplôme belge intitulé “Master en enseignement section 2” correspond au diplôme d’instituteur primaire;

3° le diplôme belge intitulé “Master en enseignement section 3” correspond au diplôme d’agrégé de l’enseignement secondaire inférieur;

4° le diplôme belge intitulé “Master en enseignement section 4” correspond au diplôme d’agrégé de l’enseignement secondaire supérieur;

5° le diplôme belge intitulé “Master en enseignement section 5” correspond au diplôme d’agrégé de l’enseignement secondaire supérieur. »

**Art. 13** – Dans l’article 8 du même arrêté royal, modifié en dernier lieu par le décret du 8 mai 2024, il est inséré un 1.2° rédigé comme suit :

« 1.2° professeur de cours généraux dans l’enseignement secondaire spécialisé :

a) le diplôme d’agrégé de l’enseignement secondaire inférieur (toute orientation), complété par le titre mentionné à l’article 12.1;

b) le diplôme d’instituteur primaire, complété par le titre mentionné à l’article 12.1. »

**Art. 14** – Dans l’article 12.1 du même arrêté royal, inséré par le décret du 11 mai 2009, le chiffre « 10 » est remplacé par le chiffre « 15 ».

**Art. 15** – Dans l’article 14 du même arrêté royal, modifié en dernier lieu par le décret du 30 juin 2025, les modifications suivantes sont apportées :

1° au 2°, j), le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule, et le 2° est complété par un k) rédigé comme suit :

« k) un graduat ou bachelor en travail social. »;

2° au 9°, il est inséré un 9.1.1.12° rédigé comme suit :

« 9.1.1.12° graduat ou bachelor en travail social; ».

**Art. 16** – Dans l’article 15.1 du même arrêté royal, modifié par le décret du 11 mai 2009, le 2° est remplacé par ce qui suit :

« 2° assistant social :

a) graduat ou bachelor d’assistant social;

b) graduat ou bachelor en travail social. »

**Art. 17** – Dans le chapitre V du même arrêté royal, modifié en dernier lieu par le décret du 8 mai 2024, il est inséré un article 17.5 rédigé comme suit :

« Art. 17.5 – Pour les membres du personnel qui, au 31 décembre 2026, sont nommés à titre définitif, désignés pour une durée indéterminée ou désignés pour une durée indéterminée dès l’entrée en service dans une fonction de la catégorie du personnel enseignant dans l’enseignement spécialisé, la disposition mentionnée à l’article 12.1 est réputée remplie si lesdits membres complètent le titre requis pour la fonction exercée par un titre sanctionnant une formation complémentaire d’au moins 10 points ECTS en pédagogie de soutien, pédagogie curative ou orthopédagogie délivré par un établissement d’enseignement supérieur de la Communauté germanophone ou par un ou plusieurs titres reconnus équivalents par le Gouvernement. »

Chapitre 4 – Modification de l’arrêté royal du 25 octobre 1971 fixant le statut des maîtres de religion, des professeurs de religion et des inspecteurs des religions catholique, protestante, israélite, orthodoxe, islamique et anglicane dans les établissements d’enseignement de la Communauté germanophone

**Art. 18** – L'article 3 de l'arrêté royal du 25 octobre 1971 fixant le statut des maîtres de religion, des professeurs de religion et des inspecteurs des religions catholique, protestante, israélite, orthodoxe, islamique et anglicane dans les établissements d'enseignement de la Communauté germanophone, remplacé par le décret du 26 juin 2006, est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Pour exercer les fonctions dans l'enseignement spécialisé, les titres requis mentionnés en annexe du présent arrêté doivent être complétés par un titre sanctionnant une formation complémentaire en pédagogie de soutien, pédagogie curative ou orthopédagogie délivré par un établissement d'enseignement supérieur de la Communauté germanophone ou par un ou plusieurs titres reconnus équivalents par le Gouvernement. Cette formation complémentaire d'au moins 15 points ECTS comprend la matière "diagnostic du soutien nécessaire" ainsi que des matières dans le domaine des méthodes de pédagogie de soutien et de didactique de soutien. »

**Art. 19** – Dans l'article 4, § 1<sup>er</sup>, du même arrêté royal, modifié en dernier lieu par le décret du 26 juin 2017, un alinéa rédigé comme suit est inséré entre l'alinéa 2 et l'alinéa 3, qui devient l'alinéa 4 :

« Sans préjudice de l'alinéa 2, les certificats d'études délivrés à l'étranger sont considérés comme des titres requis s'ils sont accompagnés d'une équivalence ayant été délivrée en Communauté germanophone, française ou flamande. »

**Art. 20** – Dans le chapitre *Xbis* du même arrêté royal, inséré par le décret du 25 mai 2009 et modifié en dernier lieu par le décret du 5 mai 2014, il est inséré un article 49.4 rédigé comme suit :

« Art. 49.4 – Pour l'application du présent arrêté,

1° le diplôme belge intitulé "Master en enseignement section 1" correspond au diplôme d'instituteur maternel;

2° le diplôme belge intitulé "Master en enseignement section 2" correspond au diplôme d'instituteur primaire;

3° le diplôme belge intitulé "Master en enseignement section 3" correspond au diplôme d'agrégé de l'enseignement secondaire inférieur;

4° le diplôme belge intitulé "Master en enseignement section 4" correspond au diplôme d'agrégé de l'enseignement secondaire supérieur;

5° le diplôme belge intitulé "Master en enseignement section 5" correspond au diplôme d'agrégé de l'enseignement secondaire supérieur. »

**Art. 21** – Dans le chapitre *Xbis* du même arrêté royal, inséré par le décret du 25 mai 2009 et modifié en dernier lieu par le décret du 5 mai 2014, il est inséré un article 49.5 rédigé comme suit :

« Art. 49.5 – Pour les membres du personnel qui, au 31 décembre 2026, sont nommés à titre définitif, désignés pour une durée indéterminée ou désignés pour une durée indéterminée dès l'entrée en service dans une fonction de la catégorie du personnel enseignant dans l'enseignement spécialisé, la disposition mentionnée à l'article 3, alinéa 2, est réputée remplie si lesdits membres disposent d'un titre sanctionnant une formation complémentaire d'au moins 10 points ECTS en pédagogie de soutien, pédagogie curative ou orthopédagogie délivré par un établissement d'enseignement supérieur de la Communauté germanophone ou d'un ou plusieurs titres reconnus équivalents par le Gouvernement. »

Chapitre 5 – Modification de l'arrêté royal du 20 juin 1975 relatif aux titres suffisants dans l'enseignement gardien et primaire

**Art. 22** – L'article 3 de l'arrêté royal du 20 juin 1975 relatif aux titres suffisants dans l'enseignement gardien et primaire, modifié par les décrets des 26 juin 2017 et 25 mai 2009, est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Sans préjudice de l'alinéa 2, les certificats d'études délivrés à l'étranger sont considérés comme des titres jugés suffisants s'ils sont accompagnés d'une équivalence ayant été délivrée en Communauté germanophone, française ou flamande. »



**Art. 23** – Le chapitre I<sup>er</sup> du même arrêté royal, modifié en dernier lieu par le décret du 26 juin 2017, est complété par un article 10.1 rédigé comme suit :

« Art. 10.1 – Pour l’application du présent arrêté,

1° le diplôme belge intitulé “Master en enseignement section 1” correspond au diplôme d’instituteur maternel;

2° le diplôme belge intitulé “Master en enseignement section 2” correspond au diplôme d’instituteur primaire;

3° le diplôme belge intitulé “Master en enseignement section 3” correspond au diplôme d’agrégé de l’enseignement secondaire inférieur;

4° le diplôme belge intitulé “Master en enseignement section 4” correspond au diplôme d’agrégé de l’enseignement secondaire supérieur;

5° le diplôme belge intitulé “Master en enseignement section 5” correspond au diplôme d’agrégé de l’enseignement secondaire supérieur. »

**Art. 24** – Dans l’article 11, alinéa 2, du même arrêté royal, inséré par le décret du 11 mai 2009, le chiffre « 10 » est remplacé par le chiffre « 15 ».

**Art. 25** – Dans le chapitre III, section 1<sup>re</sup>, du même arrêté royal, il est inséré un article 14.1 rédigé comme suit :

« Art. 14.1 – Pour les membres du personnel qui, au 31 décembre 2026, sont nommés ou engagés à titre définitif, désignés ou engagés pour une durée indéterminée ou désignés ou engagés pour une durée indéterminée dès l’entrée en service dans une fonction de la catégorie du personnel enseignant dans l’enseignement spécialisé, la disposition mentionnée à l’article 11, alinéa 2, est réputée remplie si lesdits membres complètent le titre jugé suffisant pour la fonction exercée par un titre sanctionnant une formation complémentaire d’au moins 10 points ECTS en pédagogie de soutien, pédagogie curative ou orthopédagogie délivré par un établissement d’enseignement supérieur de la Communauté germanophone, ou par un ou plusieurs titres reconnus équivalents par le Gouvernement. »

Chapitre 6 – Modification de l’arrêté royal du 30 juillet 1975 relatif aux titres jugés suffisants dans les établissements subventionnés d’enseignement technique et d’enseignement professionnel secondaire de plein exercice et de promotion sociale

**Art. 26** – Dans l’article 3 de l’arrêté royal du 30 juillet 1975 relatif aux titres jugés suffisants dans les établissements subventionnés d’enseignement technique et d’enseignement professionnel secondaire de plein exercice et de promotion sociale, le § 3, inséré par le décret du 25 mai 2009 et modifié par le décret du 26 juin 2017, est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Sans préjudice de l’alinéa 1<sup>er</sup>, les certificats d’études délivrés à l’étranger sont considérés comme des titres jugés suffisants s’ils sont accompagnés d’une équivalence ayant été délivrée en Communauté germanophone, française ou flamande. »

**Art. 27** – Le chapitre I<sup>er</sup> du même arrêté royal, modifié en dernier lieu par le décret du 26 juin 2017, est complété par un article 10.1 rédigé comme suit :

« Art. 10.1 – Pour l’application du présent arrêté,

1° le diplôme belge intitulé “Master en enseignement section 1” correspond au diplôme d’instituteur maternel;

2° le diplôme belge intitulé “Master en enseignement section 2” correspond au diplôme d’instituteur primaire;

3° le diplôme belge intitulé “Master en enseignement section 3” correspond au diplôme d’agrégé de l’enseignement secondaire inférieur;

4° le diplôme belge intitulé “Master en enseignement section 4” correspond au diplôme d’agrégé de l’enseignement secondaire supérieur;

5° le diplôme belge intitulé “Master en enseignement section 5” correspond au diplôme d’agrégé de l’enseignement secondaire supérieur. »

**Art. 28** – Dans l’article 11, D., 7°, du même arrêté royal, inséré par le décret du 11 mai 2009, le chiffre « 10 » est remplacé par le chiffre « 15 ».

**Art. 29** – Dans le chapitre III, A., section 1<sup>re</sup>, du même arrêté royal, il est inséré un article 14.1 rédigé comme suit :

« Art. 14.1 – Pour les membres du personnel qui, au 31 décembre 2026, sont nommés ou engagés à titre définitif, désignés ou engagés pour une durée indéterminée ou désignés ou engagés pour une durée indéterminée dès l’entrée en service dans une fonction de la catégorie du personnel enseignant dans l’enseignement spécialisé, la disposition mentionnée à l’article 11, D., 7°, est réputée remplie si lesdits membres complètent le titre jugé suffisant pour la fonction exercée par un titre sanctionnant une formation complémentaire d’au moins 10 points ECTS en pédagogie de soutien, pédagogie curative ou orthopédagogie délivré par un établissement d’enseignement supérieur de la Communauté germanophone, ou par un ou plusieurs titres reconnus équivalents par le Gouvernement. »

Chapitre 7- Modification de l’arrêté royal du 30 juillet 1975 relatif aux titres jugés suffisants dans l’enseignement secondaire dispensé dans les établissements libres d’enseignement moyen ou d’enseignement normal subventionnés, y compris l’année postsecondaire psychopédagogique

**Art. 30** – Dans l’article 3 de l’arrêté royal du 30 juillet 1975 relatif aux titres jugés suffisants dans l’enseignement secondaire dispensé dans les établissements libres d’enseignement moyen ou d’enseignement normal subventionnés, y compris l’année postsecondaire psychopédagogique, le § 3, inséré par le décret du 25 mai 2009 et modifié par le décret du 26 juin 2017, est complété par un alinéa 2 rédigé comme suit :

« Sans préjudice de l’alinéa 1<sup>er</sup>, les certificats d’études délivrés à l’étranger sont considérés comme des titres jugés suffisants s’ils sont accompagnés d’une équivalence ayant été délivrée en Communauté germanophone, française ou flamande. »

**Art. 31** – Le chapitre I<sup>er</sup> du même arrêté royal, modifié en dernier lieu par le décret du 26 juin 2017, est complété par un article 10.1 rédigé comme suit :

« Art. 10.1 – Pour l’application du présent arrêté,

1° le diplôme belge intitulé “Master en enseignement section 1” correspond au diplôme d’instituteur maternel;

2° le diplôme belge intitulé “Master en enseignement section 2” correspond au diplôme d’instituteur primaire;

3° le diplôme belge intitulé “Master en enseignement section 3” correspond au diplôme d’agrégé de l’enseignement secondaire inférieur;

4° le diplôme belge intitulé “Master en enseignement section 4” correspond au diplôme d’agrégé de l’enseignement secondaire supérieur;

5° le diplôme belge intitulé “Master en enseignement section 5” correspond au diplôme d’agrégé de l’enseignement secondaire supérieur. »

**Art. 32** – Dans l’article 11, D., d), du même arrêté royal, inséré par le décret du 11 mai 2009, le chiffre « 10 » est remplacé par le chiffre « 15 ».

**Art. 33** – Dans le chapitre III, A., du même arrêté royal, il est inséré un article 14.1 rédigé comme suit :

« Art. 14.1 – Pour les membres du personnel qui, au 31 décembre 2026, sont nommés ou engagés à titre définitif, désignés ou engagés pour une durée indéterminée ou désignés ou engagés pour une durée indéterminée dès l’entrée en service dans une fonction de la catégorie du personnel enseignant

dans l'enseignement spécialisé, la disposition mentionnée à l'article 11, D., d), est réputée remplie si lesdits membres complètent le titre jugé suffisant pour la fonction exercée par un titre sanctionnant une formation complémentaire d'au moins 10 points ECTS en pédagogie de soutien, pédagogie curative ou orthopédagogie délivré par un établissement d'enseignement supérieur de la Communauté germanophone, ou par un ou plusieurs titres reconnus équivalents par le Gouvernement. »

Chapitre 8 – Modification de l'arrêté royal du 30 juillet 1975 relatif aux titres jugés suffisants dans l'enseignement secondaire dispensé dans les établissements d'enseignement moyen ou d'enseignement normal officiels subventionnés

**Art. 34** – Dans l'article 3 de l'arrêté royal du 30 juillet 1975 relatif aux titres jugés suffisants dans l'enseignement secondaire dispensé dans les établissements d'enseignement moyen ou d'enseignement normal officiels subventionnés, le § 3, inséré par le décret du 25 mai 2009 et modifié par le décret du 26 juin 2017, est complété par un alinéa 2 rédigé comme suit :

« Sans préjudice de l'alinéa 1<sup>er</sup>, les certificats d'études délivrés à l'étranger sont considérés comme des titres jugés suffisants s'ils sont accompagnés d'une équivalence ayant été délivrée en Communauté germanophone, française ou flamande. »

**Art. 35** – Le chapitre I<sup>er</sup> du même arrêté royal, modifié en dernier lieu par le décret du 26 juin 2017, est complété par un article 10.1 rédigé comme suit :

« Art. 10.1 – Pour l'application du présent arrêté,

1° le diplôme belge intitulé "Master en enseignement section 1" correspond au diplôme d'instituteur maternel;

2° le diplôme belge intitulé "Master en enseignement section 2" correspond au diplôme d'instituteur primaire;

3° le diplôme belge intitulé "Master en enseignement section 3" correspond au diplôme d'agrégé de l'enseignement secondaire inférieur;

4° le diplôme belge intitulé "Master en enseignement section 4" correspond au diplôme d'agrégé de l'enseignement secondaire supérieur;

5° le diplôme belge intitulé "Master en enseignement section 5" correspond au diplôme d'agrégé de l'enseignement secondaire supérieur. »

**Art. 36** – Dans l'article 11, D., d), du même arrêté royal, inséré par le décret du 11 mai 2009, le chiffre « 10 » est remplacé par le chiffre « 15 ».

**Art. 37** – Dans le chapitre III, A., section 1<sup>re</sup>, du même arrêté royal, il est inséré un article 14.1 rédigé comme suit :

« Art. 14.1 – Pour les membres du personnel qui, au 31 décembre 2026, sont nommés ou engagés à titre définitif, désignés ou engagés pour une durée indéterminée ou désignés ou engagés pour une durée indéterminée dès l'entrée en service dans une fonction de la catégorie du personnel enseignant dans l'enseignement spécialisé, la disposition mentionnée à l'article 11, D., d), est réputée remplie si lesdits membres complètent le titre jugé suffisant pour la fonction exercée par un titre sanctionnant une formation complémentaire d'au moins 10 points ECTS en pédagogie de soutien, pédagogie curative ou orthopédagogie délivré par un établissement d'enseignement supérieur de la Communauté germanophone, ou par un ou plusieurs titres reconnus équivalents par le Gouvernement. »

Chapitre 9 – Modification de l'arrêté royal du 15 avril 1977 fixant les règles et les conditions de calcul du nombre d'emplois dans certaines fonctions du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel sociopsychologique et du personnel administratif des établissements d'enseignement secondaire et d'enseignement supérieur, à l'exception de l'enseignement universitaire

**Art. 38** – Dans l'article 3, § 1<sup>er</sup>, de l'arrêté royal du 15 avril 1977 fixant les règles et les conditions de calcul du nombre d'emplois dans certaines fonctions du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel sociopsychologique et du personnel administratif des établissements d'enseignement secondaire et d'enseignement supérieur, à l'exception de l'enseignement universitaire, remplacé par le décret du 26 septembre 1998 et modifié en dernier lieu par le décret du 15 décembre 2022, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 2, la phrase « Cette transformation ne peut entraîner de mise en disponibilité par défaut d'emploi. » est abrogée;

2° entre l'alinéa 4 et l'alinéa 5, qui devient l'alinéa 7, sont insérés deux nouveaux alinéas rédigés comme suit :

« Un emploi dans la fonction de surveillant-éducateur peut être transformé et organisé ou subventionné dans la fonction d'assistant de secrétariat.

Les transformations mentionnées aux alinéas 2 à 5 sont effectuées en accord avec le comité de concertation de base, le conseil d'entreprise ou le comité spécial de négociation et de concertation, et celles-ci ne peuvent entraîner de mise en disponibilité par défaut d'emploi. Aucune nomination ni aucun engagement à titre définitif ne peuvent avoir lieu dans les emplois transformés conformément aux alinéas 2 à 5. »

Chapitre 10 – Modification du décret du 5 juin 1990 fixant le nombre de périodes-professeur pour l'enseignement secondaire de plein exercice de type I

**Art. 39** – L'article 8 du décret du 5 juin 1990 fixant le nombre de périodes-professeur pour l'enseignement secondaire de plein exercice de type I, modifié en dernier lieu par le décret du 28 juin 2021, est complété par un § 3.1 rédigé comme suit :

« § 3.1 – Si un cours de religion ou de morale non confessionnelle n'est pas organisé en raison d'une pénurie d'enseignants, le pouvoir organisateur peut désigner ou, selon le cas, engager à titre temporaire un remplaçant dans le cadre du capital périodes non utilisé, calculé conformément aux §§ 1<sup>er</sup> à 2.1, afin d'encadrer temporairement les élèves concernés.

Aux fins du recours à l'alinéa 1<sup>er</sup>, les conditions suivantes s'appliquent :

1° la règle mentionnée à l'alinéa 1<sup>er</sup> figure dans le règlement d'ordre intérieur de l'école concernée;

2° le pouvoir organisateur confirme la pénurie d'enseignants au Gouvernement par écrit et indique le cours de religion ou de morale non confessionnelle qui ne peut pas être organisé, et il en informe également l'autorité compétente pour le culte concerné par écrit;

3° le Gouvernement a été informé par écrit du recours à l'alinéa 1<sup>er</sup> et a reçu les communications mentionnées au 2°;

4° la désignation ou, selon le cas, l'engagement à titre temporaire du remplaçant s'effectue dans une fonction de recrutement de la catégorie du personnel enseignant et auxiliaire d'éducation et prend fin d'office dès lors que le pouvoir organisateur désigne ou, selon le cas, engage un enseignant pour le cours de religion concerné ou le cours de morale non confessionnelle, au plus tard toutefois le dernier jour d'école de l'année scolaire concernée.

Le pouvoir organisateur informe les personnes chargées de l'éducation des élèves concernés par écrit qu'il a été fait recours à l'alinéa 1<sup>er</sup>. »

Chapitre 11 – Modification du décret du 27 juin 1990 fixant la façon de déterminer les fonctions du personnel dans l'enseignement spécialisé

**Art. 40** – Dans l'article 31<sup>ter</sup>, § 1<sup>er</sup>, alinéa 2, du décret du 27 juin 1990 fixant la façon de déterminer les fonctions du personnel dans l'enseignement spécialisé, inséré par le décret du 11 mai 2009, abrogé

par le décret du 26 juin 2017 et rétabli par le décret du 27 juin 2022, les mots « pour l'année scolaire en cours » sont remplacés par les mots « du 1<sup>er</sup> octobre au 30 septembre de l'année scolaire suivante ».

**Art. 41** – Concerne le texte allemand.

Chapitre 12 – Modification du décret du 16 décembre 1991 relatif à la formation et la formation continue dans les Classes moyennes et les PME

**Art. 42** – Dans le décret du 16 décembre 1991 relatif à la formation et la formation continue dans les Classes moyennes et les PME, modifié en dernier lieu par le décret du 30 juin 2025, il est inséré un chapitre III.1, comportant l'article 14.1, intitulé comme suit :

« Chapitre III.1 – Équivalence des diplômes étrangers délivrés dans le cadre de la formation dans les classes moyennes ».

**Art. 43** – Dans le chapitre III.1 du même décret, il est inséré un article 14.1 rédigé comme suit :

« Art. 14.1 – Sur demande de l'intéressé(e), l'Institut examine l'équivalence d'un diplôme étranger avec un certificat de fin d'apprentissage ou un certificat de fin de formation de futur chef d'entreprise délivré en Communauté germanophone et, en cas d'évaluation positive, constate l'équivalence du diplôme étranger avec un certificat de fin d'apprentissage ou un certificat de fin de formation de futur chef d'entreprise délivré en Communauté germanophone. Si aucun certificat de fin d'apprentissage ou certificat de fin de formation de futur chef d'entreprise équivalent n'est délivré en Communauté germanophone, l'Institut peut constater l'équivalence du niveau de formation si le niveau de la formation achevée à l'étranger correspond au niveau d'une formation en apprentissage ou d'une formation de futur chef d'entreprise en Communauté germanophone.

Après avis de l'Institut, le Gouvernement définit les conditions et la procédure d'équivalence des diplômes étrangers. »

**Art. 44** – Dans l'article 16, alinéa 1<sup>er</sup>, du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 30 juin 2025, les modifications suivantes sont apportées :

1° au 19°, le point à la fin de la dernière phrase est remplacé par un point-virgule;

2° l'article est complété par un 20° rédigé comme suit :

« 20° procéder à l'examen et à l'équivalence des diplômes étrangers dans le cadre de la formation dans les classes moyennes. »

Chapitre 13 – Modification du décret du 18 avril 1994 fixant le montant des subventions de fonctionnement pour l'enseignement subventionné

**Art. 45** – L'article 7 du décret du 18 avril 1994 fixant le montant des subventions de fonctionnement pour l'enseignement subventionné, remplacé par le décret du 7 janvier 2002, est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« À des fins d'adaptation aux crédits budgétaires disponibles, le Gouvernement peut multiplier les différents montants des subventions fixées dans le présent décret par divers coefficients, ceux-ci ne pouvant être inférieurs à 0,9. »

Chapitre 14 – Modification de l'arrêté du Gouvernement du 9 novembre 1994 relatif à l'interruption de la carrière professionnelle dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux

**Art. 46** – À l'article 12 de l'arrêté du Gouvernement du 9 novembre 1994 relatif à l'interruption de la carrière professionnelle dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux, modifié en dernier lieu par le décret du 30 juin 2025, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1<sup>er</sup>, les mots « aux allocations » sont remplacés par les mots « à une interruption de la carrière professionnelle »;

2° dans l'alinéa 2, les mots « du refus de l'allocation » sont remplacés par les mots « du refus du droit à l'interruption de la carrière professionnelle »;

3° dans l'alinéa 3, les mots « à l'allocation d'interruption de carrière » sont remplacés par les mots « à une interruption de la carrière professionnelle », et les mots « du refus de l'allocation » sont remplacés par les mots « du refus du droit à l'interruption de la carrière professionnelle ».

Chapitre 15 – Modification du décret du 25 juin 1996 relatif à l'organisation d'un enseignement à horaire réduit dans l'enseignement secondaire professionnel ordinaire

**Art. 47** – Concerne le texte allemand.

**Art. 48** – Dans l'article 11, alinéa 3, du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 18 juin 2018, les mots « désignés et rémunérés en qualité d'assistant social ou de surveillant-éducateur » sont remplacés par les mots « nommés et rémunérés dans la fonction d'assistant social ou de surveillant-éducateur ».

**Art. 49** – Dans l'article 14 du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 18 juin 2018, les mots « en qualité d'assistant social » sont remplacés par les mots « dans la fonction d'assistant social ».

Chapitre 16 – Modification du décret-programme 1997 du 20 mai 1997

**Art. 50** – Dans le chapitre I<sup>er</sup> du décret-programme 1997 du 20 mai 1997, modifié en dernier lieu par le décret du 30 juin 2025, la section 3 est complétée par un article 3<sup>quater</sup> rédigé comme suit :

« Art. 3<sup>quater</sup> – Le pouvoir organisateur peut organiser au maximum 44 périodes-professeur du capital périodes calculé conformément à l'article 3, §§ 1<sup>er</sup> et 2, dans une fonction de recrutement de la catégorie du personnel auxiliaire d'éducation ou du personnel administratif, les heures pour lesquelles un membre du personnel est désigné ou, selon le cas, engagé à titre temporaire pour une durée indéterminée ou pour lesquelles il est nommé ou, selon le cas, engagé à titre définitif, ne pouvant être transformées.

La transformation mentionnée à l'alinéa 1<sup>er</sup> est effectuée en accord avec le comité de concertation de base, le conseil d'entreprise ou le comité spécial de négociation et de concertation, et celle-ci ne peut avoir pour conséquence que des membres du personnel soient mis en disponibilité par défaut d'emploi. Aucune nomination ni aucun engagement à titre définitif ne peuvent avoir lieu dans les périodes transformées conformément à l'alinéa 1<sup>er</sup>. »

Chapitre 17 – Modification du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires et spécialisées

**Art. 51** – Dans l'article 4, 44°, du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires et spécialisées, inséré par le décret du 26 juin 2023, le mot « devoirs » est remplacé par les mots « devoirs à la maison ».

**Art. 52** – Dans l'article 38, § 2, alinéa 1<sup>er</sup>, 3°, du même décret, la phrase est complétée par les mots « , le Gouvernement étant considéré comme pouvoir organisateur pour les jurys d'examens mentionnés au § 1<sup>er</sup>, 2°, c) et d) ».

**Art. 53** – À l'article 39 du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 16 juin 2016, les modifications suivantes sont apportées :

1° au § 3, alinéa 1<sup>er</sup>, les mots « ou par remise avec accusé de réception » sont insérés entre les mots « par recommandé » et les mots « au président »;

2° au § 4, alinéa 1<sup>er</sup>, les mots « ; la direction de l'école peut, dans ce cas, relancer la procédure conformément à l'article 45 » sont insérés entre les mots « des renvois de l'école » et le point en fin de phrase;

3° au § 4, alinéa 1<sup>er</sup>, troisième phrase, le mot « Elle » est remplacé par les mots « La Chambre de recours »;

4° au § 4, alinéa 2, les mots « conseil de classe ou du jury » sont remplacés par les mots « conseil de classe, du jury ou de la direction de l'école dans le cas d'un nouveau renvoi de l'école ».

**Art. 54** – Dans l'article 40, alinéa 2, 6°, du même décret, modifié par le décret du 26 juin 2023, le mot « devoirs » est remplacé par les mots « devoirs à la maison ».

**Art. 55** – Dans le chapitre VIII du même décret, l'intitulé de la section 1.1, inséré par le décret du 26 juin 2023, est complété par les mots « à la maison ».

**Art. 56** – À l'article 75.2 du même décret, inséré par le décret du 26 juin 2023, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'intitulé est complété par les mots « à la maison »;

2° dans l'alinéa 1<sup>er</sup>, le mot « devoirs » est remplacé par les mots « devoirs à la maison »;

3° dans l'alinéa 2, le mot « devoirs » est remplacé par les mots « devoirs à la maison »;

4° dans l'alinéa 3, le mot « devoirs » est remplacé par les mots « devoirs à la maison »;

5° l'alinéa 4 est abrogé.

**Art. 57** – À l'article 75.3 du même décret, inséré par le décret du 26 juin 2023, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'intitulé, le mot « devoirs » est remplacé par les mots « devoirs à la maison »;

2° dans le § 1<sup>er</sup>, le mot « devoir » est remplacé par les mots « devoir à la maison »;

3° dans le § 2, la première phrase « Au cours des deux premières années d'études de l'enseignement primaire, seuls des devoirs destinés à développer les compétences essentielles dans les disciplines "langue de l'enseignement", "mathématiques" et "première langue étrangère" peuvent être donnés. » est remplacée par la phrase « Au cours des deux premières années d'études de l'enseignement primaire, il peut être avant tout donné des devoirs à la maison destinés à développer les compétences essentielles dans les disciplines "langue de l'enseignement", "mathématiques" et "première langue étrangère". », et les mots « La durée des devoirs » sont remplacés par les mots « La durée des devoirs à la maison »;

4° dans la phrase introductive du § 3, les mots « des règles relatives aux devoirs » sont remplacés par les mots « des règles relatives aux devoirs à la maison »;

5° dans le § 3, 1°, le mot « devoirs » est remplacé par les mots « devoirs à la maison »;

6° dans le § 3, 2°, le mot « devoirs » est à chaque fois remplacé par les mots « devoirs à la maison »;

7° dans le § 3, 3°, le mot « devoirs » est remplacé par les mots « devoirs à la maison »;

8° dans le § 3, 4°, le mot « devoir » est remplacé par les mots « devoir à la maison »;

9° dans le § 3, 5°, le mot « devoirs » est remplacé par les mots « devoirs à la maison ».

**Art. 58** – Dans l'article 33, alinéa 1<sup>er</sup>, 5°, e), du décret du 14 décembre 1998 fixant le statut des membres du personnel subsidiés de l'enseignement libre subventionné et du centre PMS libre subventionné, inséré par le décret du 11 mai 2009, le chiffre « 10 » est remplacé par le chiffre « 15 ».

**Art. 59** – Dans l'article 49, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 5°, e), du même décret, inséré par le décret du 11 mai 2009, le chiffre « 10 » est remplacé par le chiffre « 15 ».

**Art. 60** – Dans l'article 62.48, § 1<sup>er</sup>, alinéa 2, du même décret, inséré par le décret du 22 juin 2020, les mots « par une ou plusieurs personnes dans la fonction de surveillant-éducateur » sont remplacés par les mots « par une personne remplissant les conditions mentionnées à l'article 62.45, à l'exception du 3° ».

**Art. 61** – Dans le titre IV du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 30 juin 2025, il est inséré un article 119.29 rédigé comme suit :

« Art. 119.29 – Sans préjudice de l'article 33 et de l'article 49, il est tenu compte dans la fonction de professeur de cours généraux dans l'enseignement secondaire spécialisé des dérogations dont a bénéficié un membre du personnel avant le 1<sup>er</sup> septembre 2026 dans la fonction de professeur de cours généraux dans l'enseignement secondaire inférieur spécialisé. »

**Art. 62** – Dans le même titre, il est inséré un article 119.30 rédigé comme suit :

« Art. 119.30 – Pour le calcul de l'ancienneté de fonction mentionnée à l'article 35 et à l'article 49, il est également tenu compte dans la fonction de professeur de cours généraux dans l'enseignement secondaire spécialisé des jours de service que le membre du personnel a prestés avant le 1<sup>er</sup> septembre 2026 dans la fonction de professeur de cours généraux dans l'enseignement secondaire inférieur spécialisé. »

**Art. 63** – Dans le même titre, il est inséré un article 119.31 rédigé comme suit :

« Art. 119.31 – Pour les membres du personnel qui, au 31 décembre 2026, sont engagés à titre définitif, engagés pour une durée indéterminée ou engagés pour une durée indéterminée dès l'entrée en service dans une fonction de la catégorie du personnel enseignant dans l'enseignement spécialisé, la disposition mentionnée à l'article 33, alinéa 1<sup>er</sup>, 5°, e), et à l'article 49, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 5°, e), est réputée remplie si lesdits membres disposent d'un titre sanctionnant une formation complémentaire d'au moins 10 points ECTS en pédagogie de soutien, pédagogie curative ou orthopédagogie délivré par un établissement d'enseignement supérieur de la Communauté germanophone ou d'un ou plusieurs titres reconnus équivalents par le Gouvernement. »

**Art. 64** – Dans le même titre, modifié en dernier lieu par le décret du 27 juin 2022 et le décret du 30 juin 2025, il est inséré un article 119.32 rédigé comme suit :

« Art. 119.32 – Concerne le texte allemand. »

Chapitre 19 – Modification du décret du 26 avril 1999 relatif à l'enseignement fondamental ordinaire

**Art. 65** – Dans l'article 30 du décret du 26 avril 1999 relatif à l'enseignement fondamental ordinaire, remplacé par le décret du 23 octobre 2000, le § 4 est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« À des fins d'adaptation aux crédits budgétaires disponibles, le Gouvernement peut multiplier les différents montants des subventions fixées dans le présent article par divers coefficients, ceux-ci ne pouvant être inférieurs à 0,9. »

**Art. 66** – À l'article 71 du même décret, remplacé par le décret du 19 avril 2010, les modifications suivantes sont apportées :



1° les alinéas 1<sup>er</sup> à 3 forment le § 1<sup>er</sup>;

2° l'article est complété par un § 2 rédigé comme suit :

« § 2 – Si un cours de religion ou de morale non confessionnelle n'est pas organisé en raison d'une pénurie d'enseignants, le pouvoir organisateur peut désigner ou, selon le cas, engager à titre temporaire un remplaçant dans le cadre du capital périodes non utilisé, calculé conformément aux articles 65 à 68, afin d'encadrer temporairement les élèves concernés.

Aux fins du recours à l'alinéa 1<sup>er</sup>, les conditions suivantes s'appliquent :

1° la règle mentionnée à l'alinéa 1<sup>er</sup> figure dans le règlement d'ordre intérieur de l'école concernée;

2° le pouvoir organisateur confirme la pénurie d'enseignants au Gouvernement par écrit et indique le cours de religion ou de morale non confessionnelle qui ne peut pas être organisé, et il en informe également l'autorité compétente pour le culte concerné par écrit;

3° le Gouvernement a été informé par écrit du recours à l'alinéa 1<sup>er</sup> et a reçu les communications mentionnées au 2°;

4° la désignation ou, selon le cas, l'engagement à titre temporaire du remplaçant s'effectue dans une fonction de recrutement de la catégorie du personnel enseignant et auxiliaire d'éducation et prend fin d'office dès lors que le pouvoir organisateur désigne ou, selon le cas, engage un enseignant pour le cours de religion concerné ou le cours de morale non confessionnelle, au plus tard toutefois le dernier jour d'école de l'année scolaire concernée.

Le pouvoir organisateur informe les personnes chargées de l'éducation des élèves concernés par écrit qu'il a été fait recours à l'alinéa 1<sup>er</sup>. »

Chapitre 20 – Modification du décret du 16 décembre 2002 relatif à l'octroi de moyens financiers pour des objectifs pédagogiques dans l'enseignement

**Art. 67** – Dans l'article 4 du décret du 16 décembre 2002 relatif à l'octroi de moyens financiers pour des objectifs pédagogiques dans l'enseignement, modifié par les décrets des 5 mai 2014 et 26 juin 2023, le § 5 est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« À des fins d'adaptation aux crédits budgétaires disponibles, le Gouvernement peut multiplier les différents montants des subventions fixées dans le présent article par divers coefficients, ceux-ci ne pouvant être inférieurs à 0,9. »

Chapitre 21 – Modification du décret du 29 mars 2004 fixant le statut des membres du personnel subsidiaire de l'enseignement officiel subventionné et des centres psycho-médico-sociaux officiels subventionnés

**Art. 68** – Dans l'article 20, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 5°, e), du décret du 29 mars 2004 fixant le statut des membres du personnel subsidiaire de l'enseignement officiel subventionné et des centres psycho-médico-sociaux officiels subventionnés, inséré par le décret du 11 mai 2009, le chiffre « 10 » est remplacé par le chiffre « 15 ».

**Art. 69** – Dans l'article 37, alinéa 1<sup>er</sup>, 5°, e), du même décret, inséré par le décret du 11 mai 2009, le chiffre « 10 » est remplacé par le chiffre « 15 ».

**Art. 70** – Dans le chapitre XIV du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 8 mai 2024, il est inséré un article 111undevicies rédigé comme suit :

« Art. 111undevicies – Sans préjudice de l'article 20 et de l'article 37, il est tenu compte dans la fonction de professeur de cours généraux dans l'enseignement secondaire spécialisé des dérogations dont a bénéficié un membre du personnel avant le 1<sup>er</sup> septembre 2026 dans la fonction de professeur de cours généraux dans l'enseignement secondaire inférieur spécialisé. »

**Art. 71** – Dans le même chapitre, il est inséré un article 111*vicies* rédigé comme suit :

« Art. 111*vicies* – Pour le calcul de l’ancienneté de fonction mentionnée à l’article 22 et à l’article 37, il est également tenu compte dans la fonction de professeur de cours généraux dans l’enseignement secondaire spécialisé des jours de service que le membre du personnel a prestés avant le 1<sup>er</sup> septembre 2026 dans la fonction de professeur de cours généraux dans l’enseignement secondaire inférieur spécialisé. »

**Art. 72** – Dans le même chapitre, il est inséré un article 111*viciessemel* rédigé comme suit :

« Art. 111*viciessemel* – Pour les membres du personnel qui, au 31 décembre 2026, sont nommés à titre définitif, désignés pour une durée indéterminée ou désignés pour une durée indéterminée dès l’entrée en service dans une fonction de la catégorie du personnel enseignant dans l’enseignement spécialisé, la disposition mentionnée à l’article 20, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 5°, e), et à l’article 37, alinéa 1<sup>er</sup>, 5°, e), est réputée remplie si lesdits membres disposent d’un titre sanctionnant une formation complémentaire d’au moins 10 points ECTS en pédagogie de soutien, pédagogie curative ou orthopédagogie délivré par un établissement d’enseignement supérieur de la Communauté germanophone ou d’un ou plusieurs titres reconnus équivalents par le Gouvernement. »

## Chapitre 22 – Modification du décret du 27 juin 2005 portant création d’une haute école autonome

**Art. 73** – Dans l’article 2.11, alinéa 1<sup>er</sup>, du décret du 27 juin 2005 portant création d’une haute école autonome, les mots « , § 3 » sont abrogés.

**Art. 74** – Dans l’article 3.1, § 1<sup>er</sup>, 1°, du même décret, remplacé par le décret du 27 juin 2022, les mots « d’un diplôme de formation de chef d’entreprise, » sont insérés entre les mots « d’un certificat d’enseignement secondaire supérieur, » et les mots « d’un certificat de l’enseignement supérieur ».

**Art. 75** – Dans l’article 3.2, § 1<sup>er</sup>, 1°, du même décret, les mots « d’un diplôme de formation de chef d’entreprise, » sont insérés entre les mots « d’un certificat d’enseignement secondaire supérieur, » et les mots « d’un certificat de l’enseignement supérieur ».

**Art. 76** – Dans l’article 3.2.1, 1°, du même décret, inséré par le décret du 24 octobre 2011, les mots « d’un diplôme de formation de chef d’entreprise, » sont insérés entre les mots « d’un certificat d’enseignement secondaire supérieur, » et les mots « d’un diplôme de l’enseignement supérieur ».

**Art. 77** – Dans l’article 3.2.2, § 1<sup>er</sup>, 1°, du même décret, inséré par le décret du 26 juin 2023, les mots « d’un diplôme de formation de chef d’entreprise, » sont insérés entre les mots « d’un certificat d’enseignement secondaire supérieur, » et les mots « d’un certificat de l’enseignement supérieur ».

**Art. 78** – À l’article 3.12 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° l’alinéa 2 est remplacé par ce qui suit :

« Le règlement d’ordre intérieur de la haute école autonome fixe les modalités de fréquentation régulière de l’école, de participation aux stages et de contrôle des présences et des absences. »;

2° les alinéas 3 et 4 sont abrogés.

**Art. 79** – Dans l’article 5.19, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, du même décret, modifié par le décret du 28 juin 2021, les mots « avant le 1<sup>er</sup> juin » sont remplacés par les mots « jusqu’au 30 avril ».

**Art. 80** – Dans l’article 6.10 du même décret, inséré par le décret du 25 octobre 2010 et modifié par le décret du 8 mai 2024, les mots « deux temps pleins dans la fonction d’évaluateur externe provenant de l’enseignement fondamental et un temps plein dans la fonction d’évaluateur externe provenant de l’enseignement secondaire » sont remplacés par les mots « trois emplois à temps plein, dont au moins

un emploi dans la fonction d'évaluateur externe provenant de l'enseignement fondamental et au moins un emploi dans la fonction d'évaluateur externe provenant de l'enseignement secondaire sont à occuper, ».

**Art. 81** – L'article 7.2 du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 24 juin 2013, est remplacé par ce qui suit :

« *Art. 7.2 – Base de calcul*

§ 1<sup>er</sup> – Pour accomplir sa mission, la haute école dispose des moyens de fonctionnement prévus à cet effet dans le budget de la Communauté germanophone, sur proposition motivée du conseil d'administration.

La haute école remplit cette mission dans la limite des crédits budgétaires disponibles.

§ 2 – La haute école reçoit des moyens financiers pour des objectifs pédagogiques conformément aux dispositions du décret du 16 décembre 2002 relatif à l'octroi de moyens financiers pour des objectifs pédagogiques dans l'enseignement. »

**Art. 82** – Dans l'article 7.3 du même décret, les mots « §§ 1<sup>er</sup> et 3 » sont remplacés par les mots « § 1<sup>er</sup> ».

**Art. 83** – Dans l'article 7.4, § 1<sup>er</sup>, 2°, du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° le a) est remplacé par ce qui suit :

« a) qui remplissent les conditions du présent décret; »

2° le b) est remplacé par ce qui suit :

« b) dont l'état de santé ne met en danger ni celui des élèves et étudiants ni celui des autres membres du personnel. »;

3° le c) est abrogé;

4° le d) est abrogé;

5° le e) est abrogé.

Chapitre 23 – Modification du décret du 25 juin 2007 portant des mesures en matière d'enseignement 2007

**Art. 84** – Dans l'article 74 du décret du 25 juin 2007 portant des mesures en matière d'enseignement 2007, le 1° est abrogé.

**Art. 85** – L'article 75 du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 28 juin 2021, est remplacé par ce qui suit :

« *Art. 75* – Les membres du personnel qui encadrent un étudiant dans le cadre d'un stage mentionné à l'article 74 obtiennent une allocation de 4 euros par heure de cours. Si deux étudiants ou plus sont encadrés en même temps, l'allocation s'élève à 6 euros par heure de cours.

Les stages d'écoute ou d'observation, dans le cadre desquels l'étudiant observe l'enseignant ou le maître spécial lorsque celui-ci dispense son cours et gère sa classe, ne sont pas indemnisés. »

**Art. 86** – L'article 76 du même décret, remplacé par le décret du 28 juin 2021, est abrogé.

Chapitre 24 – Modification du décret du 21 avril 2008 portant valorisation du métier d'enseignant

**Art. 87** – À l'article 104 du décret du 21 avril 2008 portant valorisation du métier d'enseignant, modifié en dernier lieu par le décret du 26 juin 2023, les modifications suivantes sont apportées :

1° au 1°, les mots « d'au moins 90 points ECTS » sont insérés entre les mots « de master » et les mots « délivré par »;

2° dans l'alinéa 1<sup>er</sup>, 2°, les mots « ou de master de moins de 90 points ECTS » sont insérés entre les mots « de bachelor » et les mots « délivré par »;

3° dans l'alinéa 1<sup>er</sup>, 2°, le mot « musique » est remplacé par les mots « musique ou porteur d'un diplôme de formation de chef d'entreprise »;

4° dans l'alinéa 1<sup>er</sup>, 3°, le mot « 4° » est remplacé par les mots « 4°, a) à f) », et le mot « réduit » est remplacé par les mots « réduit ou porteur d'un certificat de fin d'apprentissage »;

5° dans l'alinéa 2, les mots « c), d) et g) » sont remplacés par les mots « c) et d) »;

6° dans l'alinéa 3, les mots « ou auprès de l'Institut pour la formation et la formation continue dans les Classes moyennes et les PME si l'équivalence concerne un certificat de fin d'apprentissage ou un diplôme de formation de chef d'entreprise » sont insérés entre les mots « auprès de l'administration de l'enseignement » et les mots « , accompagnée des »;

7° l'alinéa 3 est complété par la phrase suivante :

« Si le membre du personnel porteur d'un certificat d'études étranger dispose d'une équivalence de diplôme provenant de la Communauté française ou flamande, le classement dans le niveau d'études mentionné à l'alinéa 1<sup>er</sup> s'opère sur la base de l'équivalence de diplôme obtenue, et ce, le premier jour du mois au cours duquel le membre du personnel a remis une copie de l'équivalence de diplôme à l'administration de l'enseignement. »

**Art. 88** – Dans le titre IV du même décret, inséré par le décret du 28 juin 2021, il est inséré un article 122.3 rédigé comme suit :

« Art. 122.3 – Par dérogation à l'article 104, alinéa 1<sup>er</sup>, 1° et 2°, les membres du personnel porteurs d'un titre d'enseignement supérieur de master de moins de 90 points ECTS délivré par une haute école ou université reconnue et ayant été classés dans le niveau I avant le 1<sup>er</sup> septembre 2026 pour leur activité exercée dans l'enseignement, organisé ou subventionné par la Communauté germanophone, continuent d'être classés dans le niveau I à partir du 1<sup>er</sup> septembre 2026. »

Chapitre 25 – Modification du décret du 23 mars 2009 portant organisation de l'enseignement artistique à horaire réduit

**Art. 89** – À l'article 58 du décret du 23 mars 2009 portant organisation de l'enseignement artistique à horaire réduit, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 3, les mots « à l'alinéa 2 » sont remplacés par les mots « à l'alinéa 1<sup>er</sup> »;

2° l'article est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« À des fins d'adaptation aux crédits budgétaires disponibles, le Gouvernement peut multiplier le montant fixé à l'alinéa 1<sup>er</sup> par un coefficient, celui-ci ne pouvant être inférieur à 0,9. »

**Art. 90** – L'article 58.1 du même décret, inséré par le décret du 26 juin 2023, est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« À des fins d'adaptation aux crédits budgétaires disponibles, le Gouvernement peut multiplier le montant fixé à l'alinéa 1<sup>er</sup> par un coefficient, celui-ci ne pouvant être inférieur à 0,9. »

**Art. 91** – Dans l'article 69 du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 28 juin 2021, les mots « 2025-2026 » sont remplacés par les mots « 2030-2031 ».

Chapitre 26 – Modification du décret du 25 octobre 2010 portant des nouveautés pédagogiques et administratives dans l'enseignement

**Art. 92** – Dans l'article 1<sup>er</sup>, § 2, du décret du 25 octobre 2010 portant des nouveautés pédagogiques et administratives dans l'enseignement, modifié en dernier lieu par le décret du 8 mai 2024, le 3° est complété par un m) rédigé comme suit :

« m) professeur de cours généraux dans l'enseignement secondaire spécialisé; ».

Chapitre 27 – Modification du décret du 31 mars 2014 relatif au centre pour le développement sain des enfants et des jeunes

**Art. 93** – Dans l'article 2.2, alinéa 1<sup>er</sup>, du décret du 31 mars 2014 relatif au centre pour le développement sain des enfants et des jeunes, modifié par le décret du 20 février 2017, le mot « quatre » est, dans la phrase introductive et dans la dernière phrase, remplacé par le mot « cinq », et, dans la phrase introductive, les mots « à la direction » sont remplacés par les mots « au directeur ».

**Art. 94** – À l'article 6.2 du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 26 février 2018, les modifications suivantes sont apportées :

1° concerne le texte allemand;

2° le 1° est complété par un k) rédigé comme suit :

« k) conseiller en prévention; »

3° au 2°, le c) est remplacé par ce qui suit :

« c) coordinateur pour le domaine "développement de la petite enfance et sciences sanitaires"; »

4° au 2°, le d) est remplacé par ce qui suit :

« d) coordinateur pour le domaine "prévention universelle systémique"; ».

**Art. 95** – À l'article 6.3 du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 6 mai 2019, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1<sup>er</sup>, le 5° est remplacé par ce qui suit :

« 5° assistant social :

a) graduat ou bachelor d'assistant social;

b) graduat ou bachelor en travail social; »

2° dans le § 1<sup>er</sup>, 10°, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule et le paragraphe est complété par un 11° rédigé comme suit :

« 11° conseiller en prévention :

a) les titres mentionnés aux 1° à 3°, 5°, 6°, 8° et 10°;

b) au moins un graduat ou un bachelor en sciences de l'éducation, en sciences sanitaires, en pédagogie, en travail social ou en sciences pédagogiques; »

3° le § 4 est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Vaut aussi comme titre requis pour la fonction mentionnée au § 1<sup>er</sup>, 11°, tout diplôme sanctionnant une formation de l'enseignement supérieur du premier degré dont les matières principales sont liées à la fonction correspondante. Dans ce cas, le Gouvernement décide, sur avis de l'inspection scolaire, si le diplôme qualifie la personne à exercer la fonction. »;

4° le § 5 est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Sans préjudice de l'alinéa 1<sup>er</sup>, les certificats d'études délivrés à l'étranger sont considérés comme des titres requis s'ils sont accompagnés d'une équivalence ayant été délivrée en Communauté germanophone, française ou flamande. »

**Art. 96** – Dans l'article 6.55, alinéa 1<sup>er</sup>, du même décret, modifié par les décrets des 20 juin 2016 et 26 juin 2017, les mots « pendant au moins six jours » sont remplacés par les mots « pendant au moins cinq jours consécutifs ».

**Art. 97** – À l'article 6.79 du même décret, modifié par les décrets des 20 février 2017 et 26 février 2018, les modifications suivantes sont apportées :

1° le 4° est remplacé par ce qui suit :

« 4° la fonction de coordinateur pour le domaine “développement de la petite enfance et sciences sanitaires”; »

2° le 5° est remplacé par ce qui suit :

« 5° la fonction de coordinateur pour le domaine “prévention universelle systémique”; ».

**Art. 98** – Dans l’article 6.87, § 1<sup>er</sup>, alinéa 2, du même décret, inséré par le décret du 22 juin 2020, les mots « “Sciences sanitaires” » sont remplacés par les mots « “développement de la petite enfance et sciences sanitaires” ».

**Art. 99** – Dans l’article 6.94 du même décret, inséré par le décret du 29 juin 2015, le 1° est remplacé par ce qui suit :

« 1° assurer la direction de l’antenne qui lui a été attribuée, tant sur le plan du personnel, que sur le plan du contenu et de l’organisation; ».

**Art. 100** – À l’article 6.98 du même décret, inséré par le décret du 29 juin 2015, les modifications suivantes sont apportées :

1° concerne le texte allemand;

2° concerne le texte allemand.

**Art. 101** – Dans le titre 6 du même décret, inséré par le décret du 29 juin 2015 et modifié en dernier lieu par le décret du 15 décembre 2022, le sous-titre 11 est complété par un article rédigé comme suit :

« *Art. 6.102 – Conseiller en prévention*

La mission du conseiller en prévention consiste à :

1° développer, coordonner et mettre en œuvre des mesures de prévention primaire visant à promouvoir la santé physique, mentale et sociale;

2° conseiller et former les enseignants, les personnes chargées de l’éducation, les professionnels, les enfants et les jeunes sur des thèmes relatifs à la santé et à la prévention;

3° organiser des formations et des réunions d’information afin de promouvoir le bien-être de tous les groupes cibles;

4° collaborer avec les écoles, les établissements sociaux et d’autres partenaires pertinents, actifs dans le domaine de la prévention;

5° analyser les besoins et évaluer et développer davantage les offres de prévention existantes;

6° participer à la mise en œuvre de programmes et de concepts promoteurs de santé;

7° apporter des conseils en matière de développement scolaire dans le contexte de la promotion de la santé, de la prévention et du bien-être dans la vie scolaire quotidienne;

8° coopérer avec ses collègues et les partenaires pertinents;

9° participer à des réunions de personnel et de coordination ainsi qu’à des groupes de travail et représenter le centre auprès d’organismes;

10° coopérer à des évaluations internes et externes portant sur des projets visant à promouvoir le développement sain et le travail du centre;

11° suivre personnellement des recyclages et formations continuées;

12° assurer des tâches qui permettent au centre de remplir sa mission. »

**Art. 102** – L’intitulé du titre 7, sous-titre 1<sup>er</sup>, du même décret est remplacé par ce qui suit :

« Sous-titre 1<sup>er</sup> – Personnel directeur ».

**Art. 103** – L’article 7.3 du même décret, modifié par le décret du 29 juin 2015, est abrogé.

**Art. 104** – L’article 7.4.1 du même décret, inséré par le décret du 26 février 2018 et modifié par le décret du 27 juin 2022, est abrogé.

**Art. 105** – Dans l'article 7.5, § 1<sup>er</sup>, du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 26 juin 2023, le chiffre « 48,5 » est remplacé par le chiffre « 56,5 ».

**Art. 106** – Dans le titre 7, sous-titre 2, du même décret, il est inséré un article 7.5.1 rédigé comme suit :

« Art. 7.5.1 – Adjoint à la prévention du radicalisme violent

Sans préjudice de l'article 7.5, deux emplois d'adjoint à la prévention du radicalisme violent sont créés au sein du centre. »

**Art. 107** – Concerne le texte allemand.

**Art. 108** – L'article 8.2 du même décret est remplacé par ce qui suit :

« Art. 8.2 – *Base de calcul*

§ 1<sup>er</sup> – Pour accomplir sa mission, le centre dispose des moyens de fonctionnement prévus à cet effet dans le budget de la Communauté germanophone, sur proposition motivée du conseil d'administration.

Le centre remplit cette mission dans la limite des crédits budgétaires disponibles.

§ 2 – Le centre reçoit chaque année une dotation pour les dépenses d'investissement, prévue à cet effet dans le budget de la Communauté germanophone et ne dépassant pas la somme de 30 000 euros. Les fonds ne peuvent être utilisés qu'à des fins d'équipement au sens de l'article 2 du décret du 18 mars 2002 relatif à l'Infrastructure. »

**Art. 109** – Dans l'article 8.3 du même décret, les mots « de l'année scolaire 2014-2015 » sont remplacés par les mots « de l'année budgétaire ».

**Art. 110** – Dans l'article 10.7, § 2, alinéa 2, du même décret, inséré par le décret du 22 juin 2020 et modifié en dernier lieu par le décret du 27 juin 2022, les mots « "Sciences sanitaires" » sont à chaque fois remplacés par les mots « "développement de la petite enfance et sciences sanitaires" ».

**Art. 111** – Dans le titre 10 du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 27 juin 2022, il est inséré un article 10.9.3 rédigé comme suit :

« Art. 10.9.3 – Concerne le texte allemand. »

**Art. 112** – Dans le même titre 10, il est inséré un article 10.9.4 rédigé comme suit :

« Art. 10.9.4 – *Reprise dans la fonction de conseiller en prévention*

Les membres du personnel qui, au 31 août 2026, sont nommés à titre définitif dans une fonction auprès du conseil d'administration, disposent d'un titre requis pour la fonction de conseiller en prévention et ont assuré des tâches pendant au moins une année à mi-temps dans le domaine de la prévention universelle systémique sont réputés nommés à titre définitif dans la fonction de conseiller en prévention à partir du 1<sup>er</sup> septembre 2026.

Les membres du personnel qui, au 31 août 2026, sont désignés à titre temporaire dans une fonction auprès du conseil d'administration, disposent d'un titre requis pour la fonction de conseiller en prévention et ont assuré des tâches pendant au moins une année à mi-temps dans le domaine de la prévention universelle systémique sont réputés désignés à titre temporaire dans la fonction de conseiller en prévention à partir du 1<sup>er</sup> septembre 2026.

Les membres du personnel qui, au 31 août 2026, sont désignés à titre temporaire dans une fonction auprès du conseil d'administration et ont assuré des tâches pendant au moins trois années à mi-temps dans le domaine de la prévention universelle systémique sont réputés désignés à titre temporaire dans la fonction de conseiller en prévention et porteurs du titre requis à partir du 1<sup>er</sup> septembre 2026.

Une attestation délivrée par le directeur est présentée comme preuve au conseil d'administration, cette attestation précisant les tâches assurées par le membre du personnel ainsi que l'étendue et la durée de ses services pour l'accomplissement de ces tâches.

Les services que le membre du personnel concerné a prestés dans sa fonction précédente en qualité de membre du personnel auprès du conseil d'administration sont, en ce qui concerne le calcul de l'ancienneté de service, pris en compte comme s'ils avaient été prestés dans la fonction de conseiller en prévention. »

**Art. 113** – Dans le même titre, il est inséré un article 10.9.5 rédigé comme suit :

*« Art. 10.9.5 – Reprise des coordinateurs dans les fonctions de coordination faisant l'objet de nouvelles dénominations »*

Le conseil d'administration désigne d'office, à partir du 1<sup>er</sup> septembre 2026, le membre du personnel désigné au 31 août 2026 dans la fonction de coordinateur pour le domaine "sciences sanitaires" dans la fonction de coordinateur pour le domaine "développement de la petite enfance et sciences sanitaires", et le membre du personnel désigné au 31 août 2026 dans la fonction de coordinateur pour le domaine "développement de la petite enfance" dans la fonction de coordinateur pour le domaine "prévention universelle systémique".

Les services que le membre du personnel concerné a prestés jusque-là en qualité de coordinateur auprès du conseil d'administration sont, en ce qui concerne le calcul de l'ancienneté de service, pris en compte comme s'ils avaient été prestés dans la fonction de coordinateur attribuée dans l'alinéa 1<sup>er</sup>. »

Chapitre 28 – Modification du décret du 26 juin 2023 portant création d'un Fonds relatif aux prêts sans intérêts à destination des apprentis, étudiants et élèves désirant se former à un métier en pénurie

**Art. 114** – Dans l'article 5, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, du décret du 26 juin 2023 portant création d'un Fonds relatif aux prêts sans intérêts à destination des apprentis, étudiants et élèves désirant se former à un métier en pénurie, le chiffre « 350 » est remplacé par le chiffre « 200 ».

**Art. 115** – Dans le chapitre 10 du même décret, modifié par le décret du 8 mai 2024, il est inséré un article 28.2 rédigé comme suit :

*« Art. 28.2 – Par dérogation à l'article 5, § 1<sup>er</sup>, le montant mensuel pour les emprunteurs auxquels il a déjà été accordé un prêt au cours des années académiques ou, selon le cas, des années de formation 2023-2026 conformément aux articles 3 et 4 s'élève à 350 euros pour la poursuite de la formation déjà commencée ou des études déjà commencées pour la durée maximale de perception restante. En cas de réorientation conformément à l'article 6, § 2, le montant mensuel est réduit à 200 euros en application de l'article 5, § 1<sup>er</sup>. »*

Chapitre 29 – Dispositions finales

**Art. 116** – Le présent décret entre en vigueur le 1<sup>er</sup> septembre 2026, à l'exception :

1° de l'article 6, qui entre en vigueur le jour de l'adoption du décret;

2° des articles 2, 3, 4, 9, 10, 14 à 18, 21, 24, 25, 28, 29, 32, 33, 36, 37, 41, 47, 48, 49, 58, 59, 63, 64, 68, 69, 72, 79, 94, 1°, 95, 1°, 100, 107 et 111, qui entrent en vigueur le 1<sup>er</sup> janvier 2027;



3° des articles 45, 65, 67, 89, 90, 114 et 115, qui entrent en vigueur le 1<sup>er</sup> juillet 2026;  
4° de l'article 46, qui entre en vigueur le 1<sup>er</sup> janvier 2026;  
5° de l'article 11, 2°, des articles 19, 22, 26, 30, 87, 7°, et de l'article 95, 4°, qui produisent leurs effets le 1<sup>er</sup> septembre 2024;  
6° de l'article 96, qui produit ses effets le 1<sup>er</sup> janvier 2024;  
7° de l'article 83, qui produit ses effets le 1<sup>er</sup> juillet 2005.

Eupen, le...

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président,  
Ministre des Pouvoirs locaux,  
de l'Aménagement du territoire et des Finances

O. PAASCH

Le Ministre de l'Enseignement,  
de la Formation et de l'Emploi

J. FRANSSEN